Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt:

Dr. Achim v. Borries
„Nichtanerkennung" oder Verbesserung des Status quo?

James P. Warburg, New York
Abschied von der Nachkriegsepoche (II)

Prof. D. D. Helmut Gollwitzer
Christliche Existenz in der DDR

Dr. Rudolf Hilf
Zur Frage der deutsch-tschechischen Beziehungen

2,50 DM 8. Jahrgang August 8/63

Postverlagsort Köln G 1800 E

INHALT

Chronik des Monats Juli 1963 S. 577

Berichte und Kommentare:
Ist der Friede schon gesichert –
Zum Dortmunder Kirchentag – Gefahr in Vietnam S. 580

Die Lage:
Dr. Achim v. Borries
„Nichtanerkennung" oder Verbesserung des Status quo? S. 589

James P. Warburg, New York
Abschied von der Nachkriegsepoche (II) S. 597

Prof. D. D. Helmut Gollwitzer
Christliche Existenz in der DDR S. 601

Dr. Rudolf Hilf
Zur Frage der deutsch-tschechischen Beziehungen S. 609

Dr. Arno Klönne
Katholische Kirche und Nationalsozialismus (II) S. 618

Pfarrer Herbert Günneberg
Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen S. 624

Chronik der Aufrüstung S. 627

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften:
„Wach auf, du verrotteter Christ" – Die Lage in Britisch-Guayana – Ein neuer Staat in Südostasien S. 632

Rudolf Rolfs
Was ich noch sagen wollte . . . S. 639

Buchbesprechungen:
Neuerscheinungen – Erkundung des deutschen Problems – Positive Soziologie S. 640

Dokumente zum Zeitgeschehen:
u. a.: Der Dreimächte-Vertrag über Einstellung der Kernwaffenversuche – Der Warburg-Plan – Senator Pell: Das Berlin-Problem in neuer Sicht – Egon Bahr: Wandel durch Annäherung S. 647

Blätter für deutsche und internationale Politik

HERAUSGEBER:
Hilde Bentele
Franz Beyer
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Manfred Pahl-Rugenstein
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen

VIII. Jahrgang | August 1963 | Heft 8

Chronik des Monats Juli 1963

1. 7. — Italien. Der christlich-demokratische Politiker Leone wirbt im Parlament für das „Mindestprogramm" seines Einparteien-Kabinetts. Die Investiturabstimmung im Senat (am 4. 7.) und Abgeordnetenhaus (am 11. 7.) ergibt eine knappe Mehrheit für Leone. Sozialistische und sozialdemokratische Parlamentarier entziehen sich der Stimmabgabe und ermöglichen damit die Regierungsneubildung.

2. 7. — Abrüstung. Unter Hinweis auf die am 15. 7. beginnende Moskauer Kernwaffenkonferenz erklärt Ministerpräsident Chrustschow die sowjetische Bereitschaft, unterirdische Tests aus künftigen Vereinbarungen über ein allgemeines Versuchsverbot auszunehmen, bis Einigung über das Problem der Kontrollen an Ort und Stelle erzielt sei. — Am 19. 7. richtet Chrustschow einen Plan „zur Verhinderung von Überraschungsangriffen" an die Adresse des Westens. Dieser sieht vor: (1) Die Einrichtung ständiger Inspektionsgruppen auf Flugplätzen, Verkehrsknotenpunkten und in großen Häfen der Sowjetunion und anderer Länder; (2) die Reduzierung der ausländischen Truppen in beiden Teilen Deutschlands; (3) die gegenseitige Entsendung von Beobachtern zu den in Deutschland stationierten Streitkräften der ehemaligen Besatzungsmächte; (4) den Abschluß von Nichtangriffsverträgen zwischen NATO und Warschauer Pakt und (5) Vereinbarungen über das „Einfrieren" der Militärbudgets auf dem gegenwärtigen Stand. Die Sowjetunion halte — so heißt es in der Rede — den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die „Regelung des Westberlin-Problems" weiterhin für dringend.

— „Achse Bonn—Paris". Mit dem Austausch von Ratifikationsurkunden tritt der deutsch-französische Vertrag vom 22. Januar 1963 in Kraft. Zu einem ersten der vorgesehenen Konsultationsbesuche kommt Staatspräsident de Gaulle am 4. und 5. 7. in Bonn mit dem Bundeskanzler zusammen.

3 7. — Kuba. Der Rat der Organisation Amerikanischer Staaten verabschiedet gegen eine Stimme bei vier Enthaltungen auf Antrag der USA „Empfehlungen zur Isolierung Kubas", die ein Verbot des Kapital-Transfers und die Einschränkung des Reiseverkehrs nach der Insel betreffen. — Am 8. 7. läßt das US-Finanzministerium alle kubanischen Guthaben in den Vereinigten Staaten blockieren. Als Gegenmaßnahme verfügt die Regierung Fidel Castro die Beschlagnahme des früheren amerikanischen Botschaftsgebäudes und seiner Einrichtung.

4. 7. — Österreich. Mit den Stimmen der Sozialisten (SPÖ) und der Freiheitlichen Partei (FPÖ) und gegen das Votum der Volkspartei (ÖVP) bezeichnet das Parlament in einer Resolution die Rückkehr Otto v. Habsburgs nach Österreich als „unerwünscht". Die der SPÖ angehörenden Minister des Innern und des Auswärtigen weisen die ihnen unterstellten Grenzbehörden und Konsulate an, eine Einreise des Thronfolgers zu verhindern. — Am 10. 7. unterstützen ÖVP und SPÖ gemeinsam ein Gesetz, das die Verjährungsfrist für Verbrechen während der NS-Herrschaft verlängert.

5. 7. — Weltkommunismus. Im Zeichen öffentlich ausgetragener Meinungsverschiedenheiten beginnen in Moskau die Gespräche zwischen Vertretern der Kommunistischen Parteien Chinas und der Sowjetunion. Beide Delegationen verhandeln mit dem ihnen erteilten Auftrag, an den bisherigen Standpunkten festzuhalten. Die „Prawda" veröffentlicht am 14. 7. die 25 Thesen der KP Chinas vom 14. Juni zusammen mit einem sowjetischen „Offenen Brief", in dem Moskau seine „Politik der friedlichen Koexistenz" erneut bekräftigt. Kommunistische Parteien verschiedener Länder schließen sich der sowjetischen Stellungnahme an. — Am 20. 7. geht die zweiseitige Konferenz ohne Ansetzung eines neuen Termins zu Ende.

8. 7. — Kanzlernachfolge. SPD-Pressesprecher Barsig deutet vor der Presse die Existenz einer mündlich getroffenen Geheimabsprache zwischen Vizekanzler Erhard, FDP-Chef Erich Mende und dem am 7. 7. wiedergewählten CSU-Vorsitzenden an, nach der Strauß „noch nicht beim Kanzlerwechsel im Herbst, aber später" in die Bundesregierung zurückkehren solle.

10. 7. — Frankreich. Eine Gesetzesvorlage zur Einschränkung der gewerkschaftlichen Rechte, die jede künftige Streikaktion im öffentlichen Dienst einer fünftägigen Anmeldefrist unterwirft, passiert den Ministerrat und wird in der Nationalversammlung nach heftigen Debatten angenommen.

11. 7. — EWG. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft schlagen Großbritannien vierteljährliche Konsultationen zur „Bestandsaufnahme der politischen und wirtschaftlichen Lage in Europa" im Rahmen der Westeuropäischen Union (WEU) vor. — Am 20. 7. setzen 18 afrikanische Staaten in Jaunde (Kamerun) ihre Unterschrift unter das Assoziierungsabkommen mit der EWG.

— Ecuador. Eine vierköpfige Militärjunta bemächtigt sich der Regierungsgewalt in Quito, löst den Kongreß auf und setzt die Verfassung außer Kraft. Präsident Arosemena wird zum Exil in Panama gezwungen.

12. 7. — Wohnungswirtschaft. Trotz „entgegenstehender Bedenken" erteilt der Bundesrat der umstrittenen Neufassung des Mietrechts seine Zustimmung. In 397 Stadt- und Landkreisen der Bundesrepublik werden damit die Altbaumieten ab 1. August freigegeben.

14. 7. — Deutschlandfrage. Vor der Evangelischen Akademie in Tutzing spricht Berlins Regierender Bürgermeister von der Notwendigkeit „konkreter Abrüstungsschritte, die zu verbinden wären mit Bemühungen um eine schrittweise Lösung der deutschen Frage". Es sei längst an der Zeit, „daß wir auf deutscher Seite unsere Vorstellungen von einem Friedensvertrag entwickeln und zu Papier bringen". Brandts Pressechef Egon Bahr tritt vor dem gleichen Forum für die Errichtung einer besonderen Behörde ein, „die sich mit allen Fragen beschäftigt, die zwischen den beiden Teilen Deutschlands von praktischem Interesse sind". (Vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen".)

15.—25. 7. — Moskauer Vertrag. Als Vertreter der drei Atommächte paraphieren in Moskau Unterstaatssekretär Harriman (USA), Wissenschaftsminister Lord Hailsham (Großbritannien) und Außenminister Gromyko (UdSSR) den Text eines Vertrages, der das Verbot aller Versuche mit Kernwaffen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser vorsieht. Lediglich unterirdische Tests bleiben ausgenommen. In einem Kommunique wird mitgeteilt, daß auf der Konferenz auch „andere Probleme von gemeinsamem Interesse behandelt wur-

den". Man sei übereingekommen, sich mit seinen Bündnispartnern „über die Fortsetzung der Verhandlungen betreffend einen Nichtangriffspakt mit der Absicht zu beraten, ein für alle Beteiligten befriedigendes Abkommen zu schließen". — Auf die Einladung der drei Mächte, dem Moskauer Vertrag beizutreten, antworten schon nach wenigen Tagen viele Staaten zustimmend. Die Bundesregierung behält sich nach einer Sondersitzung des Kabinetts am 31. 7. zunächst eine genaue Prüfung der „völkerrechtlichen Auswirkungen" des Vertrages und einer Teilnahme der DDR vor. — Die DDR-Regierung verbindet mit ihrer Zustimmungserklärung erneut Vorschläge für die Einrichtung gesamtdeutscher Kommissionen und einen innerdeutschen Rüstungsstop. (Vgl. „Die Lage" und „Dokumente zum Zeitgeschehen".)

18. 7. — Syrien. Während der Chef des syrischen Revolutionsrates mit Staatspräsident Nasser in Kairo zusammentrifft, schlagen Regierungstruppen in Damaskus einen Putschversuch ehemaliger Armeeoffiziere nieder. Einige der Militärs, denen die Anklage konspirative Verbindung zu ägyptischen Stellen vorwirft, werden von Kriegsgerichten abgeurteilt.

— USA. Wirksame Maßnahmen gegen die defizitäre Währungslage empfiehlt der Präsident in einer Kongreßbotschaft. Nach den Vorstellungen Kennedys soll der Kauf ausländischer Wertpapiere durch Sondersteuern erschwert werden, um den Abfluß des Dollars aufzuhalten. Die Botschaft enthält weiter ein Sechs-Punkte-Programm zur Steigerung des amerikanischen Exports.

19. 7. — Ost-Politik. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes bestätigt in Bonn „erste Kontakte" mit Rumänien über den Austausch von Handelsmissionen. In den Verhandlungen mit Ungarn zeichnet sich ein „greifbares Ergebnis" ab.

— NATO. Im State Department konferiert der amerikanische Unterstaatssekretär Ball mit den Geschäftsträgern Italiens und der Bundesrepublik über die Aufstellung einer „multilateralen Atomstreitmacht". Die übrigen NATO-Mitgliedstaaten hatten ihr Desinteresse bekundet.

22. 7. — VAR. Staatspräsident Nasser kündigt in einer scharfen Rede den Föderationsvertrag zwischen Ägypten, Syrien und dem Irak vom 17. April 1963. In Damaskus und Bagdad heißt es, man werde die Zusammenarbeit nun ohne Kairo fortsetzen.

23. 7. — Globke-Prozeß. „In Abwesenheit" verurteilt das Oberste Gericht der DDR den Staatssekretär im Bundeskanzleramt Dr. Globke wegen „Mittäterschaft" an der nationalsozialistischen Judenverfolgung. Die Anklage stützt sich auf die Tätigkeit Globkes im ehemaligen Reichsinnenministerium von 1933—1945.

24.—26. 7. — Comecon. Die weitere Arbeitsteilung innerhalb der osteuropäischen Wirtschaft und die in dieser Frage aufgetretenen Differenzen mit Rumänien gehört zu den Themen, mit denen sich der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe in Anwesenheit der Parteichefs seiner Mitgliedstaaten beschäftigt.

25. 7. — Belgien. Der Senat billigt nach dem Abgeordnetenhaus mit großer Mehrheit den Entwurf eines neuen Sprachgesetzes, das unter anderem das Statut des zweisprachigen Bezirks Brüssel neu regeln soll, um den Streit zwischen Wallonen und Flamen zu schlichten, der im vergangenen Jahr zu erregten Demonstrationen geführt hatte.

29. 7. — Frankreich. Staatspräsident de Gaulle erklärt vor der Presse in Paris, Frankreich werde sich weder dem Moskauer Vertrag über die Einstellung der Atombombenversuche noch einem Nichtangriffspakt zwischen Ost und West anschließen. Der Präsident kündigt eigene Vorschläge an die Atommächte und die Fortsetzung der „nationalen Kernwaffenrüstung" an.

31. 7. — China. Die Volksrepublik China lehnt den Beitritt zu den Teststopvereinbarungen vom 25. 7. ab und fordert gleichzeitig eine „weltweite Gipfelkonferenz", auf der die Aufhebung aller ausländischen Stützpunkte, die Errichtung kernwaffenfreier Zonen, das Verbot der Weitergabe atomarer Waffen und ihre schließliche Vernichtung beschlossen werden solle.

Ist der Friede schon gesichert?

In Kreisen, die der Bonner Politik seit jeher kritisch oder ablehnend gegenüberstehen, begegnet man heute nicht selten der Auffassung, daß die Entwicklung zur Entspannung und zum Frieden als gesichert angesehen werden könne. Kennedy, so heißt es, trete nun ja auch für die Koexistenz ein. Über die „Kennedyaner" in den Bonner Parteien, so glaubt man, werde es ihm schon gelingen, seinen Kurs in der Bundesrepublik durchzusetzen. Man meint, die weitgehende Interessen-Identität zwischen Washington und Moskau in Fragen des Friedens mache es unumgänglich, daß die Amerikaner alle Widerstände in der Bundesrepublik brechen müßten, die sich einem west-östlichen Entspannungs - Arrangement entgegenstellen. Ob sich, so vernimmt man, die Koexistenz etwas eher oder später bei uns wird durchsetzen können, sei schließlich nicht so wichtig. Uns könne, so heißt es, mit einer m ä ß i g e n, mit Kennedy übereinstimmenden Koexistenz unter Umständen mehr gedient sein, als mit einer von den USA losgelösten r a d i k a l e n. In der Regel lautet dann die Folgerung: Allzuviel braucht man nicht mehr zu tun — und wenn schon, dann höchstens für die Demokratie, denn hier lauern ja noch Gefahren. Aber, so hört man gleichzeitig, auch in dieser Frage werden die Bonner Bäume nicht in den Himmel wachsen, wenn sich die Kennedy-Linie durchsetzt. Im übrigen sind Erhard und Brandt ja nicht Adenauer und Strauß . . .

Was soll man zu einer solchen Auffassung sagen? Was ist an ihr richtig? Richtig ist, daß sich Wandlungen in der Weltpolitik vollzogen haben, die positiv zu beurteilen sind. In den USA ist es nicht mehr die Dulles-Richtung, die vorrangig den Ton angibt. Seit Kuba (die Moskauer Verhandlungen sind der zweite sichtbare Beweis) haben sich die Aussichten für eine Besserung der Beziehungen zwischen Ost und West verstärkt. Überall in der Welt ist die Erkenntnis gewachsen, daß die Auseinandersetzung zwischen Ost und West nicht mehr in feindlich-kriegerischer Weise, sondern nur noch in f r i e d l i c h e r Koexistenz ausgetragen werden darf. Es ist die Einsicht gewachsen, daß die Abrüstung, gleichwertig durchgeführt, die Sicherheit der Staaten besser gewährleistet als die bisherige Aufrüstung. Es mehrt sich die Auffassung, daß Mißtrauen und Haß schlechte Ratgeber sind. Mit einem Wort: Es besteht einfach der Zwang zum Umdenken und Anders-Handeln, wenn der Krieg im nuklearen Zeitalter verhindert werden soll.

Richtig ist, daß dieser Erkenntnisprozeß auch vor der Bundesrepublik nicht Halt gemacht hat. Was viele gestern noch nicht zu glauben wagten, ist — in bescheidenem Rahmen freilich — auch bei uns eingetreten: In Presse und Fernsehen, in Parteien und Verbänden werden Fragen laut, die zwar nach wie vor auf dem Bonner Index stehen, aber kaum mehr unterdrückt werden können. Es werden Gedanken ausgesprochen und Vorschläge erörtert, die noch gestern nur wenige Mutige zu äußern wagten: Ja, es hat sich eine Lage ergeben, die eine allmähliche Ä n d e r u n g u n s e r e r P o l i t i k i n d e n B e r e i c h d e s M ö g l i c h e n gerückt hat.

All das stimmt. All das ist richtig. — Aber all das darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß jene Kreise, die innerhalb und außerhalb der Parteien den Kurs des Kalten Krieges jahraus jahrein kritiklos stützten, n a c h w i e v o r die Macht in Händen haben und ent-

schlossen sind, die günstige Entwicklung anzuhalten. Nichts darf darüber hinwegtäuschen, daß diesen Kreisen daran gelegen ist, jeden Ansatz zu einer vernünftigen Betrachtung zu ersticken, um die internationale und deutsche Politik in die tiefsten Tiefen des Kalten Krieges zurückzuführen.

Es sind dies jene Kreise, die gestern von „Befreiung" sprachen und heute dasselbe meinen, wenn sie vom „unbeirrbaren Festhalten des deutschen Anspruchs auf Selbstbestimmung" reden. Es sind dies jene Kreise, die unablässig nach Atomwaffen rufen und sich weigern, die bestehenden Grenzen anzuerkennen. Es sind dies jene Kreise, „die der Öffentlichkeit mißtrauen", wie Fritz Bauer sagt, und deshalb Gesetze vorbereiten, die eine Weiterführung ihrer Politik auch ohne demokratische Legitimation ermöglichen sollen. Es sind dies jene Kreise, die sich nicht scheuen, allen den Mund zu verbieten, die anders denken oder nur für gewisse Bereiche eine andere Politik fordern. Es ist dies jene nach wie vor mächtige Gruppe, die den ehrenwerten Herrn Mende als Vertreter östlicher Politik hinstellt, weil er in der Frage der Röhren-Lieferungen anderer Auffassung war. Es sind dies jene Kreise, die Gerstenmaier einen „Verzichtpolitiker" nennen, weil er, der vollen Wahrheit entsprechend, erklärt hat, daß man in den Vereinigten Staaten und in der UNO lediglich auf beredtes Schweigen stoße, wenn man von einem „Deutschland in den Grenzen von 1937" oder von „Selbstbestimmung des deutschen Volkes" rede. Es sind dies jene Kreise, die unsere Schulen in Lehranstalten des Antikommunismus verwandeln möchten und den Intellektuellen Recht und Fähigkeit absprechen, politisch zu urteilen. Es sind dies jene Kreise, die stets das Wort im Mund tragen „das sagt ja auch Chrustschow, das sagt ja auch Ulbricht".

Über welchen Einfluß diese Gegner der Entspannung hierzulande nach wie vor verfügen, wie groß ihr Gewicht international noch ist, ließ sich recht deutlich an den Reden Kennedys anläßlich seines Besuches in der Bundesrepublik ermessen. Wäre Kennedy — wie viele es erwartet hatten — im Sinne seiner Friedensstrategie gegen den Kurs der harten Kreise aufgetreten, dann hätte er die Extremisten unseres Landes wahrscheinlich direkt in die offenen Arme de Gaulles getrieben. Nicht zuletzt diesem Umstand entsprechend, sah Kennedy sich genötigt, riskante Konzessionen an die Adresse der „Fanatiker" zu machen — Konzessionen, die sich gegenüber anderen seiner Reden merkwürdig ausnehmen. Gewiß, er konnte sich bei der Bevölkerung ins Spiel bringen, aber es fehlte ihm — wieviel Gründe mehr auch im Spiel gewesen sein mögen — die Kraft, die verständigungsfeindiche Bonner Konzeption beiseite zu schieben. Was den harten Kreisen nach dem Besuch Kennedys blieb, war dieses: genügend Spielraum, ihre Störmanöver fortzusetzen.

Ein mit viel Gefahren verbundener Irrtum wäre es auch, zu glauben, vom Verhalten oder Willen der Großen alleine hänge der Frieden ab. Gewiß tragen die Großen die Hauptverantwortung. Aber in ihrer Kraft allein steht es nicht, ob die Welt eine Entwicklung zum Guten oder Schlechten nimmt. Man braucht nur daran zu erinnern, welch' gefährliche Entwicklung sich anbahnen könnte, wenn es Frankreich oder China gelänge, sich atomar zu verselbständigen, oder wenn es der Bundesregierung gelänge, über Frankreich, über die USA, oder, wie es Strauß jüngst versucht hat, über Israel in den Besitz von Atomgeheimnissen oder Atomwaffen selbst zu kommen. Man braucht nur darauf zu verweisen, was es bedeuten würde, wenn es — ermuntert durch Bonn — der Dulles-Gruppe in den USA gelänge, Einfluß zurückzugewinnen. Nichts wäre daher weniger angebracht, als auf das bequeme Pferd „internationale Entwicklung" zu setzen

oder sich auf den Selbstlauf der Dinge zu verlassen.

So bitter es auch sein mag: Nach wie vor geht die Gefährdung der Entspannungsbemühungen entscheidend von der Bundesrepublik aus, in der nach wie vor jene Kreise den Ton angeben, die über mehr als zehn Jahre hinweg nicht einen Beitrag zur Entschärfung der Lage geleistet haben, und auch heute nicht bereit sind, erste Schritte in Richtung Entspannung zu tun: auf Atomwaffen zu verzichten, einer atomwaffenfreien Zone zuzustimmen, sachliche Beziehungen zum anderen deutschen Staat herzustellen, Schritte zur Abrüstung zu fördern und normale Beziehungen zu den Staaten des Ostens herzustellen. Mit einem Wort: die nicht bereit sind, an der Herstellung eines Friedenszustandes in Deutschland und Mitteleuropa mitzuarbeiten.

Solange also die Welt nicht mehr als aufatmen und Hoffnungen schöpfen kann, solange mit Fug und Recht niemand sagen kann, daß wir bereits in einem erträglichen Friedenszustand lebten, solange jeder Einsichtige zugeben muß, daß die Entwicklung zu Frieden und Koexistenz nach wie vor entscheidend durch Bonn gestört wird — solange dürfte es zu früh sein, die Hände in den Schoß zu legen. Aber selbst dann, wenn bereits ein Zustand erreicht wäre, von dem sich sagen ließe, von der Bundesrepublik aus werden positive Tendenzen nicht mehr gestört, wenn sich sagen ließe, die Kräfte der Vergangenheit sind isoliert, verbliebe gewiß keine Zeit zu beschaulicher Betrachtung. Wäre eine solch günstige Lage tatsächlich einmal gegeben, dann sollte keiner glauben, daß sich die Extremisten in unserem Lande, solange ihnen noch ein Hoffnungsfunke glüht, jemals mit einer Politik der friedlichen Koexistenz einverstanden erklären.

Wer also die Lage und absehbare Entwicklung nüchtern betrachtet, dürfte zu dem Ergebnis kommen, daß vor den Kräften des Friedens und der Demokratie große und schwere Aufgaben stehen. Abzuwarten oder stehenzubleiben, würde die Lage nicht ändern, sondern nur weiter komplizieren. Gewiß, das Weltbarometer steht auf Entspannung. So besehen, dürfte sich die Entwicklung auch fernerhin als guter Verbündeter erweisen. Aber positiven Tendenzen, woher auch immer sie kommen mögen, sei es aus dem Westen oder aus dem Osten, dürften sich stets nur als indirekte und damit begrenzte Hilfe erweisen. Nach wie vor ist es eine Realität, daß Völker zuerst ihre eigenen Interessen vertreten, und sich für das Schicksal anderer Völker nur dann interessieren, wenn es ihren eigenen Interessen dient. Das gilt für die amerikanische, das gilt für die sowjetische Politik.

Es würde auch zu nichts führen, auf Hilfe von außen zu warten, so willkommen sie auch sein mag. Seit Jahren besteht das Besondere der Lage darin, daß die Völker auf uns warten müssen und nicht verstehen, wie sich ein drittes Mal in diesem Jahrhundert in Deutschland eine Politik durchsetzen konnte, die alle — ausschließlich alle — Fehler und Gefahren der Vergangenheit in sich trägt. Es nutzt auch nichts, rückwärts zu schauen oder auf politische Kreise in den Vereinigten Staaten zu verweisen, die diese Politik seinerzeit installiert und entscheidend gefördert haben. Wir müssen, so schwer das auch sein mag, mit unseren Problemen letztlich allein fertig werden.

Für uns, für alle Welt mag es zwar von großer Bedeutung sein, wenn Präsident Kennedy jüngst erklärte, daß in unserem Jahrhundert „ein totaler Krieg keinen Sinn hat", daß „der Friede nicht unbedingt unerreichbar und der Krieg nicht unbedingt unvermeidlich sein muß". Das sagt sehr viel. Aber wenig ist uns und der Welt gedient, wenn die amerikanische Politik lediglich den großen atomaren Krieg verhindern möchte, jedoch den lokalen konventionellen Krieg nach wie vor aus ihrem Programm nicht ausschließt. Uns ist nicht gedient, wenn die amerikani-

sche Politik die Existenz zweier deutscher Staaten weiterhin ignoriert und von der Bundesrepublik die Aufstellung einer konventionellen Mammutstreitmacht von 750 000 Mann fordert — einer Streitmacht, die stärker ist, als die Polens, der DDR und Tschechoslowakei zusammen. Durch Aufrüstung, sei sie konventionell oder atomar, läßt sich die Lage in Mitteleuropa nicht entschärfen. Durch Truppenvermehrung kommen wir dem Frieden als der ersten Voraussetzung für die Wiedervereinigung k e i n e n Schritt näher. Uns ist auch wenig gedient, wenn Präsident Kennedy sich zwar zur Koexistenz bekennt, dieser aber einen Inhalt gibt, der mit den bedeutsamen Prinzipien von Bandung nur wenig zu tun hat. Der Frieden für alle Völker wird nur dann sein, der Krieg an den Nahtstellen wird nur dann vermieden werden können, wenn sich alle Staaten ohne jedes „Wenn" und „Aber" zu diesen Prinzipien von Bandung bekennen: 1. Gegenseitige Achtung und Integrität der Staaten; 2. Ablehnung jeglicher Aggression; 3. Ablehnung jeglicher Einmischung in die Angelegenheiten des anderen Staates; 4. Anerkennung der Gleichberechtigung und das Streben nach gemeinsamem Vorteil; 5. Bejahung der friedlichen Koexistenz.

Natürlich ist es ein Unterschied, ob eine Regierung, wie die amerikanische, Teile dieser Prinzipien akzeptiert, und sich, wenn nicht alles trügt, sich zu diesen Prinzipien hinbewegt, oder ob eine Regierung alle Maximen einer Friedenspolitik im atomaren Zeitalter mißachtet, wie es die Bundesregierung tut. Es ist ein Unterschied, ob man — aus welchen Gründen auch immer — dem Geist der Zeit, wenn auch zögernd, folgt, oder ob man ihm offen zuwiderhandelt. Jede Politik aber, die versucht, diese Prinzipien zu unterlaufen, oder nur in Worten zu vertreten, gefährdet — ob sie das will oder nicht — das friedliche Zusammenleben der Völker. Jede Politik, die sich nicht an die Gesetze der Vernunft und menschlichen Logik hält, erzeugt Mißtrauen, verhindert Entspannung und Abrüstung. Was allgemein für die Beziehungen zwischen den großen und kleinen Staaten des Westens und Ostens, sowie für die neutrale Welt gilt, hat besondere Gültigkeit und Bedeutung für das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander.

Wie immer man die allgemeine und konkrete Lage auch beurteilen mag, ob günstig oder weniger günstig — eines bleibt: es läßt sich nicht daran vorbeisehen, daß die Entwicklung in der Bundesrepublik hinter der allgemeinen Entwicklung hinterherhinkt. Zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion beispielsweise besteht ein besseres Verhältnis als zwischen Bundesrepublik und DDR. Dasselbe läßt sich von den Beziehungen Englands und der skandinavischen Staaten zum kommunistischen Staat in Deutschland sagen. Es läßt sich nicht daran vorbeisehen, daß die Bundesregierung nicht einmal bereit ist, mit der Regierung Ulbricht e r s t e Maßnahmen zur Abrüstung, zur Entspannung und Normalisierung der Beziehungen zu vereinbaren. Es läßt sich nicht daran vorbeisehen, daß es bei uns nach wie vor an einer ersten minimalen Hinwendung zu einer Koexistenzpolitik fehlt. Nach wie vor ist es eine Tatsache, daß man in Bonn glaubt, um der Verfolgung von unrealistischen Zielen willen, — die nur durch Gewalt zu verwirklichen wären, damit aber um den Preis des Selbstmordes des deutschen Volkes! — am friedlichen Streit mit dem anderen deutschen Staat vorbeikommen zu können. Wir kommen auch an der Realität nicht vorbei, daß wir unserem Volk und den Kräften der Entspannung in West und Ost nur dann wirksam helfen, wenn es e n d l i c h auch in der Bundesrepublik gelingt, den Spielraum der Scharfmacher und Aufrüster auf den verschiedensten Sektoren des Lebens einzuengen.

So wie die Dinge liegen, wird das n u r möglich sein, wenn die verschie-

densten oppositionellen Kreise, mögen sie innerhalb oder außerhalb der Parteien stehen, in kluger Bescheidung auf das Wichtigste und zugleich Einende loyal zusammengehen und beharrlich an der Durchsetzung einer Friedenspolitik arbeiten. Eine Umorientierung, auf die alle Welt wartet, wird nur möglich, wenn es gelingt, Menschen aller Lebensbereiche für den Gedanken der friedlichen Koexistenz, insbesondere für die Verständigung mit dem anderen deutschen Staat zu gewinnen, wenn es gelingt, eine solche Politik Zug um Zug auszubauen, das Erreichte zu verankern und personell zu sichern.

Jeder, der die Verhältnisse vorurteilslos und frei von Beschönigungen beurteilt, wird zugeben müssen, daß wir hiervon noch weit entfernt sind.

p. n.

Zum Dortmunder Kirchentag

Es sollte ein „unpolitischer" Kirchentag sein, trotz der Parole „Mit Konflikten leben". Es war auch weitgehend ein innerkirchlicher Familientag, aber die Tatsache der Beschränkung auf einen bestimmten Bereich ist ja in sich selber ein politisches Faktum. Die Christen aus der DDR waren nicht da. Es wurden keine Anklagen erhoben, aber ist der Ausdruck des Schmerzes über die Trennung nicht wiederum ein politisches Faktum, auch wenn man es nicht so nennt? Man wagte nicht, an das Warum der Trennung heranzugehen; nur Thadden wies einmal mit großem Ernst auf die Schuld hin, die diese Situation entstehen ließ: die Schuld der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. Man wagte auch nicht, zu fragen: wie kann trotz der entstandenen Grenze das Verhältnis zwischen der DDR und der Bundesrepublik so gestaltet werden, daß die menschlichen Nöte, die uns alle bedrücken, reduziert und der Kalte Krieg überwunden werden? Diese Frage hätte an bestimmte Tabus gerührt; sie hätte sicherlich auch zu ernsten Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kirchentages geführt — und also ließ man sie außen vor, und versuchte, ein westdeutsches Familienfest zu feiern. Ein solcher Versuch, der sich in bewußten Grenzen hält, läßt sich weitgehend rechtfertigen. Warum soll man nicht in der Bundesrepublik einmal zusammenkommen und nach neuen kirchlichen Wegen für den eigenen Bezirk suchen? Nur daß man dann nicht meinen soll, d a s sei noch d e r Kirchentag, der einmal aufbrach, um das Zeugnis der Gemeinde in der ganzen Weite und Fülle des Lebens lebendig zu gestalten! Dazu würde auch der Bereich der christlichen Existenz in der Welt gehören, den der Kirchentag ausschloß: der politische.

Aber hat er ihn wirklich ausgeschlossen? Kann man in der Eröffnungspredigt von Toren und Mauern Jerusalems sprechen, ohne bestimmte Assoziationen wachzurufen? Kann man die unerwartet eintreffenden kirchlichen Vertreter aus Rumänien begrüßen, ohne der offenen Fragen schmerzlich bewußt zu werden? Und in der biblischen Auslegung Niemöllers, der Bibelarbeit und Predigt von Lüthi und an manchen anderen Stellen war dann die ausgeklammerte Frage auf einmal da — und gerade Niemöller und Lüthi zeigten, wie man sie doch hätte anpacken können, so vom Grunde her fragend, daß es keinen Krach, wohl aber ein heilsames Erschrecken über das eigene Versagen gegeben hätte. Können sich Christen über Mitmenschlichkeit unterhalten, ohne der tiefen Risse zwischen den zur Mitmenschlichkeit gerufenen Völkern zu gedenken? In der Fürbitte am Schluß der Tage kamen sie alle vor: die Christen und die Atheisten, die aus dem Westen und die aus dem Osten: da war die ökumenische Weite da und die Verantwortung für das Ganze des Lebens. Wird man auf dem nächsten Kirchentag im lutherischen Schleswig-Holstein endgültig zur Trennung der beiden Reiche zurückkehren, die Welt noch weiter

ausklammern? Oder hat man gelernt, hier in Dortmund gelernt, daß dieser Versuch nichts bringen kann als geistige und geistliche Lähmung, — keine frohe Verkündigung der Herrlichkeit des einen Gottes?

Es gehört zu den Eigenschaften des Generalsekretärs des Kirchentages, Dr. Hans Hermann Walz, daß er offen ist für Kritik. Auf keinem Kirchentag bisher ist so herzlich gebeten worden, daß man helfende Kritik übe, wie auf diesem. Deshalb sei hier gleich die zweite ernste Frage angemeldet, die man an Dortmund stellen muß: hat der Kirchentag wirklich den Menschen des Reviers erreicht — oder blieb es auch hier beim Fest innerhalb der Familie der Kirchentreuen? Es ist eindeutig: der „Zugriff" auf den der Kirche Entfremdeten ist kaum irgendwo gelungen. Es waren Gespräche ü b e r den Menschen des Reviers, aber es war kein Dialog m i t ihm. Dazu war der Mensch des Reviers bei der inneren Vorbereitung auf den Tag viel zu wenig ernsthaft gefragt worden. Die sozialdemokratische Stadtverwaltung tat alles, was sie konnte, Dortmund zur gastlichen Stadt zu machen, es hätte nicht besser sein können. Ein Mann der Industrie war der Vorsitzende des vorbereitenden Komitees — und es war hervorragend, wie er sich einsetzte. Das alles muß dankbarst gesehen werden. Aber der Kumpel? Glaubt man wirklich, ihn anzureden, wenn man einen Volksmissionar im Stil Billy Grahams auf ihn losläßt? Glaubt man ihn anzureden, wenn die ganze Tagung den Stil hat, den man ihr nun einmal gegeben hatte? Die S a c h e des arbeitenden Menschen kam freilich immer und immer wieder zu Gehör: es sind neben fragwürdigen auch mutige Dinge zum Zustand unserer Gesellschaft gesagt worden und die Diskussion war oft genug voll Leidenschaft. Daß man Bert Brecht mitten in den Kirchentag stellte, weil er dahingehört (und nicht nur als der, der außen steht!) — war ausgezeichnet und die Diskussionen regten auf und brachten viele Menschen zu heilsamen Einsichten, die hoffentlich bleiben. Daß ein Soziologe sein ganzes Referat umkrempelte auf Grund der Fragen, die aus den Morgengesprächen an ihn herangebracht waren, zeigte, daß etwas in Bewegung gekommen war. Die Arbeitsgemeinschaft „Christen und Juden" gehörte wie in Berlin zu den Gruppen, in denen wirklich neue Horizonte aufbrachen. Und beim Abend „Oekumene in den Großstädten der Welt" wurde unüberhörbar deutlich, wie die Welt die Kirche fordert, nicht um Almosen bittet, aber fragt: wo und wie wird durch deine Botschaft die Welt anders?

Die durchschlagenden Antworten geschahen da, wo die Brecht-Leute, wo Niemöller, wo Lüthi standen: nämlich da, wo die versammelte Gemeinde anfing, zu begreifen, daß das Christsein nicht im Fürwahrhalten einer Lehre und im Sterben für ein formuliertes Bekenntnis besteht: sondern daß die Begegnung mit Christus sofort Gestalt gewinnt in einer veränderten Art der Begegnung mit dem Nächsten, dem Fremden, dem Atheisten. Das Verhalten zum Fremden ist die Sache, an der sich entscheidet, ob „Christus in mir" eine Wirklichkeit ist oder eine Phrase. Noch einmal sei's gesagt: hier hätte sich die Tür zu konkreten Antworten in der Frage der innerdeutschen und der weltpolitischen Spannungen aufgetan. Aber man rutschte dann doch wieder zurück in die individualistischen Tugendlehren und in die Ermahnungen, besser gesagt, die redlichen Ermunterungen, im zivilen Bereich das Rechte zu tun (in einem der Anspielfilme bekehrt sich dann ja auch der Taxichauffeur richtig zu seiner Kirche!) — und das stieß nicht durch.

Es stieß auch nicht durch, was zur Kirchenreform gesagt wurde. Aber es muß gesehen werden, und das ist ein Zeichen der Hoffnung, daß die junge Generation, die auf dem Kirchentag erheblich vertreten war, geradezu leidenschaftlich an der Erneuerung des Gottesdienstes und der kirchlichen Lebens-

ordnungen interessiert war. Die Experimental-Gottesdienste der Jugend waren überfüllt — das Kirchentagskabarett nicht minder —, der Abend „Songs und geistliche Lieder" in der Westfalenhalle war nicht nur eine attraktive Show, sondern dahinter stand ein äußerst interessiertes Fragen, — und die Referate Thadden jr. und Heintze fanden Riesenmengen von Zuhörern. Da ist also etwas im Gange, das man beachten sollte. Neuordnung der landeskirchlichen Struktur: da wurden gute Dinge gesagt. Aber wird das die seit 1945 so mächtig gewordene kirchliche Apparatur beeinflussen, wird es die „Maschinerie" des Apparates wirklich ändern? Und, was wichtiger ist: kann man mit Reformen dieser Art eine Kirche wieder lebendig machen, wenn nicht die Frage nach dem Wort und dem Geist an erster Stelle steht? Das werden Thadden und Heintze ganz und gar auch sagen. Aber wie steht es angesichts dieser Frage mit der geistlichen Selbstbeschränkung des Kirchentages — dem Verzicht darauf, zu der Frage der zerspaltenen Völkerwelt etwas zu sagen? Kann man die Kirche reparieren wollen ohne gleichzeitig darauf zu dringen, daß man die Nöte der Welt ernst nimmt?

Den meisten Kirchentagsbesuchern sind diese Fragen sicherlich nicht deutlich geworden. Und es sei noch einmal gesagt: es gab auch viel Schönes an diesem Familienfest. Wenn aus der Freude an den Experimenten erst auf der ganzen Linie die Freude am Wagnis mit dem Wort erwächst — wer wollte dann nicht auch gern die Experimente freundlich betrachten? Hier liegt die Frage an die Kirchentage! Dann würden die Kirchentage wirklich die Kirche dem Alltag konfrontieren; dann käme es zur gesellschaftlichen Diakonie, die die politische Diakonie einschließt, dann allerdings dürfte man es nicht noch einmal riskieren, an der Frage nach dem Überleben der Menschen im Zeitalter der Selbstzerstörung so vorbeizugehen, wie es dieser Kirchentag tat, — und also in Gefahr geriet, auf dem Vulkan sich diskutierend zu ergehen, ohne vom Vulkan zu sprechen, besser gesagt: und also vom Arzt zu reden, ohne ihn zu konsultieren.

D. D. Heinz Kloppenburg

Gefahr in Vietnam

Während die Entspannung in der Weltpolitik langsam fortschreitet, spitzt sich die Lage in Südvietnam bedrohlich zu. Eine vom Volke gehaßte Feudal-Diktatur versucht mit allen Mitteln, ihren Sturz aufzuhalten, während die Amerikaner, als tatsächliche Schutzmacht, sich ernsthaft die Frage stellen, ob sie den Weg ins Verderben bis ans Ende mitgehen sollen. Wir haben besonderen Grund, das Schicksal dieses Landes mit Aufmerksamkeit zu verfolgen, da es manche Parallelen zur deutschen Situation bietet. Auch Vietnam — die ehemalige französische Kolonie Indochina — wurde geteilt. Auch ihm wurde die Wiedervereinigung durch freie Wahlen versprochen, ja sogar das Datum wurde festgesetzt. Zwei Jahre nach der Genfer Waffenstillstandskonferenz von 1954 sollte das Ziel erreicht werden. Dahin kam es nie. Doch während in Deutschland die UdSSR Wahlen als Mittel der Wiedervereinigung ablehnt, sind es in Vietnam die USA, in der Furcht, auf diese Weise der Ausdehnung des Kommunismus zu dienen. So ist denn ersichtlich, daß die schöne demokratische Losung nur dann in die Tat umgesetzt wird, wenn man glaubt, damit zum Zuge zu kommen. Ansonsten prangt sie als Firmenschild über Praktiken, die ihr Hohn sprechen.

Kurz vor der Genfer Konferenz war es den USA gelungen, in Saigon den französischen Einfluß zu verdrängen und sich als Protektor gegen den siegreichen Kommunismus zu etablieren. Während das durch den siebenjährigen Krieg erschöpfte Frankreich sich mit

Mendès-France für den Frieden entschloß, half Foster Dulles dem katholischen Kreuzzugsfanatiker Ngo Dinh Diem in den Sattel und verweigerte die Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrags, entschlossen, seine Bestimmungen nicht auszuführen. Es wurde Kurs auf eine Verhinderung freier Wahlen und damit der Wiedervereinigung genommen, die wahrscheinlich einen Erfolg der Kommunisten gebracht hätten, da diese in der Gloriole des nationalen Befreiungskampfes standen. Die Operation begann unter ungünstigen Vorzeichen. Diem repräsentierte ein von den Massen isoliertes Minderheitsregime, während der von Ho Chi Minh geführte Staat im Norden die soziale Hoffnung der armen Bauern wie die nationale Sehnsucht der überwiegenden Mehrheit des Volkes verkörperte. Während im Norden, nach dem Ende der Kolonialherrschaft, eine neue Epoche mit den Losungen von Landreform, Erziehung und Industrialisierung begann, wucherte im Süden das alte Kolonialsystem mit fremder Bevorzugung und einheimischer Korruption fort.

Den ungünstigen Start bezeugte die Familie Diem selbst, die, aristokratisch und katholisch, mit einem doppelten Fluch beladen war in einem Lande, das nach Demokratie verlangte und traditionsmäßig der buddhistischen Religion angehört. Ihre Stütze waren anfänglich 700 000 katholische Flüchtlinge aus dem nördlichen Gebiet, doch war das eine Insel in feindseligem Meer. Die eingeschlagene Politik verbesserte nichts, verschlechterte dagegen vieles. Die Familie wurde zur regierenden Kaste. Neben dem höchsten Diktator Ngo Dinh Diem wurde ein Bruder Erzbischof von Saigon, ein anderer Gouverneur von Mittel-Annam, eine Schwester sicherte sich das Monopol für den Reishandel, eine Schwägerin, die intelligente und gefürchtete Madame Nhu, schuf sich eine einträgliche Pfründe im Export-Import-Geschäft. Da eine durchgreifende Landreform ausblieb, wurden die Massen den neuen Herrschern nicht gewonnen. Aus dem Norden stammend, einer Minderheits-Religion angehörend, die Mandarinen-Kaste beschützend, wurden sie als Fremde betrachtet. Und dieses Fremdsein nahm mit jedem Jahr der Machtausübung zu. Das sich in solchem Fall anbietende Mittel wurde gern und reichlich gehandhabt: die Tyrannei sollte alles retten. Opponierende wurden verfolgt und zum Schweigen gebracht, so Dr. Pham Quang Dan, Abgeordneter von Saigon, der im November 1960 verhaftet und gefoltert wurde und spurlos verschwand. Konzentrationslager öffneten als „Erziehungsanstalten" ihre Pforten, da das Regime auf Bekundungen seiner moralischen Einheit Wert legt. Staatliche Einheitspartei und Einheitsjugend sorgen für die Verbreitung der von oben kommenden Moral.

Ohne Basis im Volk, verdankte das Regime amerikanischer Unterstützung seine Existenz. Seit 1954 flossen 2 Milliarden Dollar in die Kassen der Diem's. Sie dienten der Bereicherung des feudalen Landbesitzes und spekulierender Handelskapitalisten. Je fremder das Regime in feindlicher Umgebung wurde, je mehr Unzufriedenheit ihm entgegenschlug, um so enger mußten die Bande mit Washington geknüpft werden, um so größer wurde dessen politischer und militärischer Einfluß. Und dies trieb wiederum die Unzufriedenheit voran. Der typische Teufelskreis jeder Diktatur begann. In dem verarmten Lande wurde unter amerikanischer Leitung eine gewaltige Armee von 350 000 Mann ausgehoben. Die Prätorianer sollten eine Entwicklung aufhalten, die sie nur zu beschleunigen vermochten. Angesichts des Ausbleibens der Landreform und sogar ihrer Beseitigung dort, wo sie sich im Verlauf des Krieges durchgesetzt hatte, eröffneten die Bauern ihren Widerstand, verweigerten Steuer- und Mietzahlungen. Der passive Widerstand schlug allmählich in Guerilla um. Ab 1959 breitete sich der Bürgerkrieg aus,

von den Amerikanern machtvoll unterstützt. Zuerst als „Berater" getarnt, werden die US-Truppen, seit im Februar 1962 der ehemalige Generalstabschef des US-Heeres in Korea, Harkins, mit deren Oberbefehl betraut wurde, ohne jede Verschleierung eingesetzt. Ein kleiner Koreakrieg ist damit in Gang gekommen, der den Keim zu einem größeren in sich trägt. Anfang dieses Jahres erstattete Senator Mansfield, der einen Untersuchungsausschuß in Südvietnam geleitet hatte, einen ziemlich ungeschminkten Bericht: „Die amerikanischen Kräfte waren nicht für den Kampf bestimmt, aber tatsächlich sind sie in den Kampf gezogen ... Es ist peinlich, festzustellen, daß nach sieben Jahren republikanischen Regimes der Südvietnam weniger stabil erscheint als im Anfang und daß die Bildung einer verantwortlichen Regierung, die einer verantwortlichen Bevölkerung entstammt, ferner denn je zu sein scheint. Der Druck der Vietcong-Guerillas erklärt nicht die ganze Lage. Rückblickend muß man der Vietnam-Regierung sowie unserer Politik, besonders was Verwendung und Verwaltung unserer Finanzhilfe anbelangt, eine große, sehr große Schuld beimessen."

Wie sehr man diese angstvolle Selbstkritik versteht! Ganz wie seinerzeit im chinesischen Bürgerkrieg, haben sich die USA in eine ausweglose Situation verstrickt. Sie ergriffen die Partei einer korrupten, vom Volk gehaßten Oberschicht, die nur vermittels steigenden Terrors ihren unvermeidlichen Sturz hinauszuzögern vermag. Der Diem-Staat zeigt sich nicht gerade zimperlich. Da er die Sympathie der bäuerlichen Bevölkerung nicht gewinnen konnte, ging er dazu über, sie aus ihren Dörfern zu vertreiben, um sie in „strategischen Ortschaften" unter Militäraufsicht zu konzentrieren. Es gibt bereits 4000 solcher „Ortschaften", eine Million Menschen leben in der vietnamesischen Abart von KZs. Im Frühjahr dieses Jahres tauchten Gerüchte über die Anwendung von Giftgas auf, die leider von amerikanischer Seite nicht entkräftet wurden. Auf einen Brief Bertrands Russells antwortete die „New York Times", daß es sich um Schädlingsbekämpfungsmittel handele, die nicht Menschen, sondern Bäume vernichten sollen, welche feindlichen Soldaten Schutz gewährten. Nicht widerlegt wurde, daß dieser „Schädlingsbekämpfung" Menschen zum Opfer fallen. Und wie verhält es sich mit einer Sache, um derentwillen zu solchen Methoden gegriffen werden muß? Den Zwang steigernd, wurde die Verfolgung der buddhistischen Religion eröffnet, die einen natürlichen Hort der bedrückten Menschen bildet. Man kennt die tragische Szene des Mönches, der inmitten von Gläubigen im Gebet sich aus Protest gegen die Unterdrückung verbrennen ließ. Andere Priester traten in den Hungerstreik, buddhistische Massen zogen durch die Straßen der Hauptstadt und wurden zu einer Bedrohung der Diktatur. Der antikommunistische Kreuzzug der Diem's artet zu einem Religionskrieg gegen die große Volksmehrheit aus. Trotz aller Gewaltmaßnahmen ist unschwer das Ende vorauszusehen.

Das sich ankündigende Debakel hat die lange Zeit ausgezeichneten Beziehungen zwischen den Machthabern und den US-Protektoren verschlechtert. Die Amerikaner beginnen einzusehen, daß sie — genauso wie in China — auf die falsche Karte gesetzt haben. Kein Zwang wird die überlebten Feudalschichten vor der demokratischen Revolution retten können. Seltsam, daß diese Lehre von einem Lande vergessen wurde, das selbst aus einer solchen Revolution hervorging. Noch im Feruar erklärte der Generalstabschef der US-Truppen in Vietnam, Wheeler, daß man mit zehn Jahren rechnen müsse, um die Volksmassen niederzuwerfen. Heute ist Washington noch weniger optimistisch und beginnt, sich nach Ersatzleuten umzusehen. Dazu wird es auch durch die Intrigen Frankreichs veranlaßt, das

durch Mittelsmänner versucht, seinen alten Einfluß wiederzugewinnen. Unter ihnen findet man den ehemaligen Ministerpräsidenten Van Huu, der die Koexistenz und die Neutralität beider vietnamesischer Staaten verlangt. (Wie man sieht, ist die Entfernung zwischen Saigon und Bonn keineswegs so groß, wie es auf dem Globus erscheint.) Diese These setzt sich auch unter dem liberalen Bürgertum, das von der mittelalterlich-feudalen Oligarchie der Diem's abgestoßen wird, immer mehr durch. Angesichts des russisch-chinesischen Zerwürfnisses kann man diesen ostasiatischen Winkel auch als einen neuen Konfliktstoff in den Beziehungen mit Peking betrachten. Die Kommunisten des Vietnam, wie die anderer asiatischer Länder, unterliegen stärker chinesischer als sowjetrussischer Beeinflussung. Während sie bisher die Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten propagierten, könnten sie sich für einen schärferen Kurs entschließen. Der Krieg im Vietnam würde sich dann zu einer echten Neuauflage des Koreakrieges entwickeln, wobei sich wiederum die USA mit China messen würden. Die Politik Moskaus ist dagegen weniger auf Errichtung sozialrevolutionärer Regimes als auf Einrichtung neutraler, den Frieden sichernder Pufferzonen aus. In diesem Randgebiet zwischen den Blöcken geht es — ähnlich wie in Deutschland — darum, die Blöcke auseinanderzurücken und dem mißbrauchten Volk, jenseits jeder Kreuzzugslist, das Wort zu erteilen.

Heinz Abosch

Die Lage

Dr. Achim von Borries

„Nichtanerkennung" oder Verbesserung des Status quo?

I.

Die weltpolitische Bedeutung des Übereinkommens zwischen den USA, Großbritannien und der Sowjetunion über einen begrenzten Stop der Kernwaffenversuche geht weit hinaus über den Inhalt des von den genannten Mächten in Moskau unterzeichneten Vertrages selbst. (Vgl. den Wortlaut des Abkommens in „Dokumente zum Zeitgeschehen".) Daß sich diese Mächte nach so vielen Jahren des Kalten Krieges zum erstenmal überhaupt wieder in einer sachlich schwerwiegenden Frage geeinigt haben, ist wichtig genug. Darüber hinaus aber betrachten offenbar beide Seiten diese Einigung als vielversprechenden Anfang einer Periode wirklich ernsthafter Verhandlungen über die entscheidenden weltpolitischen Streitfragen. Das Moskauer Abkommen gilt Ost und West gleichermaßen als Ausgangspunkt für eine Art weltpolitische Generalbereinigung.

Zum erstenmale seit vielen Jahren sind offensichtlich beide Seiten von der

Verhandlungsbereitschaft und dem Kompromißwillen der Gegenseite überzeugt. Gerade diejenigen westlichen Politiker, die — im Gegensatz etwa zur Bundesregierung — seit einiger Zeit in ständigem politischem Gedankenaustausch mit der sowjetischen Regierung stehen, sehen im Augenblick günstige Aussichten für Vereinbarungen zwischen Ost und West, die die gefährliche weltpolitische Spannung Schritt um Schritt mildern und endlich einen gesicherten Friedenszustand herbeiführen können. Der amerikanische Bevollmächtigte bei den Verhandlungen in Moskau, Averell Harriman, bezeichnete die bisherigen Gespräche mit Chrustschow als die „herzlichsten und sachlichsten", die er je mit Vertretern der Sowjetregierung geführt habe. Harriman ist im Umgang mit den Sowjets erfahren und überdies realistisch genug, um dergleichen Erklärungen nicht leichtfertig abzugeben. Präsident Kennedy sprach im Hinblick auf das Abkommen von Moskau von einem vernünftigen und verheißungsvollen Kompromiß, bei dem keine Seite einen Sieg über die andere errungen habe, sondern beide Seiten sich im Interesse der Zukunft der ganzen Menschheit geeignigt hätten. Der belgische Außenminister Spaak hatte schon vor Abschluß des Vertrages von Moskau nach seiner Rückkehr von politischen Gesprächen mit Chrustschow am 9. Juli auf dem Brüsseler Flughafen erklärt, der Westen solle jetzt aus den „guten Absichten" des sowjetischen Ministerpräsidenten Nutzen ziehen: „Chrustschow ist immer noch ein überzeugter Anhänger der friedlichen Koexistenz" (DIE WELT v. 10. 7. 63). Auf der anderen Seite hat Chrustschow anläßlich der Unterzeichnung des Vertrages in Moskau ausdrücklich das Verdienst der beiden westlichen Mitunterzeichner des Abkommens an diesem Kompromiß zur Förderung der Entspannung anerkannt.

Beide Seiten haben auch zu verstehen gegeben, daß sie bereits in ernsthaften Gesprächen auch über andere strittige Probleme stehen. Und die Zuversicht, die anläßlich der Vertragsunterzeichnung in Moskau auf östlicher wie auf westlicher Seite zu erkennen war, beruht offenbar auch auf dem Stand dieser Vorbesprechungen über andere wichtige Fragen.

Ministerpräsident Chrustschow hat in den letzten Wochen mehrfach einen Nichtangriffspakt zwischen NATO und Warschauer Vertrag vorgeschlagen und außerdem eine Reduzierung und gegenseitige Kontrolle der Streitkräfte in Mitteleuropa als wünschenswert bezeichnet. Diese detaillierten Vorschläge werden von amerikanischer und britischer Seite als durchaus diskussionswürdig betrachtet — und das ist nach all den fruchtlosen, nicht einmal „andiskutierten" Forderungen und Gegenforderungen der letzten Jahre schon sehr viel! Die „Stuttgarter Zeitung" berichtete am 22. Juli über die amerikanische Reaktion auf Chrustschows große Rede: die Äußerungen des sowjetischen Ministerpräsidenten, „die allesamt auf ein kontrolliertes Disengagement in Europa hinauslaufen", seien in Washington „beifällig" aufgenommen worden. Es ist zudem bemerkenswert, daß die USA-Regierung am 25. Juli ihre Zustimmung zu dem Vorschlage Chrustschows erklärte, in Afrika eine atomwaffenfreie Zone einzurichten, unter der Voraussetzung, daß die afrikanischen Staaten selbst eine solche wünschten und sie durch wirksame Inspektionen garantiert werde. Der Führer der Demokraten im amerikanischen Senat, Senator Mansfield, trat Anfang August für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Lateinamerika unter Einschluß Kubas ein. Er bezog sich dabei auf die Initiative der Regierungen von Mexiko, Brasilien, Bolivien und Ecuador vom April dieses Jahres (Vgl. Heft 6/63, S. 484).

Besonders erwähnenswert ist die Anwesenheit des UN-Generalsekretärs U Thant bei der Unterzeichnung des Moskauer Abkommens. Sie zeigt, welche Bedeutung der Generalsekretär diesem Übereinkommen beimißt. U Thant hat sich auch aktiv in die Entspannungs-Bemühungen beider Seiten eingeschaltet und den

Großmächten einen sogenannten „Friedensplan" unterbreitet, der folgende Maßnahmen vorsehen soll:

1. Abschluß eines Abkommens zur Verhütung der Ausbreitung von Atomwaffen in Ländern, die noch keine eigenen Kernwaffen besitzen.
2. Beschränkung der Zahl der Raketen, die zur Beförderung von Atomsprengsätzen gebraucht werden können.
3. Verhandlungen über Maßnahmen zur Verhütung von Überraschungsangriffen.
4. Einberufung einer weltweiten Konferenz mit der Aufgabe, ein Verbot der Verwendung der Atomenergie für Kriegszwecke auszusprechen.
5. Bildung von atomwaffenfreien Zonen in verschiedenen Teilen der Welt.

So sehr es geraten erscheint, vor einer Entspannungs-Euphorie zu warnen, die allzuleicht in eine neue furchtbare und lähmende Enttäuschung umschlagen könnte, so notwendig ist es doch, auf die großen Chancen hinzuweisen, die sich aus der jetzigen Entwicklung ergeben. Die Weltpolitik ist, im guten Sinne, in Bewegung geraten, an die Stelle jahrelanger, so wortreicher wie politisch substanzloser öffentlicher Schatten-Diskussionen sind konkrete Gespräche getreten. Ein Aufatmen ist denn auch durch die Welt gegangen, als die Einigung der drei Mächte über einen begrenzten Kernwaffenversuchsstop bekannt wurde. Und die Zahl der Regierungen, die entweder schon offiziell ihren Beitritt zu diesem Abkommen angekündigt oder aber ihn in Aussicht gestellt haben, wächst von Tag zu Tag, während sich diejenigen, die einen Beitritt ablehnen, schon an den Fingern einer Hand abzählen lassen! Mag der unmittelbare politische Wert mancher Beitrittserklärungen nicht einmal sehr groß sein, da zahlreiche Staaten ohnehin kaum in die Versuchung kommen dürften, Atomversuche zu machen, so sollte gleichwohl ihre Bedeutung nicht zu gering eingeschätzt werden: der Beitritt ist ein Akt der Solidarität, ein Bekenntnis. Von der Erweiterung des Moskauer Abkommens der drei Großmächte zu einer weltweiten Vereinbarung kann eine wichtige Ermutigung und Verpflichtung für alle Völker ausgehen. Umgekehrt sind heute schon die Volksrepublik China und Frankreich, die beide deutlich erklärt haben, daß sie um ihrer nationalen Atomwaffen-Ambitionen willen dem Abkommen nicht beizutreten gedenken, in der Welt moralisch isoliert.

II.

Im Augenblick, da diese Zeilen geschrieben werden, zögert die Bundesregierung noch immer, dem Moskauer Abkommen beizutreten. Und selbst wenn sie sich schließlich, unter dem Druck der Westmächte und auch der Weltöffentlichkeit, zum Beitritt bereit erklären sollte, schon dies Zögern, diese kaum verhehlte Ablehnung des Vertrages hat die Bundesrepublik in eine peinliche Lage gebracht. Treffend sagt Karl-Hermann Flach in der Frankfurter Rundschau vom 7. August:

> „Die gesamte Außenpolitik der Bundesrepublik steht in Gefahr unglaubwürdig zu werden. Bonn bekennt sich stets und ständig zur allgemeinen, weltweiten und kontrollierten Abrüstung. Dieses Bekenntnis wird aber wertlos, wenn schüchterne Schritte in dieser Richtung bereits an Fragen scheitern sollen, die von der Weltöffentlichkeit im Verhältnis zu dem, was auf dem Spiel steht, als provinziell empfunden werden müssen."

Auf dem Spiel steht heute nichts geringeres als der Ansatz zu einer langfristigen weltpolitischen Entspannung. Es ist kaum zu fassen, daß die Bundesregierung und die ihr nahestehenden Kreise dieser Tatsache nicht nur nicht Rechnung tragen, sondern sie sogar zu bestreiten versuchen. Typisch dafür ist der Titel eines Leitartikels der Deutschen Zeitung aus den letzten Tagen, der vor „Gefah-

ren der Scheinentspannung" warnen möchte ... Dergleichen erweist sich schnell als allzu absichtsvoller Zweckpessimismus, unsinnig, ja unwürdig angesichts der besonnenen Einschätzung der weltpolitischen Lage in Washington und London (wo man über die sowjetischen Absichten zweifellos besser unterrichtet ist als in Bonn!), wie auch angesichts der unzweideutig positiven Beurteilung der neuen Entspannungsverhandlungen durch so unabhängige und verantwortungsbewußte Persönlichkeiten wie Papst Paul VI. und UN-Generalsekretär U Thant.

Die anhaltenden Bedenken der Bundesregierung richten sich sowohl gegen das Moskauer Abkommen selbst wie gegen möglich gewordene weitere Vereinbarungen zwischen Ost und West, nicht zuletzt in der Deutschland-Frage. Insbesondere der Vorschlag eines Nichtangriffspaktes zwischen NATO und Warschauer Pakt stößt in Bonn auf stärkste Ablehnung. Diese Intransigenz der Bundesregierung wird begründet mit der These, die sich jetzt anbahnende relative Verständigung zwischen Ost und West bedeute eine Bestätigung des Status quo und eine solche könne von deutscher Seite niemals akzeptiert werden. So erklärte etwa Bundesminister Krone am 18. Juli in der Politisch-Sozialen Korrespondenz der CDU, die Abgabe von Nichtangriffserklärungen käme einer „Anerkennung des sowjetischen Herrschaftsbereiches bedenklich nahe". Ein anderer Minister, Herr Barzel, warnte vor den angeblichen „Fallstricken und Fußangeln" in den neuen Vorschlägen Chrustschows, die darauf abzielten „die deutsche Spaltung zu verewigen, die kommunistische Herrschaft in der Sowjetzone zu legalisieren und die Einflußmöglichkeiten des Kommunismus in der Bundesrepublik zu vergrößern."

Da eine offene Polemik gegen das Moskauer Abkommen heute schon einer moralisch-politischen Selbstisolierung gleichkommt, zieht man sich zumeist auf die These zurück: Wenn die USA bereit seien, diesen Vertrag mit seinen möglichen oder wahrscheinlichen Konsequenzen in Kauf zu nehmen, so könne das nicht unbedingt automatisch für die Bundesrepublik gelten. Diese habe vielmehr spezifisch deutschen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen und das Abkommen vor allem daraufhin zu prüfen, ob nicht mit dem Beitritt der DDR zu ihm eine politische „Aufwertung" der „Zone" verbunden sei. Eine solche aber müsse um jeden Preis verhindert werden, denn mit ihr würde der Sache der Wiedervereinigung Deutschlands in verhängnisvoller Weise geschadet.

Schließlich gibt es bereits Ansätze zu einer neuen außenpolitischen „Dolchstoßlegende". Es wird angedeutet, die Amerikaner hätten Bonn vor dem Abschluß des Vertrages nicht gründlich genug unterrichtet. Ja, hier und da hört man bereits die Parole: Die Angelsachsen haben uns „verraten und verkauft" ... Und da man schließlich auch einen deutschen Sündenbock für das Debakel der Bonner Außenpolitik braucht, heißt es, der Außenminister Schröder, ohnehin manchen Leuten ein Dorn im Auge, habe es versäumt, die Alliierten Bonns rechtzeitig zu konsultieren und auf die Folgen eines Beitritts der DDR zum Moskauer Abkommen aufmerksam zu machen. Die Schwierigkeiten, denen sich die Bundesregierung außenpolitisch heute gegenübersieht, werden also auf eine Art diplomatische Panne zurückgeführt.

In Wirklichkeit resultieren diese Schwierigkeiten aus der außenpolitischen Grundkonzeption der Bundesregierung selbst. Und nur wenn das wenigstens jetzt erkannt wird, mit entsprechenden Konsequenzen, ist eine Überwindung des Dilemmas möglich. Es mehren sich die Stimmen, die dieser politischen Einsicht Ausdruck geben. Die jüngste weltpolitische Entwicklung hat schon zu einer gewissen Differenzierung der außenpolitischen Auffassungen in der Bundesrepublik geführt. Es stehen sich heute „Doktrinäre", die eine unbedingte Fortsetzung der bisherigen starren Bonner Außenpolitik fordern und das Moskauer Abkommen nur mit äußersten Vorbehalten akzeptieren, auf der einen Seite, „Pragmatiker",

die eine gewisse Flexibilität und dementsprechend auch eine positive Haltung zum Vertrag von Moskau empfehlen, auf der anderen Seite gegenüber. Die letzteren verweisen auf die amerikanischen Erklärungen, eine „Aufwertung" oder gar „Anerkennung" der DDR sei weder beabsichtigt noch zu befürchten. Die Bundesregierung wiederum verlangt weitere Garantien der Westmächte in dieser Frage, als Voraussetzung ihres Beitritts.

So erfreulich es ist, daß wenigstens ein Teil der deutschen Öffentlichkeit endlich zu einer unbefangeneren Betrachtung der außenpolitischen Gegebenheiten bereit ist (erinnert sei etwa an die Initiative des FDP-Bundestagsabgeordneten Dr. Achenbach auf dem Münchener FDP-Parteitag und die Rede des Berliner Senats-Pressechefs Egon Bahr in Tutzing. Vgl. dazu die „Dokumente zum Zeitgeschehen"), es muß doch auch vor einem gewissen neuen Illusionismus gewarnt werden. Denn es wäre unverantwortlich, noch weiter politische Scheinprobleme zu diskutieren, unbequeme Tatsachen neu zu bemänteln, bei einer rein taktischen, augenblicksgebundenen Sicht außenpolitischer Grundsatzfragen stehen zu bleiben.

Zweifellos werden die Westmächte Bonn hinsichtlich einer „Anerkennung" der DDR weitere „Beruhigungspillen" geben. Und als psychologische „Überbrückungshilfe" mögen solche Zusicherungen auch einen gewissen politischen Augenblickswert haben. Ohnehin denkt vorläufig niemand im Westen an eine direkte und formelle Anerkennung der DDR, wie auch Chrustschow mit einer solchen fürs erste nicht rechnen dürfte. Aber das alles ändert nichts daran, daß die neue Entspannungs-Diskussion zwischen Ost und West auf kürzere wie auf längere Sicht zwangsläufig zu einer politischen Berücksichtigung des Faktums DDR durch den Westen führen muß.

Das weiß man heute natürlich auch in Washington und London. Aber man ist zum erstenmal seit Jahren bereit, es um des Primates der Entspannung willen in Kauf zu nehmen. Denn man ist sich der Dringlichkeit einer solchen Entspannung bewußt geworden und hat erkannt, daß sie nur im Rahmen des Status quo möglich ist. Von dieser Einsicht geht heute die Politik der Angelsachsen gegenüber der Sowjetunion aus. (Vgl. auch die in den „Dokumenten zum Zeitgeschehen" wiedergegebenen Vorschläge.)

So sind denn auch die Befürchtungen der Bundesregierung durchaus nicht unbegründet, die neue Phase der Weltpolitik werde schnell die letzten Reste des längst morschen Gebäudes der Bonner Außenpolitik zum Einsturz bringen. Deren Fiasko aber läßt sich um keinen Preis mehr verhindern, es läßt sich nur noch abschwächen: durch eine schnelle und gründliche Überprüfung der eigenen außenpolitischen Konzeption. Man wird dabei zu der Erkenntnis gelangen, daß gerade der deutschen Sache unter den heutigen Umständen nur eine Entspannungspolitik im weltweiten Maßstabe unter aktiver Mitarbeit der Bundesrepublik dienen kann. Es ist unverantwortlich, die Bereitschaft zu einem solchen Beitrag zur Entspannung abhängig zu machen von der Erfüllung bundesdeutscher Maximalforderungen, die auf nichts anderes als eine politische Kapitulation der Sowjetunion in Mitteleuropa hinauslaufen. Eben eine solche hat die Bundesregierung mehr als ein Jahrzehnt lang durch die Kombination von politischem Druck und militärischer Aufrüstung Moskau abzuzwingen versucht. Das Ergebnis dieser „Politik der Stärke" ist nicht die Wiedervereinigung, sondern die Vertiefung und „Zementierung" der Spaltung Deutschlands gewesen. Eine solche Politik auch jetzt noch fortsetzen, heißt den Abgrund zwischen beiden Teilen Deutschlands noch weiter vertiefen und eine Entschärfung der Lage in Mitteleuropa verhindern.

So hat gerade die Politik der unbedingten Nichtanerkennung des Status quo, wie er sich seit 1945 in Mitteleuropa herausgebildet hat, zur Fixierung dieses

Status quo geführt. Das ist in den letzten Jahren in diesen „Blättern" immer wieder dargelegt worden. Anläßlich des Moskauer Abkommens hat Walter Lippmann sich mit der auch jetzt wieder in Bonn vertretenen These auseinandergesetzt, jedes internationale Übereinkommen, das in irgendeiner Weise von der Existenz zweier deutscher Staaten ausgehe, sei strikt abzulehnen, da es zum „Einfrieren" der Spaltung Deutschlands führen müsse:

> „Meines Erachtens wird dieses Einfrieren nicht durch diplomatische Eiertänze verhindert werden, die darauf abzielen, festzustellen, inwieweit in jedem Abkommen zwischen Ost- und West-Europa eine Anerkennung Ost-Deutschlands enthalten ist. Tatsache ist, daß die Teilung Deutschlands jetzt eingefroren ist und seit Jahren eingefroren war, und daß gerade in der westdeutschen Einstellung, jede, wenn auch begrenzte, Maßnahme abzulehnen, welche die Beziehungen zwischen den beiden Deutschland intensivieren könnte, der Grund liegt, warum der Westen niemals zu einer realistischen Politik gelangte, um die Teilung aufzutauen."
>
> (Der Mittag v. 1. 8. 63.)

Man wird sagen müssen: unter den heutigen Umständen „zementiert" nicht etwa eine wie immer geartete Anerkennung der ohnehin existierenden DDR die Spaltung Deutschlands, sondern gerade das Bestehen auf der sogenannten, politisch weitgehend ineffektiven Nichtanerkennung. Und weiter: wenn, wie sich zeigt, heute eine weltpolitische Entspannung im Rahmen des Status quo die Voraussetzung jeglicher deutscher Wiedervereinigung ist, dann ist es einfürallemal unsinnig, im Namen der Wiedervereinigung eine Aufhebung des Status quo zu fordern und der Entspannung direkt oder indirekt entgegenzuarbeiten.

III.

Seit 1950 hatte Bonn ausschließlich auf die Karte des Kalten Krieges gesetzt. Spätestens am 13. August 1961 war unabweislich, daß diese außenpolitische Kalkulation Mitteleuropa zum weltpolitischen Krisenherd Nummer Eins gemacht und zu einer heillosen Spannung zwischen den beiden Teilen Deutschlands geführt hat. So war dieser 13. August ein unmißverständliches Menetekel. Aber man hat aus ihm nichts gelernt, nichts lernen wollen, sondern sich einerseits mit bequemer und selbstgerechter Anti-Mauer-Propaganda begnügt, andererseits die Aufrüstung fortgesetzt.

Genau zwei Jahre sind seit jenem 13. August 1961 vergangen. Zwei Jahre — Zeit genug für eine ernsthafte Überprüfung und behutsame Umorientierung der Bonner Politik. Über die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer solchen konnte kein Zweifel mehr bestehen. Doch die außenpolitischen Initiativen der Bundesregierung seither haben sich beschränkt auf die zaghaften Versuche des Außenminister Schröders, die Beziehungen der Bundesrepublik zu einigen Ostblockstaaten ein wenig aufzulockern bzw. überhaupt erste Kontakte zu diesen Staaten herzustellen[1]). Das allein schon machte den Außenminister manchen Leuten in Bonn „verdächtig". Sehr bald wurde Schröder wegen dieser ganz vorsichtigen Fühler nach Osten hin angefeindet. Und heute wirft man ihm vor, allzu bedenkenlos den Beitritt der Bundesregierung zum Moskauer Abkommen zu befürworten.

---

[1]) Vgl. dazu auch den Beitrag von Dr. Rudolf Hilf in diesem Heft.

Offensichtlich möchten die von den Ministern Krone und Barzel, Herrn von Brentano und Herrn Strauß repräsentierten Kräfte den Minister Schröder solange diskreditieren, bis er „abschußreif" ist und einem Vertreter des „harten Kurses" Platz macht.

Nun kann man freilich Herrn Schröder den Vorwurf einer gewissen Inkonsequenz nicht ersparen. Schon heute läßt sich sagen, daß die Bemühungen des Außenministers um eine relative Modifizierung der Bonner Ostpolitik nicht etwa zu weit, sondern nicht weit genug gegangen sind. (Wir lassen offen, ob Herr Schröder nicht weiter gehen wollte oder angesichts der Widerstände im Kabinett und in der CDU nicht weitergehen konnte!) Ein bloßer, gewissermaßen verschämter Pragmatismus genügt längst nicht mehr, die Außenpolitik der Bundesregierung aus der Sackgasse herauszuführen. Dazu bedarf es einer neuen mit Konsequenz vertretenen außenpolitischen Gesamtkonzeption. Gerade in diesem Augenblick neuer weltpolitischer Entwicklungen, die ja nicht über Nacht gekommen sind, sondern sich seit längerem abzeichneten, zeigt sich das ganz deutlich.

Eine realistisch-konstruktive neue bundesdeutsche Außenpolitik, die sich nicht zuletzt der Sache der Wiedervereinigung verpflichtet weiß, muß eine substantielle Verbesserung unserer Beziehungen zur Sowjetunion ebenso einschließen wie die Aufnahme von Beziehungen zur Regierung der DDR. So begrüßenswert die Bemühungen des Außenministers um gewisse Kontakte zu Warschau, Budapest usw. sind, einmal sind dabei bisher die entscheidenden politischen Fragen, vor allem das Problem Oder-Neiße-Grenze, ausgeklammert worden. Zum anderen konnten und können solche Kontakte Verhandlungen mit der Sowjetunion über eine Entspannung in Mitteleuropa nicht ersetzen, sondern nur ergänzen. Ebensowenig aber — und vor allem darüber sollten wir uns keine Illusionen mehr machen — ersetzen diese notwendigen Sondierungen in Moskau Kontakte zwischen Bonn und Westberlin einerseits, Ostberlin andererseits zur Überbrükkung des unerträglich breit und tief gewordenen Grabens zwischen den beiden Teilen Deutschlands (und Berlins!). Der Weg zur Lösung der deutschen Frage führt heute über Moskau und Ostberlin! Hier liegen die wirklichen Versäumnisse des Außenministers Schröders. Er hat zwar die Bonner Ostpolitik ein wenig entkrampft, aber auch er hat es gleichzeitig an einer realistisch-konstruktiven bundesdeutschen „Nahost"-Politik fehlen lassen. Und dieselbe Einschränkung ist auch hinsichtlich des obenerwähnten Realismus der meisten Bonner und Westberliner „Pragmatiker" zu machen. Auch sie sind durchweg noch allzusehr geneigt, die beiden deutschen Kernprobleme zu umgehen: das Problem des militärischen Status in Mitteleuropa und das Problem Bundesrepublik—DDR. Ohne eine Berücksichtigung dieser beiden Probleme aber kann es keine sinnvolle deutsche Entspannungs- und Wiedervereinigungspolitik geben.

Da sich der Status quo in Mitteleuropa heute weder mit Gewalt noch durch politischen Druck ändern läßt, bleibt uns nur die Möglichkeit, ihn zum Ausgangspunkt für eine neue politische Konzeption zu machen und als den Rahmen einer solchen anzuerkennen. Das heißt gerade nicht, die bestehenden Verhältnisse in aller und jeder Hinsicht gutheißen, sondern es heißt die Voraussetzungen schaffen für eine gewisse Veränderung dieser Verhältnisse. Eine Aufhebung des Status quo ist unmöglich, selbst von seiner „Aushöhlung" allzu erwartungsvoll zu sprechen, könnte gefährliche Selbsttäuschung sein. Wohl aber ist eine Verbesserung dieses Status quo denkbar, sofern man sich bequemt, ihn selbst endlich zu akzeptieren.

So bietet denn, recht verstanden, eine weltpolitische Entspannung — und nur sie — der Bundesrepublik durchaus neue politische Möglichkeiten, Möglichkeiten, die sie sich bisher durch ihr Festhalten an der Politik der Nichtanerkennung des Sta-

tus quo verbaut hat. Zu verlieren haben wir dabei im Grunde nur Positionen von ohnehin nur noch fiktivem Wert, nicht aber reale politische Positionen. Gerade jetzt erweist es sich ja, wie fiktiv unsere bisherigen, so doktrinär festgehaltene und immer noch starrsinnig vertretenen Positionen geworden sind. Denn der gesamtdeutsche Anspruch der Bundesrepublik, verbunden mit der im Augenblick offenbar demonstrativ forcierten Aufrüstungspolitik (vgl. die „Chronik der Aufrüstung" in diesem Heft), ist jetzt lediglich ein Hindernis für fruchtbare Bemühungen zur Milderung der deutschen Spaltung, und nicht etwa ein realpolitisch noch vertretbares Konzept.

IV.

An anderer Stelle dieses Heftes wird mit Recht darauf hingewiesen, daß „der Friede noch nicht gesichert", zu voreiligem Optimismus und erst recht zu Müßiggang kein Anlaß ist. Es geht nicht an, daß wir die Last der Verantwortung für Entspannung und Frieden auf die USA und Großbritannien einerseits, die Sowjetunion andererseits abwälzen. Um es mit einem Wort der „Tat", Zürich, zu sagen: „Der Weg zur Entspannung geht über Bonn" — genau wie der Weg zur Wiedervereinigung über die Entspannung geht. Die Bundesregierung kann Entspannungs-Verhandlungen zwischen Ost und West nicht verhindern, aber sie kann sie doch in einem gewissen Maße blockieren, hemmen, erschweren. Und sie tut dergleichen auch. Das aber beschwört die Gefahr einer verhängnisvollen, vielleicht nie mehr gut zu machenden Verzögerung der Entspannung, einer furchtbaren Fortsetzung des Wettrüstens, damit aber einer neuen Verschärfung des Kalten Krieges herauf. Von alledem könnte die Bundesrepublik nicht im geringsten profitieren, im Gegenteil, die Deutschen hüben und drüben würden die Hauptleidtragenden einer solchen gefährlichen Entwicklung sein.

Die „große Wiedervereinigung" im Sinne der Bonner Konzeption der letzten fünfzehn Jahre ist, nicht zuletzt infolge unserer eigenen Politik, unmöglich geworden. Ebenso ist aber der heutige Zustand in Deutschland in mehr als einer Hinsicht unerträglich. Es bleibt uns nur der Weg der, so mag man es nennen, „kleinen Wiedervereinigung". Die „große Wiedervereinigung" kann nur das Ergebnis vieler „kleiner Wiedervereinigungen" sein, sowohl zwischen den beiden Teilen Berlins wie zwischen den beiden Teilen Deutschlands. Diesen gewiß langfristigen Prozeß endlich mit Besonnenheit und Konsequenz einzuleiten — d a s ist jetzt die wirkliche, die konkrete g e s a m t d e u t s c h e Aufgabe der Bundesrepublik.

Indem sie dieser Aufgabe gerecht wird, das heißt durch ernsthafte Bemühungen um eine Entspannung zwischen den beiden deutschen Teilstaaten, leistet sie auch den ihr angemessenen Beitrag zur weltpolitischen Entspannung. Und nochmals sei es hier mit Nachdruck gesagt: diese allein, selbst nur als langfristiger Prozeß denkbar, bietet Aussichten auf eine befriedigende Lösung der deutschen Lebensprobleme. Eine solche ist nicht gegen die Sowjets und nicht gegen den Westen, aber auch nicht gegen die DDR zu erreichen, sondern nur m i t den Sowjets, mit dem Westen u n d auch m i t der DDR! Man muß sich nur vergegenwärtigen, wie wichtig beispielsweise konkrete Verhandlungen über eine Sicherung der Unabhängigkeit und Freiheit Westberlins und Garantien für den freien Zugang nach Westberlin sein würden, um sich der unmittelbaren Nützlichkeit intensiver politischer Beziehungen zwischen Bonn und Pankow bewußt zu werden. Dasselbe gilt etwa für das Problem des freien Reiseverkehrs in ganz Deutschland und der Freizügigkeit in ganz Berlin.

(Ein Beispiel dafür, daß Kontakte fruchtbar sein und wesentliche Erleichterungen schaffen können, gibt die folgende Meldung der Neuen Zürcher Zeitung vom

9. 7. 63: „Ein Sprecher des Deutschen Roten Kreuzes teilte am Donnerstag in Westberlin mit, durch die Familienzusammenführung des Deutschen Roten Kreuzes seien 5305 überwiegend ältere Menschen in anderthalb Jahren bis zum 30. Juni 1963 aus Ostberlin und der DDR nach Westberlin gekommen. Im vergangenen Monat erhielten 655 Personen die Genehmigung zur Übersiedlung nach Westberlin. Damit sind die Behörden der DDR dem größten Teil der Anträge auf Familienzusammenführung nachgekommen."

Es wäre wiederum eine Selbsttäuschung, wollte man glauben, derartige Verhandlungen könnte uns der Westen abnehmen. Vielmehr wird die Bundesrepublik von nun an im Rahmen der neuen westlichen „Friedensstrategie" eine gewisse eigene Rolle spielen können und spielen müssen — aber eben nicht im destruktiven Sinne, wie im Augenblick noch, sondern im konstruktiven Sinne. So hat sie allen Grund, das Moskauer Abkommen zu begrüßen und ihm beizutreten, gerade weil dieses Abkommen von den Erstunterzeichnern als Ausgangspunkt für weitere beide Seiten bindende Vereinbarungen betrachtet wird. Und je eher die Bundesregierung ihren eigenen Eintritt in das Abkommen als ersten Akt einer eigenen neuen Außenpolitik versteht und eine solche neue Konzeption mit Konsequenz vertritt (anstatt sich bloß widerwillig und o h n e neue Konzeption in das Unvermeidliche zu fügen!), desto eher werden die Deutschen in Ost und West Früchte der Entspannung ernten können.

(Abgeschlossen am 7. August.)

J a m e s P. W a r b u r g, New York

Abschied von der Nachkriegsepoche (II) *

U n t e r a m e r i k a n i s c h e r F ü h r u n g z u e i n e r W e l t g e m e i n s c h a f t

Eine Ost-West-Entspannung in Europa und möglicherweise auch anderswo ist nur der Anfang, nur der erste notwendige Schritt zur Evolution einer amerikanischen Politik hin, die geeignet ist, der Krise des chauvinistischen Nationalismus und der internationalen Anarchie, der wir uns jetzt ausgesetzt sehen, zu begegnen.

Eine solche Politik muß darauf hinzielen, zwei eng zusammenhängende Ziele zu erreichen:

1. Die Schaffung einer Welt ohne Krieg; und
2. Eine Umkehrung des Trends, der bisher ständig den Wohlstand des einen großen Teiles der Weltbevölkerung gesteigert und gleichzeitig die Armut und Erniedrigung des anderen, noch größeren Teiles erhöht hat.

In einem gewissen Sinn sind dies die Ziele aller amerikanischen Regierungen nach dem Kriege gewesen, aber unter den Präsidenten Truman und Eisenhower gingen diese Ziele teilweise oder ganz in dem alles überschattenden antikommunistischen Kreuzzug unter. Unter Präsident Kennedy sind sie wesentlich deutlicher hervorgetreten.

Wesentlich deutlicher, aber nicht deutlich genug . . .

* Vgl. Heft 7/63, S. 512 ff.

Einerseits muß ein amerikanischer Präsident wissen, was im Interesse seiner Landsleute und im Interesse der Menschheit geschehen muß. Andererseits muß ein amerikanischer Präsident aber auch seine Landsleute und ihre gewählten Vertreter in der Legislative davon überzeugen, daß diese Dinge geschehen müssen — und nicht nur, daß sie geschehen müssen, sondern auch daß ihre Ausführung vor allen anderen Erwägungen den Vorrang haben muß.

Dies ist Präsident Kennedy bisher noch nicht gelungen, und auch der dringend notwendigen erzieherischen Anstrengung hat er — wenn diese Aufgabe auch ungeheuer schwierig ist — nach Meinung des Verfassers noch nicht genügend Energie gewidmet.

Die Schaffung einer Welt ohne Krieg erfordert weit mehr als die Einrichtung einer besonderen Stelle für das Studium der technischen und diplomatischen Probleme der Abrüstung. Sie erfordert auch mehr als nur ein sorgfältiges Sich-Vorbereiten auf die wirtschaftlichen Auswirkungen der Demilitarisierung.

Diese Dinge sind wichtig. Aber von noch grundlegenderer Bedeutung ist die Arbeit, die geleistet werden muß, damit die Menschen eine Vorstellung davon gewinnen können, wie Nationen in Frieden und Sicherheit leben werden, wenn der Krieg und die Waffen des Krieges erst einmal abgeschafft sind. Dies erfordert eine phantasievolle Projektierung neuer Einrichtungen für die Erlassung, Auslegung, Pflege und Durchsetzung eines Weltrechtes und die Schaffung einer für alle Teile annehmbaren Maschinerie zur friedlichen Beilegung internationaler Streitigkeiten. Es erfordert eine weltweite Übereinstimmung über die zukünftigen Beziehungen zwischen dem Nationalstaat und der neuen übernationalen Obrigkeit — die allgemeine Akzeptierung einer neuen Synthese zwischen nationaler Unabhängigkeit und internationaler Interdependenz.

Auf diesem Gebiet ist bisher noch nicht annähernd genug getan worden. Die technischen Probleme der Abrüstung haben wachsende Beachtung erfahren. In der letzten Zeit hat man wenigstens den wirtschaftlichen Problemen, die sich aus der Abrüstung ergeben werden, etwas Aufmerksamkeit geschenkt. Aber abgesehen von den Arbeiten einzelner — besonders derjenigen von Grenville Clark und Louis B. Sohn — ist bisher wenig geschehen, um den Menschen eine Vorstellung davon zu geben, wie eine Welt ohne Krieg aussehen wird.

Noch schlimmer ist, daß bisher die Neigung besteht, sich solange nicht ernsthaft mit der Welt der Zukunft zu befassen, als die Spannungen in der gegenwärtigen Welt unvermindert fortbestehen. Dies hat einen Circulus vitiosus geschaffen: Es kann kein echter Wille zur Abrüstung bestehen, solange gegenseitiges Mißtrauen und Argwohn das Wettrüsten nähren; andererseits lassen sich aber auch diese Gefühle des Mißtrauens und des Argwohnes nicht lindern, solange beide Seiten nicht eine klare Vorstellung davon besitzen, wie ihre Lebensinteressen in einer abgerüsteten Welt gesichert sein werden.

Bis jetzt hat die erstarrte Weltdiplomatie beide Seiten im Kalten Krieg auf Julius Caesars überholten Rat „Wenn du den Frieden suchst, bereite den Krieg vor" festgelegt, und dies zu einer Zeit, wo die Vorbereitung auf den Krieg einer Vorbereitung auf den Selbstmord gleichkommt. Im Kernwaffenzeitalter sollte der Wahlspruch sein: „Si vis pacem, pare pacem" („Wenn du den Frieden willst, bereite den Frieden vor").

Im Gegensatz zu der unzureichenden Vorbereitung der Menschen auf Frieden in einer Welt ohne Krieg sind, besonders unter der Regierung Kennedy, sehr viel wirksamere Schritte unternommen worden, um Verständnis für die Notwendigkeit umfangreicher Hilfe für die Entwicklung der sogenannten unterentwikkelten Gebiete der Welt zu erwecken. Das amerikanische Volk ist in recht wirksamer Weise dazu erzogen worden zu verstehen, daß sich keine weltweite Über-

einstimmung über das Wesen der zukünftigen Welt erreichen lassen kann, solange zwei Drittel der schnell anwachsenden Weltbevölkerung in einen hoffnungslosen Kampf um das bloße Überleben verwickelt sind; daß hungernde, kranke, verarmte, unwissende und unterdrückte Menschen nicht mehr tun können als gegen die grausame Gegenwart kämpfen; und daß sie an die Zukunft bestenfalls unter dem Gesichtspunkt des eigenen Vorteils, nicht des Vorteils der gesamten Welt denken.

Die „Allianz für den Fortschritt" in Lateinamerika ist das erste größere multilaterale Hilfsprogramm seit dem Marshall-Plan und das erste Programm dieser Art, das fast ganz aus dem unfruchtbaren Zusammenhang des Kalten Krieges gelöst ist. Das Gelingen dieses Programms ist alles andere als gewiß; trotzdem ist es ein großer und längst fälliger Schritt in der rechten Richtung.

In den letzten Jahren hat auch Afrika sowohl mehr als auch einsichtsvollere Beachtung erfahren. Hier ist Präsident Kennedys Friedenskorps vielleicht wichtiger als irgendeine andere Form der Entwicklungshilfe.

Die einzigartige Bedeutung Indiens im Zusammenhang mit der Zukunft Asiens ist von der gegenwärtigen Regierung mehr als von ihren Vorgängerinnen erkannt worden. Nur am südöstlichen Rand Asiens — in Korea, Formosa und Vietnam — hält unsere Auslandshilfe noch an den unfruchtbaren Vorstellungen des Kalten Krieges fest.

Unglücklicherweise zeigt sich der Kongreß der Auslandshilfe gegenüber gerade zu dem Zeitpunkt ablehnend, wo sie zum ersten Mal seit dem Marshall-Plan wirklich Unterstützung verdient. Die Fehler der Vergangenheit fallen hier auf eine Regierung zurück, die sie ihrerseits in großem Maße berichtigt hat.

Darüber hinaus drohen die Anforderungen eines Verteidigungsbudgets, das — nach Auffassung des Verfassers — über jedes vertretbare Maß angeschwollen ist, das hartnäckige Zahlungsbilanzdefizit und der Fluch unvermeidbarer Parteipolitik im Vorwahljahr die weitere Entwicklung eines breiter und umsichtiger angelegten Auslandshilfeprogramms zu gefährden. Diese widrigen Faktoren sind ein wesentlicher Bestandteil des Komplexes innenpolitischer Probleme, die Präsident Kennedy geerbt und von denen er bisher noch nicht alle mit der nötigen Energie und Entschlossenheit angegriffen hat.

In der Bewältigung des Hauptproblems, nämlich einer halbstagnierenden Wirtschaft wieder zu gesundem Wachstum zu verhelfen, war die Rhetorik des Präsidenten über jeden Vorwurf erhaben und übertraf bei weitem diejenige seiner Vorgänger. Seine Taten jedoch haben nicht gehalten, was seine Worte versprachen. Er ist nicht bereit gewesen, das volle Gewicht seiner persönlichen Popularität und des Ansehens seines Amtes in die Waagschale zu werfen, wenn ihm der Erfolg nicht hinlänglich gewiß erschien, so daß es fast scheinen mußte, daß er sich nicht darüber klar war, daß die meisten der großen Siege für den sozialen Fortschritt in der Vergangenheit nach einer Serie erbitterter, verlustreicher Schlachten errungen wurden. Dies mag daran liegen, daß Präsident Kennedy mehr von denen unter Druck gesetzt wurde, die ein natürliches Interesse an der Aufrechterhaltung des innenpolitischen Status quo haben, als von denen, die die Notwendigkeit einer Änderung sehen. Fast hat man den Verdacht, daß Kennedy, wie früher schon einmal Präsident Roosevelt, wünscht, daß die Linke ihm gnadenloser zusetzen möchte; aber falls dies der Fall ist, tut Kennedy doch im Gegensatz zu Roosevelt nicht viel, um die Linke zu einem „Donnerwetter" zu ermutigen oder einzuladen.

Freunde der Regierung, wie der Verfasser, haben sich vielleicht der Nachlässigkeit schuldig gemacht, indem sie es unterlassen haben, öffentlich freundliche Kritik zu üben, um auf diese Weise einen Druck auszuüben und ein Gegengewicht

zu dem von der Rechten ausgeübten Druck zu schaffen. Wir stimmen mit den meisten der erklärten Ziele der Regierung Kennedy in so hohem Maße überein, daß wir nicht gern darauf hinweisen wollten, wie sehr die Handlungen des Präsidenten hinter seiner Rhetorik zurückblieben.

Dies trifft besonders für die Langsamkeit zu, mit der die Aufgabe, die Vollbeschäftigung wiederherzustellen und ein gesundes wirtschaftliches Wachstum zu erreichen, angegangen wird. Es betrifft noch mehr das scheinbare Nichtvorhandensein ernster Besorgnis über die Zerrüttung der amerikanischen Volkswirtschaft durch ungeheure militärische Ausgaben und durch ihre Überkonzentrierung in etwa einem halben Dutzend Staaten.

Es ist wahrscheinlich, daß wir in der Innenpolitik wie in der Außenpolitik an einem Scheideweg angelangt sind. Bisher war die Ansicht weit verbreitet, daß Rüstungsausgaben eine Form öffentlicher Ausgaben seien, die die Volkswirtschaft in Gang hielten. Es wird immer deutlicher, daß dies nur in einem sehr beschränkten Sinn zutrifft. Man gelangt allmählich zu der Erkenntnis, daß die Tatsache, daß etwa 10 Prozent unseres Nationalprodukts für Rüstungszwecke ausgegeben werden, der Hauptfaktor ist, der das normale wirtschaftliche Wachstum der Nation verlangsamt; nicht nur, weil Rüstungsausgaben unproduktiv sind, sondern weil sie einen so großen Teil des Denkens und der Hilfsquellen in Anspruch nehmen, die sonst für konstruktive Forschung und die Entwicklung neuer Industrien zur Verfügung ständen, und weil sie eine noch größere Ungleichheit zwischen den wenigen Staaten, in welchen Rüstungsgelder ausgegeben werden, und den vielen Staaten, in denen keine ausgegeben werden, schaffen.

Die Zeiten, in denen der Kongreß ohne Zögern jeden Geldbetrag für Verteidigungszwecke bewilligt, mögen bald vorüber sein — teilweise, weil die Menschen beginnen, sich darüber klar zu werden, daß wir den Sättigungspunkt in der „Overkill"-Kapazität erreicht haben, und teilweise, weil die große Mehrheit der Senatoren und Abgeordneten aus Staaten kommen, die von den Rüstungsaufträgen nicht profitieren. Dies sind die Staaten, in denen die meiste Arbeitslosigkeit herrscht und in denen sich die meiste ungenutzte Kapazität befindet, und in welchen vielleicht bald ein größeres Interesse an Staatsausgaben für konstruktive Zwecke herrschen wird als an einem Balgen um einen Anteil am Rüstungsdollar. Dies sind die Staaten, die trotz ihrer wachsenden und gesunden Bevölkerung ihre Wissenschaftler und Arbeiter an Kalifornien, Texas, New York, Connecticut, Washington und Arizona verlieren. Wenn sich Präsident Kennedy Druck wünscht, der den Druck des konzentrierten militärisch-industriellen Komplexes ausgleichen soll, so dürfte es nicht schwierig sein, diesen zu mobilisieren. Aber solange nicht eine Entspannung im Kalten Krieg eingetreten ist, darf man bezweifeln, daß Präsident Kennedy an einer Mobilisierung von Druck gegen die Rüstungsausgaben gelegen ist. Keinem Präsidenten wäre daran gelegen.

Deshalb ist eine Entspannug in unserem Verhältnis zur Sowjetunion so wichtig, nicht nur im Interesse des Friedens, sondern im Interesse unserer inneren sozialen und wirtschaftlichen Gesundheit.

*

Diese Schrift endet, wo sie begann. Wir sind am Beginn einer neuen Phase der Weltgeschichte angelangt — einer Phase, die fast unvorstellbare Möglichkeiten bietet.

Das „Sesam, öffne dich" liegt darin, daß wir eine Entspannung im Kalten Krieg anstreben und erreichen, eine Entspannung, die es uns ermöglicht, unsere wahren nationalen Interessen wahrzunehmen.

Zu Hause liegt unser nationales Interesse darin, die Bedürfnisse einer wachsenden Bevölkerung zu befriedigen und den Herausforderungen des elektronischen Zeitalters zu begegnen.

Im Ausland verlangt es unser wahres nationales Interesse, daß wir eine neue Gemeinschaft von im Prinzip gleichgesinnten Nationen schaffen anstelle der geographisch umrissenen und in vieler Hinsicht unglücklich zusammengesetzten NATO-Allianz; daß wir mit dieser Gemeinschaft von gleichgesinnten Nationen an einer weltweiten wirtschaftlichen Entwicklung zusammenarbeiten; und daß wir mit dieser Gemeinschaft zusammenarbeiten, um die Vereinten Nationen in eine Weltorganisation zur verwandeln, die imstande ist, den Frieden zu erhalten.

(Aus dem Englischen) 16. Mai 1963

Prof. D. D. Helmut Gollwitzer

Christliche Existenz in der DDR

Vorlesung, gehalten in der Freien Universität Berlin am 17. 6. 1963

Die Art, wie wir zehn Jahre lang die tragischen Vorgänge des 17. Juni 1953 zum Anlaß für einen bezahlten Feiertag benützt haben, ist ein Symptom unserer nationalen Heuchelei und Unglaubwürdigkeit. Es dürfte erlaubt sein zu zweifeln, ob sich daran etwas geändert hat, wenn der Tag heute zum stillen Gedenktag erklärt wird. Unsere Vorlesungen heute sind ein dringlich nötiger Versuch, zu einer kleinen Änderung beizutragen durch sorgfältige Beschäftigung mit der Wirklichkeit im anderen Teile Deutschlands. Wir übersteigen wenigstens geistig die Mauer, indem wir uns hineinversetzen in das tatsächliche Leben drüben und in die Fragen und Aufgaben, von denen die drüben umgeben sind. Wie es mit den Christen steht, ist allgemein wichtig. Denn sie sind die einzige Gruppe im kommunistischen Bereich, die offen sagt, daß es keine Synthese zwischen ihr und der offiziellen Weltanschauung gibt, von der die Kommunisten dies ebenfalls sagen und die doch von ihnen (wenn auch unlustig) offiziell toleriert sind.

Durch die westdeutsche Presse ging vor einigen Wochen die Nachricht von einer grundlegenden Erklärung der evangelischen Kirchenleitung in der DDR: „Zehn Artikel über Freiheit und Dienst der Kirche". Sie wurden am 9. 4. 1963 beschlossen mit folgender Präambel: „Die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik sieht in den ‚Zehn Artikeln über Freiheit und Dienst der Kirche' die der Kirche heute in Auslegung von Schrift und Bekenntnis gegebene Wegweisung".

An diesen Artikeln ist bedeutsam: 1.) Sie sind von allen Kirchenleitungen in der DDR angenommen. Damit sind sie nach evangelischem Verständnis kirchlicher Autorität nicht ein den Angehörigen der Kirche auferlegtes Gesetz, nicht unfehlbar und jedem Widerspruch entnommen. Es wird über sie diskutiert, z. B. eben in dieser Stunde in einer Beratung des Weißenseer Kreises in Ostberlin (aus dem sofort ein kritisches Echo kam: die Artikel seien noch zu sehr vom „Geist des Gegensatzes durchzogen") mit Vertretern der Kirchenleitungen. Wohl aber sind sie mit jener Autorität ausgestattet, die der menschlichen Seite der Kirche zukommt: Diese darf dank ihres Amtes besondere Beachtung fordern und einen Vorschuß des Zutrauens dafür erwarten, daß ihr Wort ein lange erwogenes, sorg-

sam geprüftes ist, also auch erhöhte Aufmerksamkeit in der bisherigen Erkenntnis von Wesen und Aufgabe des Christseins sich ausspricht. Die an Pfingsten veröffentlichte Erklärung des thüringischen Landesbischofs Mitzenheim mit ihrer Betonung, daß sich die zehn Artikel nicht gegen den sozialistischen Staat richten, und ihrem Bedauern über die einseitige Auswertung als Wort gegen das DDR-Regime in der westlichen Presse ist nicht eine Distanzierung von den 10 Artikeln, geschweige denn eine Zurücknahme seiner Unterschrift, sondern eine für ihr authentisches Verständnis wesentliche Anleitung.

Bedeutsam ist 2.): Die Wegweisung wird gegeben „in Auslegung von Schrift und Bekenntnis", d. h.: Wie Christsein aussieht, ist nicht aus dem individuellen Geschmack zu bestimmen, auch nicht in Orientierung an irgendwelchen in Geltung stehenden Doktrinen, sondern im Hören auf die Botschaft der Heiligen Schrift und auf das, was die Kirche bisher als Sinn dieser Botschaft erkannt hat, also auf das Bekenntnis der Kirche. Christliches Denken und Leben ist gebunden an diese vorgegebenen Stimmen und eben in dieser Gebundenheit ist es frei von der Bindung an andere, sich autoritativ aufspielende Tendenzen und Doktrinen. Schrift und Bekenntnis sind aber nicht einfach nachzuschlagen, sondern in eigener Verantwortung auszulegen für die heutige Situation, die also ebenfalls genau ins Auge gefaßt werden muß. Die Kirche ist also gleichzeitig heteronom und autonom. Damit sind umschrieben die Worte: „Freiheit und Dienst der Kirche heute".

3.) Der Inhalt der zehn Artikel: Sie enthalten grundsätzliche Artikel über „Auftrag und Verkündigung" und „Leben im Glauben und Gehorsam", wie daraus folgende über konkrete Probleme, z. B. Verhältnis zur Wissenschaft, zur Arbeit, zum Staat, zum Weltfrieden. Der Aufbau ist so, daß sie jedes Mal (ähnlich wie Barmen 1934) zuerst eine positive Ausführung bringen, die beschreibt, wie der christliche Glaube ein bestimmtes Phänomen und Problem sieht und welche Möglichkeit zur Mitarbeit im Recht, in der Wirtschaft, in der Wissenschaft usw. besteht; dann kommen zwei kritische Absätze, immer beginnend mit den Worten: „Wir verfallen dem Unglauben, wenn wir meinen ..." und: „Wir handeln im Ungehorsam, wenn wir ..." Der Glaube wird hier also als eine Quelle bestimmter Praxis offenbar, ebenso der Unglaube, — weit entfernt, daß es sich dabei nur um Ansichtssachen handle und bei der Behauptung und Verteidigung der Freiheit der Kirche nur um die Freiheit zu bestimmten Meinungen und zur ungehinderten Kultusausübung. Es geht vielmehr um ein bestimmtes Leben, wenn dann erklärt wird: Dazu sind wir verpflichtet, so werden wir leben, ob es erlaubt ist oder nicht, — die Freiheit zu diesem Leben werden wir uns nehmen, — und diese Freiheit uns zu geben fordern wir den Staat auf.

Man kann der Meinung sein, eine ähnliche „Wegweisung" wäre auch den Christen im Westen nötig; denn hier sind die Versuchungen nur andersartig, nicht geringer. In jeder Sonntagspredigt geht es auch bei uns um solche Wegweisung. Daß sie drüben in der besonderen Form einer solchen bekenntnishaften Erklärung nötig ist, hängt nicht an einem grundsätzlichen Unterschied zwischen West und Ost in dem Sinne, daß nur im Osten der Christ Verführungen, ideologischen Entartungen ausgesetzt wäre, und daß er nur im Osten für seine Entscheidungen zu leiden hätte. Verführung und Martyrium sind in verschiedenster Gestalt überall aktuell, wo einer es mit dem Neuen Testament wirklich ernst meint. Solche Erklärungen sind im Osten nötig wegen der besonderen Art der dortigen Versuchung: ein Staat, der nicht als eine pluralistische Demokratie mit freiem Spiel der geistigen und gesellschaftlichen Kräfte, mit festen Rechtssicherungen für seine Bürger in der Verfassung und ohne Bindung an eine ideologische Doktrin gestaltet ist, sondern der das Werkzeug einer Staatspartei ist, die

sich an eine zukunftsgerichtete und mit universalem Wahrheitsanspruch ausgestattete Doktrin gebunden hat und nach dem Maßstab dieser Doktrin sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse ebenso wie das Bewußtsein der ihrer Macht unterworfenen Bevölkerung umzuformen unternimmt.

Noch vor allen Einzeldifferenzen ist diese Selbstidentifizierung der Partei mit der Wahrheit und der daraus resultierende Grundsatz der Omnipotenz der Staatsgewalt (mit allen Folgen, die das für das Rechtsleben, für das Verhältnis des Staates zu den in seinem Machtbereich lebenden Gruppen und Einzelbürgern hat) schon der erste und grundlegende Konfliktgrund für die Beziehungen zwischen einem so bestimmten Staat und den in ihm lebenden Christen. Denn das 1. Gebot des biblischen Glaubens, das nicht zufällig das 1. ist, bindet die Christen an einen Herrn, der sagt: „Du sollst keine anderen Götter haben neben mir!" Damit ist die Freiheit des Menschen gegenüber den Menschen verkündet vom innersten Bereich her; damit ist jede Identifizierung einer menschlichen Instanz mit Gott selber, also jeder sich nicht zur Diskussion stellende und damit sich selbst relativierende Anspruch von Menschen bestritten; damit ist jeder Mensch gewarnt, einen solchen Anspruch zu erheben oder sich ihm zu unterwerfen. Die Kirche ist selbst, indem sie sich zum 1. Gebot bekennt und damit zu einem Herrn, der selber identisch mit der Wahrheit ist, faktisch die Grenze für jeden Absolutheitsanspruch und wirkt sich, sobald sie ihr eigenes Sein ernstnimmt, in jedem Staat als faktische Begrenzung jedes möglichen menschlichen Absolutheitsanspruches aus. Jeder Christ ist faktisch, sobald er sein Christsein ernstnimmt, eine Bestreitung und Begrenzung solcher Absolutheitsansprüche. Es geht eine direkte Linie vom 1. Gebot zur Begrenzung der Staatsmacht und zu ihrer Bindung an ihr vorgegebenes Recht und an außer ihrer Verfügung stehende Maßstäbe, wie sie in der modernen Demokratie am konsequentesten durchgeführt wird, — auch wenn von den Kirchen selbst diese Linie nicht zu allen Zeiten deutlich erkannt und zur Geltung gebracht worden ist.

Sich selbst mit der Wahrheit identifizieren und dadurch das Recht zur totalen Macht sich zu sichern ist ein allgemeiner Drang der menschlichen Natur, nicht erst eine kommunistische Erfindung. Insofern bietet die östliche Situation dem Christen nicht etwas grundsätzlich Neues. Allergie gegen Kritik, Obligatorischmachen der eigenen Ansicht und Terrorisierung abweichender Meinung ist überall auf der Welt zu finden und für sie bietet der Antikommunismus um uns herum eklatante Beispiele genug. Ein Glück und ein großer Fortschritt ist es, wenn wenigstens nicht auch noch die Machtmittel des Staates dem Konformismus zur Verfügung stehen. Dienen diese Machtmittel der Ausschaltung der Kritik, der Manipulierung des Rechts, der weltanschaulichen Uniformierung, dann befiehlt das 1. Gebot den Christen, dem zu widerstehen und für die Respektierung des Gewissens und der Würde des Menschen einzutreten, — und dies nicht erst dann, wenn es sich um eine atheistische Weltanschauung handelt, sondern ebenso da, wo im Namen des Christentums Gewissen vergewaltigt werden.

So ist es primär die Ablehnung jeder Bindung und Begrenzung der Staatsmacht und der sie dirigierenden Partei, die die christliche Existenz in der DDR so konfliktreich macht. Man kann dort von Funktionären die Autorität des Staates und die Warnung vor Verstoß gegen Anordnungen des Staates mit solchem Nachdruck und solcher Feierlichkeit ausgesprochen hören, daß man die preußische Deszendenz dieser Art von Sozialismus mit Händen greifen kann; merkwürdig genug ist ein solches Durchschlagen einer landschaftlichen Tradition angesichts einer Doktrin, die den Staat nur als notwendiges Übel ansieht und sein Absterben zum Ziel hat!

Die Christen in der DDR sind von der Vergötzung der politischen Macht im

Nationalsozialismus nicht in ein sich selbst begrenzendes demokratisches Staatswesen geraten, sondern sie haben aufs Neue einem politischen Absolutismus zu widersprechen und dafür die Erfahrungen und Erkenntnisse einzusetzen, die sie — in sehr allmählichem Aufwachen und Lernen! — während des Dritten Reiches gemacht haben. Man hätte erwarten können, daß sie in dieser Situation die Obrigkeitsschrift von Bischof Dibelius (Herbst 1959) mit ihrer Aufforderung, eine atheistische Staatsführung nicht mehr als „Obrigkeit" im Sinne des NT zu betrachten, als das gegebene Wort zur Lage begrüßen würden. Statt dessen ist diese These gerade von den verantwortlichen Kirchenmännern und Theologen in der DDR nahezu einmütig abgelehnt worden, und zwar nicht aus Opportunismus, um nicht in einen totalen Gegensatz zur SED-Regierung zu geraten, sondern aus innersten Gründen: Der Widerspruch und Widerstand gegen eine sich selbst absolut setzende Staatsführung ist nicht die Kriegserklärung gegen diese, sondern ein Teil des christlichen Zeugnisses von Gottes Willen mit den Menschen, durch das den Menschen, auch den politischen Machthabern g e d i e n t werden soll. Menschen, die die politische Macht in Händen haben, haben mit dieser Macht einen Auftrag von Gott und eine Verantwortung vor Gott, für die sie Rechenschaft ablegen müssen. Daran sie zu erinnern gehört zum Dienst der Christen in der Welt. Ob sie auf revolutionäre oder legale Weise in den Besitz der Macht gekommen sind, ob sie einer atheistischen oder religiösen Weltanschauung anhängen, — an dem Auftrag ändert sich damit nichts und also auch nichts an der Pflicht der Kirche, sie bei diesem Auftrag immer neu zu behaften, sowohl in der Weise der Fürbitte für sie wie in der Weise des Respekts und des Gehorsams wie a u c h in der Weise des Widerspruchs. Auch dieser ist eine Form der Loyalität, des von Paulus (Röm. 13) den Christen gebotenen Dienstes an der Staatsführung und nicht dessen Aufkündigung. Deshalb heißt es in den 10 Artikeln: „Die Träger staatlicher Macht bleiben in der Hand Gottes und unter seinem Auftrag, auch wenn sie diesen verfehlen, sich zu Herren der Gewissen machen und in das Amt der Kirche eingreifen. In dieser Gewißheit haben wir der Obrigkeit die Wahrheit zu bezeugen, auch wenn wir dafür leiden müssen" (VII).

Diese Sicht ist das Ergebnis eines langen und mühevollen Prozesses von 15 Jahren; sie zu praktizieren ist Sache täglicher Selbstüberwindung und täglich neuen Ergreifens des Christseins im Glauben. Sie ist zu verstehen von einer Entscheidung her, die die Kirchen in der DDR (alle Konfessionen) verbindet mit sämtlichen Kirchen im Bereich des Ostblocks. Wie alle Kirchen in den Ostblockstaaten, die protestantischen, orthodoxen und römisch-katholischen, so sehen auch die Kirchen in der DDR die kommunistische Staatsführung als Obrigkeit im Sinne von Röm. 13 an, d. h. sie behaften sie in der soeben beschriebenen Weise bei ihrem Auftrag, bei ihrer Verantwortung für die ihrer Macht unterworfenen Menschen, respektieren sie in dieser Position und wissen sich für sie in Gehorsam wie Widerspruch verantwortlich. Sie verstehen sich also nicht als Kirchen in der SBZ, sondern als Kirchen in der DDR. Ihre sämtlichen Erklärungen und Handlungen, gerade auch ihre Anreden an ihre eigenen Glieder, bringen das zum Ausdruck und wir haben das zur Kenntnis zu nehmen, ob wir das für richtig halten oder nicht. Wenn die Staatsführung als Obrigkeit verstanden wird, stellen sich die ethischen Fragen, besonders die Frage der Loyalität und der sittlichen Verpflichtung gegenüber den Anordnungen der Regierung, selbstverständlich ganz anders als gegenüber einem Besatzungsregime. Die Kirche kann sich dann nicht als Stütze des politischen Widerstandes verstehen, sie kann zu revolutionären Aktionen, zu Spionage und Sabotage usw. nicht ermuntern, sie kann sich also nicht so verhalten, wie sich etwa die holländischen und norwegischen Kirchen gegenüber dem deutschen Besatzungsregime und seinen Quisling-Regierungen

während des Zweiten Weltkrieges verhalten haben, sie kann auch nicht nur überwintern wollen, sie muß vielmehr nach einem positiven Verhältnis zu der politischen Welt, in der sie sich befindet, trachten, — wobei das Wort „positiv" sofort noch näher zu erläutern ist, immerhin aber das enthält, was ein Kommuniqué, das im Juli 1958 das Ergebnis von Besprechungen zwischen Ministerpräsident Grotewohl und Vertretern der evangelischen Kirche bekanntgab, mit den Sätzen ausdrückt: „Ihrem Glauben entsprechend erfüllen die Christen ihre staatsbürgerlichen Pflichten auf der Grundlage der Gesetzlichkeit. Sie respektieren die Entwicklung zum Sozialismus und tragen zum friedlichen Aufbau des Volkslebens bei".

Wie alle Entscheidungen, mit denen Menschen versuchen, dem Willen Gottes gehorsam zu sein, ist auch diese nicht unabhängig von den jeweiligen Umständen, also von der politischen Entwicklung. Sie ist die Folge des Scheiterns bzw. des Fehlens einer deutschen Wiedervereinigungspolitik. Spätestens 1956, als Adenauer einer gesamtdeutschen Abordnung der EKD erklärte, man müsse mit einer Dauer der deutschen Spaltung von 30 Jahren rechnen, und als bald darauf Dulles von 70 bis 100 Jahren sprach, war es den verantwortlichen Menschen in den Kirchen der DDR (wobei ich nicht nur an sog. Kirchenführer denke, sondern an die vielen Pfarrer und Gemeindeglieder, die sich über ihre christliche Verantwortung selbständige Gedanken machen) klargeworden, daß das Einbezogensein in die kommunistische Welt nicht als vorübergehender Notzustand, sondern als ein (relativ) dauerhafter Zustand angesehen werden müsse und daß infolgedessen nicht eine innere Emigration nach dem Westen vollzogen werden dürfe, der dann die äußere Emigration, also die Flucht oder mindestens der Fluchtversuch, bald zu folgen pflegt, sondern daß die Kirche und die Christen sich auf diese kommunistische Welt als den gegenwärtigen Raum ihrer Existenz einstellen müßten. Heißt Christsein: sein Leben aus der Hand der Liebe Gottes zu empfangen und zum Mitarbeiter Gottes in der und an der von Gott geliebten Welt berufen zu sein, dann konnte nun die Leitfrage nicht mehr sein: Wie kann man dem Kommunismus entfliehen? oder: Wie können wir innerhalb der kommunistischen Gesellschaft durch Abkapselung hinter Ghettomauern überwintern? sondern: Wie können wir unsere Situation als Sendung Gottes in diese Gesellschaft annehmen und dieser Sendung gehorsam sein? Mit dieser täglich drüben erörterten Frage ist P r o b l e m und A u f g a b e christlicher Existenz in der DDR angegeben.

Das P r o b l e m besteht in der Fülle von Fragen und Schwierigkeiten, die sich gegen diese Aufgabe erheben. Einiges davon sei nur kurz aufgezählt: Bedeutet solches Sich-Einstellen auf die SED-Regierung als Obrigkeit nicht ein vorzeitiges Sich-Abfinden mit der deutschen Spaltung? Verbietet nicht die nationale Verantwortung ein solches Sich-Einlassen auf die DDR als Staat? Die Evangelische Kirche hat als die größte und wichtigste der wenigen noch vorhandenen überzonalen Organisationen in Deutschland ihre Aufgabe als Klammer zwischen den beiden Volksteilen wahrzunehmen versucht. Angesichts der zunehmenden Umwandlung der beiden deutschen Provisorien in auf Dauer sich einrichtende, perfekte Staatsgebilde, angesichts der nüchternen Erkenntnis der Tatsache, daß weit und breit weder in der Weltpolitik noch in Deutschland ausreichende Kräfte sichtbar sind, die zu einer realisierbaren Wiedervereinigung willig und fähig sind, hat sie die Klammeraufgabe immer weniger wahrzunehmen vermocht, bis schließlich der 13. August 1961 dem Zusammenkommen der kirchlichen Leitungs-Gremien fast gänzlich ein Ende gemacht hat. Zudem haben weite kirchliche Kreise in Westdeutschland immer ungehemmter sich auf die Etablierung der Bundesrepublik als Dauergebilde eingestellt und sie unterstützt, wofür der Abschluß des Militärseelsorgevertrages im Frühjahr 1957 und das Verstummen der früheren kirchlichen Warnungen vor der Einbeziehung der beiden deutschen Teilstaaten in zwei ge-

geneinander aufrüstende Militärblöcke der deutlichste Ausdruck war. Die Kirchen in der DDR konnten bei solcher Entwicklung ihre Verantwortung für die Menschen ihres Bereiches nicht mehr anders wahrnehmen als durch entschlossenes Sich-Einstellen auf ihre Umwelt.

Würde aber nicht diese Haltung der Kirche selbst zum Verhängnis werden müssen? Leistete sie damit nicht der ideologischen Infiltration in ihren eigenen Reihen Vorschub und lieferte sie sich damit nicht der Direktion des alles unter seine Kontrolle bringen wollenden Regimes aus? Verriet sie damit nicht diejenigen Menschen, die die Opfer der gesellschaftlichen Umwälzungen wurden? Diese Fragen sind ernst genug; für die schiefe Ebene, an deren Ende eine der weltlichen Macht gefügig gewordene, die Menschen gegenüber der Macht im Stiche lassende Kirche steht, gibt es in Vergangenheit und Gegenwart abschreckende Beispiele genug. Innerhalb der DDR hat diese Problematik zu einer Vielzahl von Richtungen geführt; von der Ost-CDU und dem Evangelischen Pfarrerbund mit kritikloser Bejahung des gegenwärtigen Regimes über die Position des thüringischen Landesbischofs Mitzenheim, über den Kreis der Weißenseer Bruderschaft bis zu vielen einzelnen, die in einer stummen, uneingeschränkten Verwerfung des Regimes verharren. Man wird vom Westen her vorsichtig sein müssen mit Bewertungen, auch mit Parallelisierungen zu den verschiedenen Richtungen in der Kirche während der Zeit des Nationalsozialismus. Wir finden Männer, die im Widerstand gegen den NS sich furchtlos bewährt haben, heute im Bemühen, mit dem Staat einen modus vivendi zu erreichen, und im Bemühen um menschlichen Kontakt mit den Partei- und Staatsfunktionären, im Bemühen um ein lebendiges Gespräch zwischen Christentum und Marxismus. Gerade solche, die unbefangen zu unterscheiden suchen zwischen Wahrheit und Irrtum im Kommunismus und die ihre Existenz als Bürger eines kommunistischen Staates bejahen, haben oft mehr Kraft und Freiheit zu einem unbeugsamen und offenen Nein gegenüber Zumutungen und Unrechtshandlungen von Funktionären als diejenigen, die nur mit der geballten Faust in der Tasche existieren. Im ganzen kann man dankbar sagen, daß die Sprecher der Kirche christlich integre, innerlich freie, sehr glaubwürdige Männer geblieben sind und daß aus dem Widerstreit der Haltung ein gesamtkirchliches Verhalten resultiert, wie es in den zehn Artikeln sich manifestiert: Man denkt und handelt nicht unter dem Diktat des Gegensatzes, man erkennt, daß die Kirche auf die Vorwürfe und Diffamierungen des offiziellen Atheismus nicht mit gleicher Münze, sondern mit Bußfertigkeit und Liebe zu antworten hat; man weist die Zumutungen des Staates, die Kirche solle sich ebenso in den Dienst der sozialistischen Propaganda stellen, wie sie sich leider oft genug für die religiöse Verklärung anderer politischer Systeme hergegeben hat und noch hergibt, zurück, man erkennt aber zugleich, daß die Auseinandersetzung mit dem marxistischen Atheismus auf einer anderen Ebene als der politischen ausgetragen werden muß, daß also die Kirche der Verwendung dieses ihres Gegensatzes zum Kommunismus zur Anheizung des Kalten Krieges widerstehen muß; man tritt offen ein für die Opfer der brutalen Umwälzungsmethoden und leitet zugleich an, die Umwälzungen selbst ohne Verbitterung hinzunehmen und am Aufbau einer neu gestalteten Gesellschaft positiv mitzuarbeiten.

Einer der besten Sprecher der Kirche in der DDR sagte vor einigen Tagen in einem Gespräch mit westdeutschen Besuchern: „Der Christ hat hier so viel Freiheit, wie er sich nimmt!" Dieses Wort beschreibt sowohl die Situation wie die Aufgabe aufs genaueste. Es kennzeichnet die S i t u a t i o n : in der DDR findet nicht eine Verfolgung der Kirche statt. Die 16 Namen von Verhafteten, die z. Zt. auf der amtlichen kirchlichen Fürbitteliste stehen, sind nicht Indiz einer Christenverfolgung, sondern der allgemeinen Rechtsunsicherheit und Rechtspraxis eines

seiner Bevölkerung nicht sicheren Regimes. Es handelt sich nicht um Verfolgung, wohl aber um Bedrückung, sowohl um den allgemeinen Druck, der auf der Bevölkerung liegt, wenn sich die Staatsführung an eine verabsolutierte Ideologie bindet und im Mißtrauen gegen jedermann lebt, wie um den besonderen Druck, der aus dem religionsfeindlichen Charakter der Ideologie resultiert. Wo ein Christ diesem Druck nicht weicht, riskiert er Nachteile, hat aber auch, wenn er diese Nachteile in Kauf nimmt, große Chancen, sich zu behaupten und durchzusetzen. Die größten Nöte der Kirche in der DDR entstehen heute nicht durch staatliche Verfolgung, sondern durch den Mangel an Zivilcourage und durch die Gleichgültigkeit vieler Gemeindeglieder. Dies ist freilich selber wieder die Quittung auf jahrhundertelange Fehler der Kirche: die gegenwärtige Bewährungsprobe ist über ein Kirchengebiet gekommen, in dem die Gemeinden erst in neuester Zeit ein wenig Selbständigkeit kennengelernt haben, nachdem sie bisher durch staatskirchliche Konsistorien von oben regiert worden waren. Die Kirche — das war in weiten Landstrichen der Pastor und der Patron und darunter ein unmündig gehaltenes Kirchenvolk. Dieses Kirchenvolk sollte plötzlich den christlichen Glauben als seine eigene Angelegenheit bekennen, der Verführung braunen Pseudochristentums widerstehen und dann die Argumente des roten Atheismus durchschauen und für sein christliches Bekenntnis Opfer bringen. Infolge der Bindung der Kirche an die feudale Besitzordnung auf dem Lande und an die bürgerlich-bäuerlichen Schichten mußte die gesellschaftliche Umwälzung auch eine kirchliche Umwälzung, wenn nicht das Ende der Kirche zur Folge haben. Es bedurfte keiner Verfolgung; schon das Stirnrunzeln der Mächtigen, die Konkurrenz sozialistischer Zeremonien mit den kirchlichen und ein wohl dosiertes System von Begünstigung des Kirchenaustritts und Benachteiligung der Kirchgänger hat genügt, um die Fassade der Volkskirche streckenweit einstürzen zu lassen. Das Ende der Kirche war mit dieser systematisch betriebenen Entchristianisierung nicht gekommen, wohl aber eine tief gehende Umstrukturierung, eine Schrumpfung der Gemeindezahlen, ein Versiegen des kirchlichen Lebens, auch auf dem Lande, dort, wo es nur aus der Konvention gelebt hatte. Dafür entstehen neue Gemeindekerne, gerade in den Industriearbeiterorten, gerade in Gegenden bisheriger kirchlicher Öde, entstehen neue Lebensformen christlicher Gemeinden, selbstverantwortliche Gemeindekreise mit missionarischem Bewußtsein, lebendige Studentengemeinden, entsteht ein neuer Typ des bekennenden Christen, der nicht mehr unter den Fittichen eines Pastors existiert, sondern gewohnt ist, schwere Entscheidungen selbständig in der Gemeinschaft zu fällen, und der gewohnt ist, im VEB und in der LPG auf sein Christsein angesprochen und angesehen zu werden. Die Freiheit, die eine solche neu zum Leben gekommene Gemeinde sich in der DDR nimmt, die hat sie auch.

Mit dem Wort „Freiheit" läßt sich auch die A u f g a b e umschreiben, unter der ihre Sendung steht. Eine christliche Gemeinde, die in kompromißloser Kommunikationslosigkeit sich von ihrer atheistischen Umwelt abkapselt, ab und zu eine mutige Provokation der Mächtigen wagt und dafür dann ein kleines oder großes Martyrium liefert, würde zwar westliche Gruselvorstellungen vom Leben hinter dem Eisernen Vorhang befriedigen, würde damit vielleicht auch sich selbst befriedigen, sie würde aber nicht ihren Herrn befriedigen, den sie mit ihren Lippen bekennt. Er hat sie gesendet, um für seine Welt, für die anderen da zu sein. „Die umstrittene These von der Koexistenz wollen wir beantworten durch eine praktische P r o existenz. An die Stelle der theoretischen Auseinandersetzung mit dem Marxismus setzen wir die Bemühung, den Marxisten in seinem Denken und Wollen, in seinem positiven Handeln und in seiner Gebundenheit zu verstehen", — so heißt es in einem Bericht über die Arbeit der Evangelischen Studenten-

gemeinde in der DDR (1959). Dafür bedarf es der Freiheit von Verbitterung, von Selbstbemitleidung, von Furcht und von Haß, der Freiheit vom sehnsüchtigen Schielen nach dem Westen und von hoffnungsloser Resignation, — also von der Gemütsverfassung, in der sich ein so großer Teil der Menschen dort befindet. Zu dieser Freiheit zu verhelfen ist Aufgabe der Seelsorge, — wobei nicht nur an die Seelsorge des Pfarrers gedacht ist, sondern im Sinne des neutestamentlichen Begriffs an die gegenseitige Seelsorge der Gemeindeglieder untereinander. Wo diese Freiheit gelebt wird, da verbreitet sich Freiheit in einer Welt, in der von oben bis unten Unfreiheit herrscht. Der ausgezeichnete Naumburger Theologe Johannes Hamel drückt das aus reichen Erfahrungen in einem soeben in einer schweizerischen Zeitschrift erschienenen Aufsatz über „Die Aufgabe der Christen in der Welt des Ostens" so aus: „Die Welt, auch die östliche Menschenwelt, braucht die Gemeinde Jesu Christi als ein Licht, das ins Dunkel scheint. Es werden Menschen gebraucht, die beten und für andere zu beten verstehen, die lieb haben und deren Liebe dann nicht zu Ende ist, wenn sie nicht gewürdigt, nicht abgenommen oder gar zurückgestoßen und mit Feindlichkeit quittiert wird. Es werden Menschen gebraucht, die in einer Wohn-, Arbeits- und Berufsgemeinschaft zu leben verstehen, die sich einordnen können, die aber auch das ‚Klima' schaffen und erhalten können, in dem der einzelne sich in der Gesellschaft wohl fühlen kann und geborgen weiß. Menschen sind nötig, die ein Ganzes mitzuleiten verstehen, weil sie von sich selbst mehr verlangen als von anderen und weil sie die Gesamtleistung so erzielen helfen, daß dem einzelnen Menschen dabei sein Recht wird. Das komplizierte und durchorganisierte Zusammenspiel einer sozialistischen Gesellschaft mit ihrer Planwirtschaft fordert Menschen, die um der Mitmenschen willen Initiative nicht fürchten, Risiken zu tragen verstehen, die eigene Kraft nicht schonen und auf vieles verzichten können. Das alles gehört zur Aufgabe der Christen." Wer mit den Gemeinden drüben in ständiger Verbindung steht, weiß, daß das nicht nur frommes Postulat ist, sondern da und dort so eindrucksvoll geschieht, daß überzeugte Kommunisten angezogen werden, an ihrem Dogma vom Absterben der Kirche in der sozialistischen Gesellschaft und von der Unvereinbarkeit von Religion und Sozialismus zu zweifeln und über religiöse Fragen neu nachzudenken beginnen. Die Christen treten also der Religionsfeindlichkeit des Kommunismus in ähnlicher Weise gegenüber, wie es auf der Ebene der Politik Präsident Kennedy vor einer Woche so hervorragend formuliert hat: „Wir müssen unsere Politik so betreiben, daß es schließlich das eigene Interesse der Kommunisten wird, einem echten Frieden zuzustimmen."

Wo christliche Freiheit Wirklichkeit wird, da kommt alles in Bewegung, was bis dahin in sterilem Gegensatz erstarrt war. Dies kann sich vielleicht bis zu uns im Westen auswirken, — dann nämlich, wenn wir die Trennung, die Mauer nicht gelingen lassen. Wir lassen sie dann nicht gelingen, wenn wir alle Gelegenheiten und Mittel ausnützen, um mit denen drüben in Fühlung zu bleiben. Wir bleiben erst dann wirklich mit ihnen in Fühlung, wenn wir uns intensiv und ohne Vorurteile über die Wirklichkeit informieren, in der sie leben, und über die Entscheidungen, die sie zu treffen haben, wenn wir auf die häufige und törichte Forderung verzichten, diese Wirklichkeit und diese Entscheidungen müßten so sein, wie wir es uns von hier aus vorstellen. Unsere Aufgabe ist stattdessen das Mitdenken, das intensive und vorurteilsfreie Mit-Durchdenken ihrer Situation, ihrer Probleme und ihrer Verantwortungen. Wenn das gegenseitig geschieht, dann könnte es sein, daß in der Periode einer deutschen Wiedervereinigung — es wird aller Wahrscheinlichkeit nach eine Periode sein und nicht ein „Tag X"! — sich zwei lange getrennte Volksteile wieder begegnen, die sich zwar — darüber sollte man keine Illusionen haben! — sehr fremd geworden sind, die sich aber

noch verstehen können und die deshalb auch wieder zusammenwachsen können. Dann und so könnte es auch fruchtbar für eine deutsche und europäische Zukunft sein, daß die beiden Teile des deutschen Volkes und die in ihnen lebenden Christen gezwungen waren, eine lange und schmerzliche Spaltungszeit hindurch am Leben der beiden gegensätzlichen Welten und Gesellschaftssysteme Europas im 20. Jahrhundert teilzunehmen. Die Aufgabe jedenfalls derjenigen Menschen, die sich zur großen christlichen Botschaft von der Versöhnung bekennen, ist, dazu beizutragen, daß diese beiden Welten aus ihrer lebensgefährlichen divergierenden Bewegung heraus- und in eine konvergierende Bewegung hineinkommen. Von den Christen in der DDR darf gesagt werden, daß sie diese Aufgabe immer deutlicher erkennen.

Dr. Rudolf Hilf

Zur Frage der deutsch-tschechischen Beziehungen

I.

Ich darf den Erwägungen zu diesem Thema einiges vorausschicken. Basis dieses Artikels ist eine mehrwöchige Reise in die Tschechoslowakei, die in diesem Frühjahr stattgefunden hat. Basis ist aber auch meine eigene Herkunft. Ich bin als Deutscher in der Tschechoslowakei geboren, wurde auf Grund meiner Volkszugehörigkeit im Herbst 1945 von dort vertrieben und habe in dem Jahrzehnt zwischen 1950 und 1960 als enger Mitarbeiter des sudetendeutschen Sprechers an der Formung der sudetendeutschen Politik mitgewirkt.

Ich bin nach Böhmen gefahren, nicht weil mich das Heimweh getrieben hätte (ich fühle mich als Deutscher in Deutschland keineswegs in der Fremde), sondern weil mich die Frage bewegt: Ist die Zeit für das Gespräch zwischen Tschechen und Deutschen gekommen, oder aber fehlen dafür heute noch die wesentlichen Voraussetzungen?

Daß ein Gespräch „eines Tages" kommen muß und kommen wird, könnten nur absolute Ignoranten und von Haß Verblendete bestreiten. Wir waren tausend Jahre lang Nachbarn und werden es auch die nächsten tausend Jahre sein. Um einige Grundtatsachen der Geographie und Geschichte kommen weder Tschechen noch Deutsche herum. Die Frage ist nicht so schwer, o b man sprechen soll, sondern lediglich, w a n n und w i e. Ich selbst habe nun gesprochen, gehört und gesehen.

So ist dies also kein Reisebericht im üblichen Sinne. Es geht mir nicht darum, zu erzählen, was drüben ein Anzug oder ein Schnitzel kostet. Ich werde auch keine Propaganda machen, weder für die sudetendeutsche Seite noch für die tschechische. Halbwahrheiten sind sehr billig. Man könnte damit viele Seiten füllen. Die einen — die Sudetendeutschen — möchten gerne von dem Verfall hören, von den Ruinen, von entsetzlichen Zuständen, von Armut und Unterdrückung — kurz davon, daß alles von den Steinen bis zum lebendigen Menschenwort beweist, daß das, was heute ist, nicht dauern kann. Bei den anderen — den Tsche-

chen — ist es umgekehrt. Ihr Interesse ist es, mit allem die Endgültigkeit, Unwiderruflichkeit und Stabilität zu unterstreichen. Ich muß beide enttäuschen.

Ein Tscheche sagte mir: „Soviel Filme gibt es gar nicht, wenn Sie alle Ruinen im Egerland knipsen wollen." Und ich hatte genügend Gelegenheit, verfallene Häuser, ja ganze Straßenzüge aufzunehmen, die die Thesen der Landsmannschaft „untermauern" würden. Umgekehrt aber wäre es gar kein Problem, durch Bilder nachzuweisen, daß es auch einen anerkennenswerten Aufbau gibt, daß neben verfallenen Stadtkernen auf freiem Feld großzügige, moderne Arbeitersiedlungen errichtet werden. Man braucht, je nach politischer Zielrichtung, lediglich einige Male die Augen heftig zuzudrücken und dafür woanders um so genauer hinzuschauen. Aber darum geht es wohl nicht.

Tatsache ist — unabhängig von Verfall und Neubau —, daß das westliche Egerland heute eine Bevölkerungsdichte hat wie vor 200 Jahren — eine einzigartige Erscheinung in unserer Welt der wachsenden Menschenzusammenballung — und daß der Verfall also auf Menschenmangel beruht. Im Gegensatz zu Polen hat ja die Tschechoslowakei keine Umsiedlermillionen aus verlorenen Ostgebieten. Die CSSR hat zwar nach dem Zweiten Weltkrieg die Karpato-Ukraine an die Sowjetunion abtreten müssen, aber das entsprach durchaus den ethnischen Gesichtspunkten. Es lebten in diesem Gebiet zu keiner Zeit Tschechen, auch nur wenige Slowaken, sondern eben Ukrainer. Als dann nach 1945 über 3 Millionen Deutsche über die Grenze mußten, war die restlose Wiederbesiedlung der Sudetengebiete eine Aufgabe, die über die Kräfte des etwas über 8 Millionen zählenden tschechischen Volkes ging. Das will nicht heißen, daß es nicht ehemals deutsche Gebiete gibt, die bis in die Dörfer völlig aufgesiedelt sind, ja es gibt sogar Städte im nordböhmischen Industrierevier, die heute mehr Einwohner als zur sudetendeutschen Zeit haben. Aber in Westböhmen gibt es Landstriche und Städte, die weit unter den Zahlen der Vergangenheit liegen. In der langfristigen Entwicklung kommt hinzu, daß hinsichtlich der Geburtenüberschüsse das tschechische Volk als einziges — neben der DDR — im Ostblock den gleichen Zustand der Stagnation erreicht hat wie die Deutschen, bzw. noch darunter liegt. Verdeckt wird das nur durch den Geburtenüberschuß der Slowaken, der allerdings sehr beträchtlich ist. Innerhalb der Republik sinkt der tschechische Bevölkerungsanteil ständig zugunsten des slowakischen, der vor dem Kriege weniger als ein Drittel des tschechischen ausmachte und heute sich schon der Hälfte nähert, falls er diese Marke nicht schon überschritten hat. In den ehemals deutschbesiedelten Gebieten leben zur Zeit weit mehr als eine halbe Million Slowaken. Manche Städte, z. B. Asch in der westlichsten Ecke der Tschechoslowakei und vom slowakischen Siedlungsgebiet mehr als 500 km entfernt, kann man schon als überwiegend slowakisch bezeichnen. Werden die Slowaken, die die östliche Hälfte der Republik, die Slowakei, geschlossen besiedeln, auf die Dauer in Westböhmen bleiben? Man kann es bezweifeln. Es ist das ganz anders als in Polen. Wer dort aus Lemberg, Minsk oder Wilna weg mußte und nach Breslau und Stettin kam, dem blieb und bleibt keine andere Wahl. Anders in der Tschechoslowakei. Die Slowaken, die 1945 in die sudetendeutschen Grenzgebiete gingen oder auch erst später dorthin kamen, hatten sich zunächst wirtschaftlich verbessert. Die Slowakei war damals noch ein armes, halbkoloniales Land. Inzwischen aber hat eine Reihe von Wirtschaftsplänen diesen östlichen Teil der Republik industrialisiert. Die Slowakei befindet sich in einem unerhörten Aufschwung, und sie gewinnt an Selbstbewußtsein. Möglicherweise stehen hier die Tschechen vor den gleichen Erfahrungen, wie sie wir und viele andere Nationen in der Welt machen mußten und noch machen: Sie helfen mit ihren Mitteln und ihren Kenntnissen dem anderen Volk, und eines Tages werden sie nicht mehr gebraucht. Das ist ein sehr schmerz-

licher Prozeß, und die einen sind imstande, sich dem anzupassen und damit eine neue, andersartige Gemeinsamkeit in eine neue Zeit hinüberzuretten, die anderen wollen es nicht wahrhaben und führen dadurch einen Bruch herbei. In der Tschechoslowakei ist trotz mancher Versuche diese Frage noch offen. Wie immer sie entschieden wird, man kann den Zeitpunkt schon absehen, wo die Slowaken mit dem gleichen nationalen Egoismus wie anderswo auch ihre Arbeitskräfte für ihre Wirtschaftspläne verwenden wollen und ihren Landsleuten auch die entsprechenden Chancen geben können. Das Land unter der Tatra ist ein schönes und potentiell reiches Land. Wie wird es dann in Westböhmen aussehen, wenn ein paar hunderttausend Slowaken nach Hause gehen?

Das ist die eine Seite der Medaille. Die andere heißt: Was immer wir uns erhoffen mögen — es ist völlig unmöglich, daß bevölkerungspolitisch und wirtschaftlich-gesellschaftlich die Zeit auf den Zustand vor der Deutschenvertreibung zurückgedreht werden kann. Selbst wenn hierfür auf beiden Seiten der Wille vorhanden wäre — und das ist natürlich nicht der Fall —, es ließe sich nicht realisieren. Seit damals sind schon 18 Jahre verflossen. Wer käme denn für eine solche Wiederbesiedlung in Frage? Die Alten, die nicht mehr neu anfangen können? Die Jungen, die zum großen Teil im deutschen Volkskörper integriert sind? Wer würde das Wagnis des Neuen auf sich nehmen, wieder über die Grenze zu gehen und mit dem Nachbarvolk zusammenzuleben? Denn nur darum könnte es sich handeln. Das wäre nur ein kleiner Teil, gewiß eine Elite, die von einem Gedanken des Neuschaffens getragen wird, nicht von der Wieder-Inbesitznahme des Alten. Aber das wäre eben nicht mehr das, was die Landsmannschaften sich bis heute vorstellen. Und an etwas anderes, an eine Grenzrevision, ist schon ganz und gar nicht zu denken. Bis in unsere Zeit wurden solche Fragen durch die Waffen gelöst. Das ist unter der atomaren Weltbedrohung und in einem Entscheidungsraum wie Mitteleuropa nicht mehr möglich. Wer diesen Weg wählt, beschreitet die Straße des Verbrechens, am eigenen Volk und an allen Völkern.

Was bleibt also? Es bleibt die Notwendigkeit, trotz allem einen wahrhaften und dauernden Frieden zwischen Deutschen und Tschechen wiederherzustellen. Das ist ein Problem, das sehr tief in die menschliche Substanz hinabreicht und das aller billigen Lösungen spotten wird. Mit Gemäuer wird hier nichts bewiesen. Weder mit den verfallenen Häusern noch mit dem Neuaufbau. So kann auch der Frieden weder die Restauration der Vergangenheit noch das Einfrieren der Gegenwart sein. Er wird etwas Neues sein, das es noch nicht gibt — eben eine Zukunft, die von einem n e u e n Recht her die Überreste des Vergangenen auf beiden Seiten einschmilzt und eine alte Zeit verwandelt.

II.

Die alte Zeit aber ist noch lebendig. Hier wie dort. Hier ist es eine Vertriebenenpolitik, die auf ihr Selbstbestimmungsrecht pocht und, was immer sie von Verständigung mit dem Nachbar sagt, letztlich doch nur den nationalen Trennungsstrich ziehen, das heißt das Land zerteilen will. Das was Böhmen einmal war: z w e i Blutströme in e i n e m Herzen (was erst lebendig macht), wird kaum von jemandem diesseits der Trennungslinie bejaht. Drüben ist es nicht anders: man will den Frieden mit den Deutschen, aber man will auch die Trennung von den Deutschen. Das Mißtrauen, das auf der beiderseitigen Erfahrung der jüngsten Vergangenheit gründet, verstellt den Weg und den Blick nach vorne. Mit Recht, soweit es bloßen Restaurationen den Weg blockiert.

Die offiziellen Positionen sind auf beiden Seiten versteinert. Hier versteinertes Recht: „Frieden kann es nur geben, wenn ihr — die anderen — das alte Recht

wiederherstellt". Dort versteinerte Macht: „Frieden, das ist die Anerkennung der Endgültigkeit und Unaufhebbarkeit unserer Machtposition". Zwischen diesen beiden Standpunkten gibt es keine Brücke, denn die drüben sehen in der deutschen Rechtsforderung nur den Willen zur Restaurierung einer alten bösen Vergangenheit, und hier sieht man in der Hinnahme des Status quo nur das Sichbeugen vor dem Gewaltakt, die Kapitulation vor einer ebenso als böse aufgefaßten Gegenwart.

Da aber in der Geschichte nur eines beständig ist, der Wandel, haben Versteinerungen keine Zukunft. Sie versperren eine Zeitlang den Weg, und jeder hält sie für unüberwindbar. Dann aber kommt der Moment, wo ihre Zeit abgelaufen ist und sie weichen müssen; dann genügen erfahrungsgemäß Kleinigkeiten, um Felsen zu Staub zerfallen zu lassen. Was sich nicht mehr wandeln kann, ist schon verurteilt.

Unter der Decke der offiziellen Positionen vollzieht sich still, aber unaufhaltsam die Veränderung. Hier ist es die Erkenntnis sehr, sehr vieler Vertriebener, daß an eine Restauration der alten Verhältnisse nicht mehr zu denken ist, dort ist es das neuerwachte Wissen um die deutsche Nachbarschaft und der Wunsch nach einem wirklichen und dauerhaften Frieden, bei dem die Grenzen nicht mehr trennen, sondern verbinden.

„Es muß doch wieder Frieden werden zwischen uns und euch. Es hat keinen Sinn, wenn wir uns immer die alten Dinge vorrechnen. Die Vergangenheit? Die haben wir schon sehr vergessen", — das sagte mir ein junger Tscheche, als ich mit ihm über eine offizielle Parole ins Gespräch kam, die zum Tag der Befreiung in den Schaufenstern des Gottwald-Museums in der Prager Altstadt zu lesen war und die lautete: „Neni možno zapomenout" (Wir können nicht vergessen).

Das ist überhaupt die große Überraschung für jeden deutschen Besucher, erst recht für einen Sudetendeutschen, der heute in die Tschechoslowakei reist. Von Haß, von Ressentiments, ja auch nur von einer kalten Reserviertheit ist nichts mehr zu spüren. Das ist nicht nur die natürliche, angeborene Höflichkeit dieses Volkes. Das ist ein grundlegender Wandel, den man gar nicht hoch genug einschätzen kann. Gut, das Sprichwort sagt, daß die Zeit die Wunden heilt. Aber es ist nicht nur das, denn die Atmosphäre ist selbst besser als in der ersten tschechoslowakischen Republik, bevor sich beide Seiten die großen Wunden schlugen. Die Stimmung war schon damals auf Kampf ausgerichtet. Das ging bis in die kleinsten Lächerlichkeiten des Sprachenstreites. Zu gewissen Zeiten, wenn der Volkszorn sich erhitzt hatte, war es an manchen Orten in Prag gefährlich, ein lautes deutsches Wort zu sprechen. Wie ist das heute? Nicht nur, daß man die deutsche Sprache verwenden kann, wo und wie man will, die meisten Tschechen kommen dem Deutschen mit aller Freundlichkeit in seiner Sprache entgegen. Ich habe diese Erfahrung gemacht in Prag und in den Grenzgebieten, bei Menschen der verschiedensten Schichten und allen möglichen Gelegenheiten. Dazu beigetragen hat, neben dem heilsamen Abstand zwischen Deutschen und Tschechen nach all dem Vorgefallenen, sicherlich — und das wird hier bei uns unterschätzt — die offizielle Freundschaft zwischen der CSSR und der DDR. Warum? Zunächst einmal, weil dadurch dem absurdesten Nationalismus die Spitze abgebrochen wurde. Nach 1945 war erst einmal alles Deutsche von der Wurzel her schlecht und verdammenswert. Es herrschten Rassentheorien mit umgekehrten Vorzeichen. Die Kommunisten waren es, an ihrer Spitze Gottwald, die langsam wieder auf eine vernünftige Gangart schalteten und auch den Sklavenstatus der zurückgebliebenen Deutschen beendeten. Die Zusammenarbeit mit einem deutschen Staat im Rahmen des Ostblocks hat dann endgültig die Kollektivverdammung aufgehoben. Offiziell gab es wieder „gute" Deutsche, mit denen man brüderlich zusammen-

arbeiten müsse. Das fiel in Böhmen, mit dem man eine engere Nachbarschaft pflegte, auf einen fruchtbareren Boden als in Polen. Und dann kam mit den Jahren der Kontakt von Volk zu Volk. In Prag, aber auch in den westböhmischen Kurorten, wimmelt es von Deutschen aus der DDR. Jugendgruppen, die Freundschaftsbesuche machen, Betriebe, die Ausflüge unternehmen usw. Die Reise nach dem schönen Süden — das ist für viele unserer deutschen Landsleute in der DDR eben eine Reise elbeaufwärts in das böhmische Land. Ein Ergebnis ist, daß dem tschechischen Volk so wieder zu Bewußtsein kommt, daß es einen deutschen Nachbarn hat und mit ihm auskommen muß.

Das könnte aber immer noch bedeuten, daß man einen starken Trennungsstrich zieht zwischen den „guten" Deutschen aus der DDR und den „bösen, revanchistisch-militaristisch-imperialistischen" aus der Bundesrepublik, wie man es in den Zeitungen nachlesen kann. Ich bin dieser Frage immer wieder nachgegangen, und ich konnte nicht ein einziges Mal feststellen, daß der tschechische Mensch diesen Unterschied macht. Vielleicht darf man sogar sagen, daß man dem Deutschen aus dem Westen nicht nur mit größter Neugier, sondern auch mit größter Freundlichkeit entgegenkommt. Von ihm erwartet man das Wort bzw. die Tat, die ein neues Verhältnis zwischen den beiden Völkern setzen soll.

Aber in diesem Westdeutschland leben auch die Sudetendeutschen. Hier ist der neuralgische Punkt. Mit ihnen verbindet sich beim Tschechen nicht nur die Erinnerung an die Zerschlagung der ersten Republik und die darauffolgende Unterjochung und Rechtlosmachung, sondern auch das Wissen um den eigenen Gewaltakt gegen Schuldige und Unschuldige. Wird die Austreibung nach wie vor gutgeheißen? Oder gibt es im tschechischen Volk auch einen Prozeß der Selbsterkenntnis, wie es, trotz mancher Gegentendenzen, beim deutschen Volk doch der Fall ist? Es ist schwer, hier ein Urteil zu fällen. Ich habe mit einem älteren Mann aus der Intelligenz gesprochen, der seinen Äußerungen nach kein Anhänger des heutigen Regimes war. Er war in diesem Punkte unversöhnlich: Die Verständigung mit dem großen deutschen Volk: Ja. Und sie käme sofort, wenn die Verhältnisse anders wären. Aber von den Sudetendeutschen wolle man nichts mehr wissen, denn sie hätten die erste Republik, diese wunderbare Demokratie, zerstört usw. Ich habe aber in der gleichen Generation auch Menschen von einem großen Verantwortungsbewußtsein kennengelernt, mit denen man offen über die beiderseitigen Positionen sprechen kann. Leichter ist es ganz allgemein bei der Jugend, die allen Hasses überdrüssig ist und genauso die Verständigung über die Grenzen hinweg erstrebt, wie das im Westen der Fall ist. Sie hat im übrigen kaum eine Erinnerung an die gar nicht so wunderbare Demokratie der ersten Republik. Und der einfache Mensch, der die Politik nicht gestaltet, sondern erleidet? Ich begegne einem Mann, der vielleicht auch hierüber Auskunft geben kann: ein Deutscher, der 1945 mit seiner tschechischen Frau ausgewiesen wurde und 1948 zurückkehrte, um die alte Mutter seiner Frau, die allein zurückgeblieben war, nicht im Stich zu lassen. Er lebt heute fast als einziger Deutscher in einem kleinen Ort, und er erzählt mir, daß es auch bei den einfachen tschechischen Leuten die Erkenntnis gibt, daß diese Vertreibung nicht zu rechtfertigen war. Wie tief geht dieser Prozeß? Das ist schwer zu sagen. Zunächst möchte ich annehmen, daß sich nicht allzu viele Menschen darüber Gedanken machen, noch dazu, wo der Staat eine solche Selbsterkenntnis keinesfalls fördert. Auch auf deutscher Seite haben sich die Menschen früher nicht allzu viel gedacht. In unserer Zeit ist anstelle des Gewissens der Person der Staat getreten. Er erteilt für alles Absolution, was in seinem Namen geschieht.

Im übrigen wollen wir nicht vergessen, daß wir Deutschen in der Judenverfolgung unseren östlichen Nachbarn vorexerziert haben, wie man mit mißliebigen

Bevölkerungsgruppen umspringt. Ich will das durch die Erzählung eines sudetendeutschen Journalisten illustrieren, der mir berichtete:

> „Als bald nach der Ankunft Heydrichs in der Goldenen Stadt die ersten Judentransporte angekündigt wurden, waren wir zum Messegelände hinausgefahren, um uns das anzusehen. Auf meine Bemerkung: ‚Eigentlich eine traurige Sache', erwiderte mein Kollege: ‚Das ist etwas viel Schlimmeres! Ein eindringlicher Anschauungsunterricht für ein gelehriges Volk wie die Tschechen, wie man sich einer mißliebigen Minderheit entledigen kann. Jetzt wissen die Tschechen, woran sie sind, wenn Hitler den Krieg gewinnt, und wir können uns an den fünf Fingern abzählen, was uns erwartet, wenn die Geschichte schief geht.' Ich war entsetzt und sagte nur: ‚Vielleicht sind wir dazu zu zahlreich'. Seine Antwort war: ‚Schau, was hier geschieht, ist heller Wahnsinn, und Wahnsinn kennt keine Maße und Grenzen. Und ansteckend ist er auch. Vielleicht werden wir froh sein, wenn alles noch so zugeht wie da.'"

Wir können die alte Zeit nicht überwinden, indem wir aus dem circulus vitiosus einfach da aussteigen wollen, wo es für uns am bequemsten ist, und indem wir, auf u n s e r Recht pochend, mit ein paar bedauernden Worten die Vergangenheit abtun. Es wird viel mehr dazu gehören. Überwinden müssen wir die alte Zeit in uns selbst, und zwar bis auf den letzten Rest, dann erst können wir rechnen, daß diese Vergangenheit auch bei unseren Nachbarn weicht. Das sollte weder hier noch dort ein aussichtsloses Unternehmen sein. Ich bin auf Grund vieler Gespräche zur Überzeugung gekommen, daß das tschechische Volk — mehr als in seiner ganzen neueren Geschichte — bereit sein dürfte, die Hand der Deutschen, wenn sie Frieden bringen, zu ergreifen. Aber das setzt eine deutsche Friedenspolitik voraus, die durch Handeln nach außen sich selbst im Inneren verwandelt.

III.

Bislang gibt es kein echtes Gespräch zwischen dem deutschen und dem tschechischen Volk. Ohne die Politik der DDR schmälern zu wollen, das Gespräch zwischen Ostberlin und Prag ist eindeutig bestimmt von den übergeordneten Gesichtspunkten eines sich integrierenden Blockes, dessen Zentrale und Schwerpunkt Moskau ist. Hier also spricht lediglich ein Teil des deutschen Volkes — und wie groß dieser Teil ist, darüber mag man sich an anderen Orten streiten. Tatsache ist, daß nichts besprochen und geregelt ist, wenn nicht das deutsche Volk in seiner Ganzheit sein Wort sagt. Man weiß das in Moskau, und man weiß das auch in Prag.

Die Bundesrepublik Deutschland andererseits besitzt noch keine Ostpolitik. Solange sie ihre raison d'être darin sieht, lediglich eine westlich-atlantische Front gegen den Osten zu halten, solange sie nicht ihre und des europäischen Kontinents Aufgabe, Friedensbrücke zwischen West und Ost zu sein, begreift, solange wird jeder ostpolitische Versuch in den ersten Unzulänglichkeiten steckenbleiben.

Bonn hat vor kurzem erste zögernde Schritte gegenüber Polen gemacht. Aber mit der Aufwertung der polnischen Handelsmission in Westdeutschland und der Errichtung einer bundesdeutschen in Warschau scheint die Grenze des Möglichen schon erreicht zu sein. Der weitere Weg ist durch die Hallstein-Doktrin und das Grenzproblem versperrt. Nun laufen bereits seit längerer Zeit Verhandlungen gleicher Art mit Ungarn, die wohl auch zu einem positiven Abschluß kommen werden. Anschließend sollen Gespräche mit Rumänien und Bulgarien aufgenommen werden.

Die Tschechoslowakei fehlt in dieser Liste, obwohl sie der einzige nichtdeutsche Oststaat ist, der eine direkte Grenze mit der Bundesrepublik hat. Warum eigentlich?

Ist es der Einfluß der Sudetendeutschen in der Bundesrepublik, der dies verhindert? Ich möchte das bezweifeln. Die Sudetendeutschen möchten wohl bei dieser Frage nicht übergangen werden — das ist gewiß verständlich und ihr gutes Recht —, aber ich glaube nicht, daß sie es sind, die hier den Weg verbauen. Es ist auch nicht das Sudetenproblem an sich, das die Bundesrepublik zögern läßt. Zwischen Polen und Deutschland steht eine offene Grenzfrage — und trotzdem hat man in Bonn keine Bedenken, den Weg nach Warschau zu suchen. Zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland steht das Problem der vertriebenen Sudetendeutschen, gewiß, aber keine Grenzfrage, denn es fällt der Bundesrepublik nicht ein, die Ansprüche, die ihr aus dem Münchner Vertrag zustehen könnten, international geltend zu machen. Sie würde sich damit zwischen alle Stühle setzen. Was also ist der Grund?

Er ist wohl in den amerikanischen Vorstellungen zu suchen, die unsere ostpolitischen Tastversuche noch bestimmen. In Polen sehen die USA d e n Ansatzpunkt, den Einfluß Moskaus in Mittelosteuropa zu beeinträchtigen, aufzulockern, zu beseitigen. Die deutsche Politik läßt sich zudem noch von dem Gedanken einer Einkreisung der DDR leiten. Hindernis sind lediglich die Vertriebenen mit ihren Forderungen, die man deshalb auch dieser Strategie zu opfern gedenkt.

An dieser Zielsetzung jedoch ist sehr vieles unreal. Vom amerikanischen Gesichtspunkt aus mag da noch eine gewisse Logik sein, vom deutschen aber nicht. Den Amerikanern geht es um eine langfristige Auflockerung im Herrschaftsgebiet der anderen Weltmacht, den Deutschen aber sollte es um die Lösung ihrer eigenen Probleme gehen, und die ist — wie immer die Entwicklungen sein mögen — nicht gegen, sondern nur m i t der russischen Macht möglich. Eine deutsche Ostpolitik, die sich im östlichen Mitteleuropa auf antirussischen Pfaden bewegen würde, trüge nichts, aber schon gar nichts zur Lösung u n s e r e r Fragen bei.

Eine Alternative der Vergangenheit müssen wir immer und überall strikte ablehnen, nämlich in unserer Ostpolitik entweder den Versuch zu machen, mit den östlichen Mitteleuropäern gegen die Russen zu manövrieren oder mit den Russen gegen unsere mitteleuropäischen Nachbarn. Beides haben wir in der Vergangenheit gemacht, und beides wäre im Hinblick auf die Zukunft Verrat an einer echten deutschen Friedenspolitik im Osten.

An der Tschechoslowakei haben die Amerikaner deshalb wenig Interesse, weil sie dort keinen Widerstand gegen die sowjetische Politik spüren. Wäre es anders, die Tschechoslowakei würde uns allen plötzlich wärmstens empfohlen, und überall würde man in Deutschland lauthals erklären und publizieren, daß zwischen uns und den Tschechen überhaupt nichts mehr steht. Die sudetendeutschen Rechte würde man auf den Abfallhaufen kehren.

So ist die Lage aber anders, und so zeigt auch die Bundesrepublik kein Interesse an dem einzigen direkten slawischen Nachbarn. Das ist sehr bedauerlich, denn für eine wirkliche deutsche Ostpolitik wäre neben Moskau gerade Prag der wichtigste Platz. Warum? Weil, wenn man sich von der Illusion freimacht, die DDR einfach einkreisen, auskaufen und liquidieren zu können, Prag der Punkt sein könnte, dessen ureigenstes Interesse es wäre, einen Ausgleich zwischen den beiden deutschen Staaten und eine friedliche schrittweise Veränderung in dieser Hinsicht zu vermitteln. Die Tschechoslowakei ist der einzige Oststaat, der an beide deutsche Staaten grenzt und dessen Schicksal von jeder Lösung der deutschen Frage tiefgehend beeinflußt wird. Der Tschechoslowakei kann nicht daran liegen, daß die eine Seite die andere liquidiert (gleich welche man nun meint),

aber ihr wird sehr wichtig sein, daß die Gegensätze gemildert werden und daß sich eine Vereinigung des deutschen Volkes (ohne die es keinen Frieden geben kann in ganz Zentraleuropa) in einem friedlichen und föderativen Prozeß anbahnt. In Prag kann man freilich nicht gegen Moskau manövrieren, aber dafür ziehen hier Verbesserungen der Beziehungen in Mittelosteuropa auch nicht Verschlechterungen in Moskau nach sich.

Daß Böhmen wichtig ist, hat Bismarck noch gewußt. Nachher hat man es dann vergessen. Die deutsche Ostpolitik kannte nur Rußland und Polen, und sie bestand aus zwei Linien: entweder mit den Polen gegen die Russen oder mit den Russen gegen die Polen. Böhmen, die Tschechoslowakei, das klang schon bald wie „Türkei", das war schon irgendwo da unten, fast am Balkan.

Nach Prag zu gehen, wäre ein Programm. Es wäre der Versuch, die Lösung des deutschen Problems über eine Mitteleuropapolitik zu beginnen (indirect approach), die sich nicht im Gegensatz zu den Russen begreift. Natürlich und selbstverständlich auch nicht im Gegensatz zu unseren westeuropäischen Bündnispartnern.

IV.

Allerdings, zwischen der Theorie und der Praxis liegt ein weiter Raum. Dadurch, daß die Tschechen einen Botschafter in Bonn hätten und wir einen in Prag, würde sich noch gar nichts ändern. Eine Zusammenarbeit setzt voraus, daß man beiseite räumt, was im Wege liegt. Selbst wenn zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland kein Grenzproblem existiert, sollte man nicht verharmlosen, was real blockiert. Man müßte von beiden Seiten her versuchen, die Hindernisse geduldig abzutragen. Von beiden Seiten — das heißt, daß es nicht der Weg zum Frieden wäre, wenn man es sich so einfach macht, den Deutschen allein und einseitig diese Liquidierung zuzumuten.

Ein gutes Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen heißt zum Beispiel, daß man den heute noch in der CSSR lebenden Deutschen die gleichen Rechte zubilligt, wie sie die anderen Minderheiten haben. Wie ist hier die Lage? Nach tschechoslowakischen amtlichen Zahlen gibt es drüben noch über 160 000 Deutsche. Sie haben nicht eine einzige Schule, nur freiwillige Sprachzirkel. In der tschechoslowakischen Verfassung werden Minderheiten die Erziehung und volle kulturelle Entfaltung in ihrer Muttersprache zugesichert. Es werden die Magyaren aufgeführt, dann die Polen und Ukrainer. Die Deutschen werden nicht genannt, obgleich die polnische und ukrainische Minderheit weniger als die Hälfte der deutschen ausmachen. Nun ist es bestimmt nicht so — wie ich selbst feststellen konnte —, daß die Deutschen in der Tschechoslowakei gedrückt und verschüchtert als moderne Sklaven existieren. Im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben haben sie die gleichen Rechte und Pflichten wie alle anderen Staatsbürger auch. Ihre Sprache können sie frei und offen benützen, niemand sieht sie deshalb schief an oder benachteiligt sie, nur weil sie deutsch sprechen. Wie ich eingangs ausführte, ist die Atmosphäre zwischen Deutschen und Tschechen gut, was sich auch in den vielen Eheschließungen über die sprachliche Trennung hinweg zeigt. Aber es besteht ganz eindeutig eine Politik, das deutsche Element durch diese Assimilation, die Zwangscharakter trägt, weil den Menschen keine andere Wahl bleibt (auch nicht die der Auswanderung), zum Verschwinden zu bringen.

Es existiert ein Beschluß des Auswärtigen Ausschusses des deutschen Bundestages, den alle Parteien unterzeichnet haben, bei jeder Normalisierung der Beziehungen zur Tschechoslowakei dieses Problem offiziell aufzuwerfen. Die Tschechoslowakei mag dies als Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten ansehen, aber wir wären schlechte Deutsche, wenn wir uns nicht im Rahmen des Mögli-

chen um unsere Landsleute kümmern würden, denen man einmal kollektiv die Staatsbürgerschaft abgesprochen und dann wieder zudiktiert hat, ohne sie im geringsten zu fragen.

Es gibt einen Weg, jeder Einmischung seitens eines anderen Staates von vornherein die Grundlage zu entziehen: er besteht darin, gleiches Recht für alle gelten zu lassen — ohne Finessen und Spitzfindigkeiten, die sich der Nichtwollende als Mäntelchen umhängt.

Aber wir müssen auch den Standpunkt der anderen Seite sehen, soweit er stichhaltig ist oder sein könnte. Warum will man diese Zwangsassimilation (die im übrigen auch der Theorie vom proletarischen Internationalismus widerspricht)? Weil man fürchtet, bei einer Erhaltung oder Förderung der deutschen Minderheit in der CSSR einer restaurativen sudetendeutschen oder gar deutschen Politik einen konkreten Ansatzpunkt zu liefern. Hier greift von beiden Seiten her die alte böse Vergangenheit in unsere Gegenwart und will den Weg in die Zukunft versperren.

Aber um diese Probleme geht es doch gar nicht mehr. Etwas anderes wäre viel wichtiger: Nämlich, daß an der Nahtstelle zwischen Deutschen und Slawen, West und Ost das Beispiel eines Zusammenlebens von Deutschen und Slawen unter gleichem Recht geschaffen wird, daß dies zum Ansatzpunkt nicht eines „Revanchismus", sondern einer mitteleuropäischen Friedenspolitik würde. Daß man hier von beiden Seiten beginnt, die Vergangenheit zu überwinden. Heute überzeugen keine bloßen Worte mehr, sondern die Völker und Massen sind nur für Taten empfänglich. Alle Friedensschalmeien verwehen im Winde, wenn man nicht an einer Stelle beginnt, konkret den Friedensprozeß in Gang zu bringen. Und das sind nicht Abkommen über irgendwelche Techniken, die kaum ein Sachverständiger mehr versteht, sondern hier ginge es um Gestaltungen, die den einfachen Menschen betreffen, wo alle starren Positionen von einem neuen Willen durchstoßen werden. Einem Willen zum Frieden. Warum versucht man nicht eine solche Verständigung und einen solchen Brückenbau in einem verhältnismäßig eng umgrenzten Gebiet? An einem Ort in Mitteleuropa — und logisch an der deutsch-slawischen Grenze — müßte der Versuch einer Kooperation des Friedens ohne Stacheldraht und ohne Mauer gewagt werden, getragen von einem umfassenderen mitteleuropäischen Konzept. Er würde eine Strahlkraft auf alle jene nationalen Kräfte in Deutschland haben, die an den bisherigen Wegen, die deutschen Fragen zu lösen, verzweifeln.

Ich habe in der Tschechoslowakei noch manches von der alten bösen Vergangenheit vorgefunden, aber gewiß nicht mehr als auf unserer eigenen Seite. Ich habe aber im Gegensatz dazu dort drüben die feste Gewißheit gewonnen, daß das tschechoslowakische Volk sich keinem vernünftigen Ausgleich in den Weg stellen würde und daß es wirklich den Frieden will. Die deutsche Politik sollte an diesem Land und seinen Menschen nicht achtlos vorbeigehen.

Dr. Arno Klönne

Katholische Kirche und Nationalsozialismus (II) *

Das Verhältnis des katholischen Volksteils und der katholischen Hierarchie zum nationalsozialistischen Staat, nach 1945 zunächst pauschal als Widerstand ausgegeben, ist spätestens seit Böckenfördes Aufsatz in der Zeitschrift „Hochland" im Februar 1961 aus der Sphäre des tabuierten historischen Mythos in das schärfere Licht der historischen und politisch-wissenschaftlichen Analyse geraten.

Während der Münchener Weihbischof Neuhäusler in seiner 1946 publizierten Dokumentation „Kreuz und Hakenkreuz" noch unwidersprochen die Dokumente dem Zweck der Veröffentlichung hatte anpassen können, so ist nun durch eine Reihe materialreicher Publikationen die Einsicht in die historische Wirklichkeit möglich geworden.

Die sachliche Diskussion des Themas sieht sich freilich gerade im innerkatholischen Feld beträchtlichen Hindernissen gegenüber. Falsche Interpretationen der Absichten kritischer Arbeiten zum Thema verstellen den Weg; so geht z. B. ein großer Teil der apologetischen Beiträge in der katholischen Presse von der unzutreffenden Behauptung aus, die Autoren jener kritischen Beiträge hätten im Sinn, dem katholischen Episkopat oder anderen führenden Katholiken nach 1933 eine moralische Schuld anzulasten. Tatsächlich belegen die historischen Dokumente hingegen, daß von persönlicher Schuld gerade deswegen nicht die Rede sein kann, weil bestimmte strukturelle und ideologische Elemente des deutschen Katholizismus die Anpassung an den nationalsozialistischen Staat sozusagen logisch machten, — eine Erkenntnis, die das Thema von der Schuldfrage wegrückt, jedoch zu einer schwerwiegenden und unter Umständen folgenreichen Kritik des deutschen Katholizismus als eines politischen Phänomens führen mag.

Der entscheidende Ertrag aller fundierten Untersuchungen (hervorzuheben sind die Arbeiten von Hans Müller, E. W. Böckenförde, Carl Amery; vgl. Literaturverzeichnis) ist: die Führungsschicht des deutschen Katholizismus hat 1933 dem Dritten Reich Zustimmung gewährt nicht etwa wider besseres Wissen, also nur aus Gründen persönlicher Opportunität, noch auf Grund völliger Täuschung über die politischen Ziele des neuen Staates. Wenn nicht aus solchen Gründen — welchen Maßstäben folgend hat dann der deutsche Episkopat, haben viele Führer der Zentrumspartei, haben die meisten katholischen Verbände und Publikationen die deutschen Katholiken zur loyalen Mitarbeit im NS-Staat (und die Bischöfe später auch zur Mitarbeit in den NS-Kriegen!) aufgefordert?

Die unvoreingenommene Analyse der offiziellen Stellungnahmen der katholischen Führungsschicht im Dritten Reich gibt hinreichendes Material für die Beantwortung dieser Frage auch dann, wenn man alle nur formellen Loyalitätserklärungen gegenüber dem Nationalsozialismus, deren taktischer Sinn ja auf der Hand liegt, ausklammert. Gewiß waren NSDAP und katholische Kirche in Deutschland vor 1933 in erklärten Gegensatz geraten; dieser Gegensatz stellt sich aber, verfolgt man die weitere Entwicklung, als nicht eigentlich politisch motiviert heraus. Ebenso unpolitisch motiviert waren die Befürchtungen, die der Episkopat nach dem 30. Januar 1933 zunächst dem neuen Regime entgegenbrachte: man bangte um die institutionellen, kultur-politischen Positionen des Katholizismus. So wird erklärlich, mit welch spürbarer Erleichterung der deutsche Episkopat auf Hitlers Erklärungen im Reichstag am 23. 3. 1933 reagierte, in denen dieser den Kirchen einen sicheren Rang im neuen Staat zuwies:

---

*) Vgl. Heft 6/63, S. 442 ff.

„Indem die Regierung entschlossen ist, die politische und moralische Entgiftung unseres öffentlichen Lebens vorzunehmen, schafft und sichert sie die Voraussetzungen für eine wirklich tiefe Einkehr religiösen Lebens. Die nationale Regierung sieht in den beiden Konfessionen die wichtigsten Faktoren zur Erhaltung unseres Volkstums."

Die Fuldaer Bischofskonferenz hob daraufhin mit ihrer Erklärung vom 28. 3. 1933 die bisher geltenden Verbote und Warnungen gegenüber der NSDAP auf und wies die Katholiken Deutschlands zur „gewissenhaften Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten unter grundsätzlicher Ablehnung alles rechtswidrigen und umstürzlerischen Verhaltens" an.

Diese Billigung des neuen Regimes, bei einigen Vorbehalten, wurde breiter noch ausgeführt in dem gemeinsamen Hirtenbrief der deutschen Bischöfe vom 8. Juni 1933. In einer politischen Situation, in der die Ausschaltung jeglichen demokratischen Agierens und die blutige Verfolgung von Kommunisten, Sozialdemokraten und Juden nicht mehr zu verkennen waren, in der andererseits die anfänglichen Übergriffe lokaler NS-Organe gegen die katholische Kirche von der NS-Führung ein wenig eingedämmt wurden, entschlossen sich die Bischöfe, den neuen autoritären Staat zu stützen, in der Hoffnung, so die institutionellen Möglichkeiten des Katholizismus unbehelligt zu halten. Allerdings war diese Hoffnun nicht das einzige Motiv der Zustimmung; hinzu kam die Sympathie für den autoritären, scheinbar ständestaatlichen, jedenfalls antiliberalen und antimarxistischen Kurs des neuen Regimes. Im Hirtenbrief heißt es:

„Nicht mehr soll also der Unglaube und die von ihm entfesselte Unsittlichkeit das Mark des deutschen Volkes vergiften, nicht mehr der mörderische Bolschewismus mit seinem Gotteshaß die deutsche Volksseele bedrohen und verwüsten ..."

Hans Müller kommentiert die Entschlüsse der Fuldaer Bischofskonferenz vom Juni 1933:

„Als man wählen mußte zwischen einer Regierungsform, die zwar ‚religiös indifferent', pluralistisch war, aber den Menschen in seiner Freiheit und Würde weithin schützte, und andererseits der christlichen Fassade des Dritten Reiches, da wählte man die christliche Phrase und, ohne es allerdings zu ahnen, die Unmenschlichkeit." (werkhefte 5/63.)

In einem Brief an Papst Pius XI. — also einem nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Schriftstück — bekräftigte die Bischofskonferenz, daß sie „der gegenwärtigen deutschen Regierung guten Gewissens und in ungeheuchelter Treue ergeben" sei und „mit allen Kräften unterstützen" wolle, was von der Regierung „gegen die gottlosen bolschewistischen Machenschaften und die weit um sich greifende Unsittlichkeit lobenswerterweise unternommen wird."

Das Konkordat zwischen NS-Regierung und Vatikan, im Juli 1933 geschlossen, bestätigte die angedeutete Entwicklung. Von den deutschen Katholiken mußte das Konkordat einerseits als Anerkennung des neuen Staates, andererseits aber auch als Versuch gewertet werden, der Kirche und den katholischen Vereinigungen unter dem NS-Regime Bewegungsfreiheit zu erhalten.

Hitler sah die Funktion des Reichskonkordats einseitiger. Im Protokoll einer Sitzung der Reichsregierung vom 14. Juli 1933 heißt es:

„Der Reichskanzler sah im Abschluß des Reichskonkordates große Vorteile, weil ... der Vatikan zur Herstellung eines guten Verhältnisses zum nationalen deutschen Staat bewogen werden konnte. Der Reichskanzler hätte es noch vor kurzer Zeit nicht für möglich gehalten, daß die Kirche bereit sein würde, die Bischöfe auf diesen Staat zu verpflichten. Daß dies nunmehr geschehen ist, wäre zweifellos eine rückhaltlose Anerkennung des derzeitigen Regimes."

Der Münchener Kardinal Faulhaber, der in späteren Jahren Maßnahmen des NS-Staates offen kritisierte, schickte damals ein Telegramm an Hitler, in dem es hieß:

„Was die alten Parlamente und Parteien in 60 Jahren nicht fertigbrachten, hat Ihr staatsmännischer Weitblick in 6 Monaten weltgeschichtlich verwirklicht."

Der politisch-ideologische Hintergrund einer solchen Äußerung wird deutlicher, wenn man an ein früheres Wort von Faulhaber denkt:

„Die Revolution (von 1918) war Meineid und Hochverrat und bleibt in der Geschichte erblich belastet und mit dem Kainsmal gezeichnet."

Die politisch-ideologisch motivierte Sympathie für den NS-Staat, trotz aller kulturpolitischen und institutionellen Bedenken, war keineswegs nur Merkmal der hohen kirchlichen Hierarchie, sondern weithin im deutschen Katholizismus verbreitet. Das wird eindeutig klar in der Reaktion der vielen katholischen Verbände und Publikationen auf den neuen Staat. Nimmt man Teile der katholischen Jugendbewegung, Teile der katholischen Arbeiterbewegung, eine jüngere Gruppe in der Zentrumspartei und an größeren Publikationen die „Rhein-Mainische Volkszeitung" und die „Junge Front" aus, so hat der weitaus überwiegende Teil des politisch auftretenden Katholizismus in Deutschland 1933 ehrliche Zuneigung zu den wichtigsten politischen Zügen des neuen Staates bekannt.

Wie weit solche Übereinstimmung gehen konnte, zeigt z. B. die Satzung des CV (Cartellverband katholischer Studentenverbindungen) vom Oktober 1933, die sich „zur Erziehung der Mitglieder im Sinne der nationalsozialistischen W e l t a n s c h a u u n g" bekennt und festlegt, daß „Heirat mit nicht-arischen Frauen zum Ausschluß aus dem Verband führt." (Müller, S. 206.)

Die katholischen Burschenschaften bekannten sich zu dem

„in Adolf Hitler verkörperten politischen Führungsgedanken, in dem der Geist der Zwietracht und des Streites des liberalen Parteienstaates überwunden ist."

Der CV sprach im Herbst 1933 in einem Wahlaufruf von der „Befreiung Deutschlands von dem Versklavungsdiktat". Wer nicht die Liste der NSDAP wähle, verrate Volk und Vaterland. (Müller, S. 220.)

Bei einer Führertagung des Jugendverbandes „Neu-Deutschland" (repräsentativ für die katholischen Oberschüler) im September 1933 begrüßte man den NS-Staat „als Überwindung des Parteienstaates, des liberalen Staates, des parlamentarischen Staates, des Klassenstaates". Es wurde der Wunsch hinzugefügt, daß „die Totalität des nationalen und staatlichen Lebens sich zusammenfüge mit der Totalität katholischer Kirche". (Müller, S. 177 ff.).

Damit sind genau die Positionen bezeichnet, deren Folge die politische Zustimmung zum Hitlerstaat sein mußte. Man akzeptierte den faschistischen Staat in Deutschland, — aber man wünschte ihn sich „katholisch getauft". Auch die meisten offiziellen Verlautbarungen der geistlichen und der Laien-Führung der katholischen Jugend in den Jahren 1933—1937 lassen, jenseits aller nur taktischen Anpassung, bis in die politische Sprache hinein die Übereinstimmung mit einer deutschen Version des Faschismus erkennen. (Vgl. hierzu „Katholische Jugend in der NS-Zeit", Düsseldorf 1959.)

Die Verwandtschaften zwischen der herrschenden politischen Ausformung des deutschen Katholizismus und der nationalsozialistischen Politik wurden in den Jahren nach 1933 auch von führenden katholischen Theologen und Sozialphilosophen, von Michael Schmaus bis zu Josef Pieper, nachgewiesen. Schmaus faßt die Argumente zusammen in dem Satz:

„Ich sehe in der nationalsozialistischen Bewegung den schärfsten und wuchtigsten Protest gegen die Geistigkeit des 19. und 20. Jahrhunderts." (Schmaus, Begegnung zwischen katholischem Christentum und NS-Weltanschauung, 1934.)

Nun wurden die Bemühungen der meisten deutschen Katholiken, sich als „nicht die schlechtesten Stützen des neuen Staates" zu erweisen (nach einem Wort von Bischof Berning bei seiner Vereidigung 1933), in den folgenden Jahren immer wieder gestört durch Maßnahmen des NS-Staates, der trotz Reichskonkordat ständig in die Bewegungsfreiheit der katholischen Verbände eingriff und den Wirkungsbereich der katholischen Kirche u. a. durch die sog. Sittenprozesse gegen Ordensleute und durch Verbot der katholischen Jugendbünde propagandistisch und organisatorisch abzubauen suchte, ohne freilich die materielle Grundlage der Institution Kirche anzutasten.

Die Kirche ihrerseits verteidigte Institution und Glaubensgehalt, vermied jedoch jede prinzipielle Auseinandersetzung mit dem NS-Regime und berief sich noch heftiger auf die gemeinsame Front von Kirche und NS gegen den „Bolschewismus". In einem Hirtenwort der deutschen Bischöfe vom 24. 12. 1936 heißt es:

> „Die Kirche wird um so kraftvoller das Dritte Reich im weltgeschichtlichen Abwehrkampf gegen den Bolschewismus unterstützen können, je mehr sie auf ihrem eigenen Rechts- und Arbeitsgebiet Freiheit genießt ... Auch dort, wo wir die Eingriffe in die Rechte der Kirche zurückweisen, wollen wir die Rechte des Staates ... achten und am Werk des Führers auch das Gute und Große sehen ... Laßt euch nicht von unzufriedenen Menschen in eine Mißstimmung und Verdrossenheit hineinreden, die noch immer ein üppiger Nährboden für bolschewistische Gesinnung war!"

Zu der mit der „Reichskristallnacht" einsetzenden offenen Judenverfolgung schwieg die katholische Kirche in Deutschland ebenso wie zu den Konzentrationslagern für politische Gegner des Regimes.

Den Kriegsbeginn 1939 nahmen die Bischöfe zum Anlaß, um erneut die Loyalität gegenüber dem NS-Regime zu betonen, gleichzeitig aber wiederum darauf hinzuweisen, daß gerade in einer solchen Situation die Kirche unangetastet bleiben müsse. (So etwa im Hirtenbrief Erzbischof Gröbers vom 7. 9. 1939.)

Ein amerikanischer Soziologe, Katholik und Professor an einer Jesuiten-Universität, Gordon C. Zahn, hat vor etwa einem Jahr unter dem Titel „Deutsche Katholiken und Hitlers Krieg" eine — leider in deutscher Sprache noch nicht vorliegende — Arbeit veröffentlicht, die nachweist, wie wenig deutsche Katholiken aktiv oder passiv gegen den nationalsozialistischen Krieg auftraten. Zahn zeigt, daß die katholische Hierarchie in Deutschland den Hitlerschen Krieg akzeptierte, daß der katholische Feldbischof Rarkowski diesen Krieg geradezu feierte, daß einzelne katholische Priester, die den Kriegsdienst verweigerten, dafür so wenig Sympathie bei ihren Oberen fanden, daß ihnen während ihrer Gefängniszeit bis kurz vor ihrer Hinrichtung die Sakramente verweigert wurden.

Katholiken, die für ihren Widerstand gegen den Nationalsozialismus oder gegen den nationalsozialistischen Krieg in den Tod gegangen sind, wie — um nur einige zu nennen — Pater Reinisch, Pater Delp, Willi Graf, Theo Hespers, Franz Jägerstetter, Vikar Hermann Lange, sind diesen Weg zumeist für sich gegangen, ohne Zustimmung und oft ohne Verständnis der Repräsentanten des Katholizismus.

Die Identifikation von politischen Normen des deutschen Katholizismus und politischen Positionen des Nationalsozialismus verdichtete sich noch angesichts des deutschen Angriffskriegs gegen die UdSSR. Die katholischen Bischöfe Deutschlands erklärten in einer Denkschrift vom 10. 12. 1941:

> „Mit Genugtuung verfolgen wir den Kampf gegen die Macht des Bolschewismus, vor dem wir deutschen Bischöfe in zahlreichen Hirtenbriefen gewarnt und zur Wachsamkeit aufgerufen haben."

Feldbischof Rarkowski nannte den Krieg gegen die UdSSR einen „europäischen Kreuzzug".

Auch der Protest einzelner deutscher Bischöfe gegen Verbrechen des NS-Staates (wobei bedacht werden muß, daß die Haltung des Bischofs Graf von Galen keineswegs die Regel war!) in den Jahren ab 1941 blieb partikular, d. h. dieser Protest stieß nicht zu einer prinzipiellen Kritik des NS-Systems vor. Auch hier ist wiederum der kirchlichen Hierarchie zu attestieren, daß sie durchweg wohl nicht aus persönlicher Feigheit zu der verbrecherischen Politik des NS-Staates bis auf Ausnahmefälle schwieg, sondern tatsächlich den Faschismus in Deutschland für eine im Kern notwendige Aktion gegen „Liberalismus, Marxismus und Bolschewismus" hielt. Die Frage, wie es um ein „christliches Bewußtsein" bestellt sein muß, das um einer solchen Ideologie willen sich den Blick auf die Wahrheit der Massenverbrechen des Dritten Reiches trüben läßt, wird damit freilich nicht aus der Welt geschafft.

Carl Amery hat in seiner scharfen und doch der Kirche verbundenen Analyse des deutschen Katholizismus das Verhalten des offiziellen Katholizismus zwischen 1933 und 1945 in den erklärenden Zusammenhang der Tradition eines „Milieukatholizismus" gestellt. Amery schreibt:

> „Gewiß, ein guter Teil des deutschen Katholizismus bewies, daß er sich verschiedene Dinge nicht leicht gefallen ließ; er bestand auf Kreuzen in den Schulen, er unterstützte die Bischöfe im Kampf gegen die Skandalprozesse, er verhinderte die Verhaftung Galens. Aber die Demokratie? Aber die Juden? Aber die Parteien und Männer der Linken? Sie hätten das Milieu niemals verteidigt. Es stand ihnen ohnehin feindlich gegenüber — mochten sie sehen, wie sie fertig wurden ..."
>
> „Offensichtlich waren damals nicht nur die andersgläubigen Verteidiger der Freiheit abgeschrieben, sondern auch diejenigen Söhne und Töchter der Kirche selbst, die über eine bestimmte Linie des Widerstandes hinausgingen. So mußte sie zu den meisten Martyrien schweigen, die damals stattfanden — nicht nur zu den Martyrien der Juden, Kommunisten, Sozialdemokraten, sondern auch zum Martyrium der eigenen Blutzeugen — eine Folge der Verteidigungspolitik, zu der man sich entschlossen hatte." (Carl Amery: Die Kapitulation.)

Dem „Milieukatholizismus", wie ihn Amery diagnostiziert, war der Gedanke an die Verantwortlichkeit des Christen außerhalb des „Vereins" Kirche fremd geworden, — w i e fremd, das deutet eine Äußerung des sonst aufgeschlossenen Limburger Weihbischofs Kampe aus dem Februar 1962 an. In einer Entgegnung auf einen Beitrag der „werkhefte" zum Verhalten der katholischen Kirche im NS-Staat schrieb Kampe:

> „Auch die deutschen Bischöfe haben durchaus nicht nur um den Bestand katholischer Institutionen gebangt. Wir werden allerdings in ihren Verlautbarungen vergeblich die Erwähnung von Sozialisten, Kommunisten, Gewerkschaften und Juden suchen. Zunächst gehört das nicht zu den Gepflogenheiten kirchlicher Verlautbarungen, ausdrücklich sich für solche Gruppen einzusetzen, von denen man sich weltanschaulich unterscheidet."

(Am Rande sei vermerkt, daß die katholische Kirche unter dem Pontifikat Johannes' XXIII. entscheidende Schritte aus diesem „Vereinsdenken" heraus tat.)

Daß die Fragwürdigkeit der offiziellen katholischen Position im NS-System indessen auch in katholischen offiziellen Darstellungen heute nicht mehr gänzlich verborgen bleibt, zeigt sich u. a. in einer Dokumentation von Franz Kloidt über nationalsozialistische Kirchenverfolgung. Kloidt schreibt:

> „Viele — allzuviele? — aufrichtige Christen ließen sich von rein disziplinären und legalistischen Gedankengängen leiten. Sie sparten — bis in maßgebende kirchliche Kreise hinein — nicht mit Vorwürfen gegen ihre nonkonformistischen christlichen Mitbrüder, denen sie Leichtsinn, Unvorsichtigkeit und Übermut auch dann

noch vorwarfen, wenn die Gewissensnot das echte Bekenntnis eindeutig erkennbar machte. Dabei nahmen diese christlichen Mitbrüder achselzuckend und als gehorsame Staatsdiener vielfach aktiv mitwirkend zur Kenntnis, daß dieser Un-Rechtsstaat aus seiner Grundhaltung heraus Todesurteile auch für politische Bagatellvergehen für berechtigt hielt und daß große geschlossene Personengruppen, unter ihnen speziell auch die Exponenten christlicher Standhaftigkeit und christlichen Widerstandes, der Willkür-Justiz der Gestapo und der SS ausgeliefert waren.

Taktische Überlegungen, die aus der verschlagenen und lügenhaften Konkordatspolitik Hitlers stützende Argumente entnahmen, dazu pauschale, undifferenzierte Schlußfolgerungen aus den Briefen des Apostels Paulus über den Staat und die obrigkeitliche Gewalt taten ein übriges, um das eigene Gewissen zu beruhigen und das Gewissen der Widerstandschristen als ‚irregeleitet' oder ‚fanatisiert' zu beurteilen.

Dieses pragmatische und positivistische Staats- und Rechtsdenken wirkt auch heute noch so stark nach, daß zwar der ‚Kirchenkampf' einhellig festgestellt, die einzelnen Opfer dieses Vernichtungsfeldzuges gegen die Kirchen aber noch immer nicht in gleicher Einhelligkeit als um Christi willen Verfolgte und Vernichtete angesehen werden." (Kloidt, S. 9.)

Obrigkeitsstaatliches Denken, autoritäre „Ordnungs"-Vorstellungen, Sichtbeschränkung auf „christliche Vereinsinteressen", ideologische Voreingenommenheit für eine Politik, die — was auch immer sie sonst sein mochte — liberale Demokratie wie auch Sozialismus auszutilgen versprach, — all das brachte die große Mehrheit des deutschen Katholizismus in den Jahren 1933—1945 dazu, den faschistischen Staat in Deutschland zu akzeptieren und viele Verbrechen dieses Staates hinzunehmen.

Diesen Vorgang erkennen, heißt seine Bedingungen abbauen.

Literatur zum Thema:

E. W. Böckenförde: Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933. In: HOCHLAND, Februar 1961 und Februar 1962.

Hans Müller: Katholische Kirche und Nationalsozialismus, Dokumente 1930—1935; mit einer Einleitung von Kurt Sontheimer. München 1963.

Carl Amery: Die Kapitulation — oder: Deutscher Katholizismus heute; mit einem Nachwort von Heinrich Böll. Hamburg 1963.

Franz Kloidt: Verräter oder Märtyrer? Dokumente katholischer Blutzeugen der nationalsozialistischen Kirchenverfolgung. Düsseldorf 1962.

Walter Kinkel: Kirche und Nationalsozialismus 1925—1945 (Dokumente). Düsseldorf 1960. (Eine einseitige, glorifizierende Auswahl.)

G. C. Zahn: German Catholics and Hitler's Wars, New York 1962.

Aufschlüsse zum Ende der Zentrumspartei gibt das Werk von Matthias und Morsey: Das Ende der Parteien 1933; Düsseldorf 1960.

Kapitel zu unserem Thema enthält auch das — in der Auswahl historischen Materials einseitig negative — Buch von Karl Heinz Deschner: Abermals krähte der Hahn — Eine kritische Kirchengeschichte von den Anfängen bis zu Pius XII.; Stuttgart 1962.

Eine Fülle von Beiträgen zum Thema enthalten die Jahrgänge 1960—1963 der Zeitschrift WERKHEFTE, München.

Pfarrer Herbert Günneberg

Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen

Pfarrer Günneberg — der besonders beim diesjährigen Ostermarsch der Atomwaffengegner hervorgetreten ist — hat uns den Text seiner Ansprache vor der Evangelischen Studentengemeinde Marburg am 30. Juni 1963 zum Abdruck zur Verfügung gestellt.

D. Red.

Mein Thema lautet: „Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen". Es ist unbestritten, daß im Grundgesetz, Artikel 4, Absatz 3, das Gewissen des Kriegsdienstverweigerers durch unser Grundrecht in Schutz genommen wird:

> „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz."

Ich gehöre nun seit 1957 der „Internationale der Kriegsdienstgegner" an. Ich war damals noch Student, Theologie, Wuppertal. Und zwar hat mich damals bewegt: ein Wort der evangelischen Synode der Kirche der Union, das in Weißensee verabschiedet worden ist. Damals ging es gerade um die Frage der Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen: Ja oder Nein zu den Atomwaffen? Die Synode hat damals gesagt:

> „Sie warnt jeden einzelnen, in dieser Sache durch Beteiligung, Verharmlosung oder Gleichgültigkeit vor Gott und an den Menschen schuldig zu werden."

Ich habe diese Warnung mir zu Herzen genommen und daraufhin mich mit den Fragen des Krieges und Kriegsdienstes befaßt.

Die „Internationale der Kriegsdienstgegner" besteht aus Menschen, die folgende Erklärung unterschreiben:

> „Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg, weder direkt noch indirekt, zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten."

Das Ziel ist also die Beseitigung des Krieges, die Erreichung eines gesicherten Friedens für die ganze Welt.

Als diese „Internationale der Kriegsdienstverweigerer" gegründet wurde, in den zwanziger Jahren, schien das noch eine Utopie. Heute wird die Notwendigkeit der Abrüstung — wenigstens prinzipiell — anerkannt.

Wir haben in der Welt jetzt eine Lage, in der das Gleichgewicht der Rüstungen den Frieden sichern soll. Dieses Gleichgewicht der Rüstungen führt aber zwangsläufig zum Wettrüsten. Denn wenn ein Staat den Eindruck hat, er hat weniger als der andere, muß er selbstverständlich nachziehen, — möglichst etwas mehr als nachziehen. Es bleibt nicht aus, daß dieser Rüstungswettlauf die atomare Rüstung einschließt. Ein Staat, der es sich finanziell und technisch leisten kann, Atomwaffen herzustellen, wird das tun. Das Wissen von der Möglichkeit dieser Herstellung ist nicht mehr wegzudenken. Es wird also zwangsläufig das Wettrüsten weiter ansteigen — und mit dem Wettrüsten die Furcht der Menschen in den einzelnen Staaten vor einem Angriff, vor einem Überfall von seiten des anderen.

Bestritten, aber von der Mehrzahl anerkannt, ist die Perspektive, daß ein atomarer Krieg unversehens ausbrechen kann, ja ausbrechen wird, wenn das atomare Wettrüsten sich fortsetzt. Das hat Kennedy gesagt, so entnehme ich aus einer Bemerkung des „Spiegels"; das hat Chrustschow gesagt, das habe ich selber aus einer Chrustschow-Rede gelesen; das hat Papst Johannes XXIII. in seiner Enzyklika zum Ausdruck gebracht, indem er sagt:

> „Wenn es auch kaum glaublich ist, daß es Menschen gibt, die es wagen möchten, die Verantwortung für die Vernichtung und das Leid auf sich zu nehmen,

> die ein Krieg im Gefolge hat, so kann man doch nicht leugnen, daß unversehens und unerwartet ein Kriegsbrand entstehen kann."

Kennedy hat davon gesprochen, daß durch Wahnsinn, technisches Versagen oder durch Irrtum ein Atomkrieg entstehen könne. Burdick und Wheeler haben in ihren Untersuchungen festgestellt, daß der überwiegende Teil der Wissenschaftler, die mit den Fragen der atomaren Rüstung zu tun haben, der Meinung ist, daß ein atomarer Krieg beim Fortsetzen des Wettrüstens nicht nur entstehen kann, sondern entstehen wird.

Bereits die zu Kriegszwecken ausgeführten Experimente bedrohen die Menschheit in einem Maße, wie uns das noch gar nicht bewußt ist.

Die Forderung, die sich daher erhebt, lautet: A b r ü s t u n g ! Wie soll aber diese Abrüstung zustande kommen, wenn überall sowohl materiell als auch geistig-psychologisch aufgerüstet wird?

Nicht die Gleichheit und das Gleichgewicht der militärischen Apparate wird den Frieden sichern können, sondern der Aufbau eines Gleichgewichts an Vertrauen zwischen den Gegnern; und an diesem Aufbau des Vertrauens möchte ich mitarbeiten.

Die Institution der UNO setzt ein solches Vertrauen voraus und braucht ein solches Vertrauen, um in Zukunft besser als bisher zu funktionieren.

Nun ist aber die Aufrüstung eine Tatsache, an der wir alle mehr oder weniger beteiligt sind, — sei es durch Steuern, sei es durch Wehrdienst, sei es die ständige Information der Presse, die nach ganz bestimmten Gesichtspunkten des Kalten Krieges uns hineinnimmt in die totale Auseinandersetzung, die demnächst auch durch Gesetze zur Erfassung der gesamten Zivilbevölkerung für den Kriegsfall geregelt werden soll.

Wenn wir uns die Schrift der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler ansehen — „Ziviler Bevölkerungsschutz heute" —, so finden wir auf der ersten Textseite eine Aufstellung darüber, daß im Ersten Weltkrieg von den Toten des Krieges 95 % zum Militär gehörten, 5 % zur Zivilbevölkerung; im Zweiten Weltkrieg 52 % zum Militär und 48 % zur Zivilbevölkerung; im Koreakrieg 16 % zum Militär und 84 % zur Zivilbevölkerung ...

Das legt die Frage nahe, wen oder was eine hochgerüstete Armee noch verteidigen will.

Oberst Schmückle schrieb:

> „Die Atomwaffen" — der Koreakrieg war ohne Atomwaffen — „haben das bisherige Kriegsbild bis zur Unkenntlichkeit zerstört, denn ... die Wirkung der Atomwaffen gegen Ziele, die im allgemeinen von Zivilisten belebt sind, ist fürchterlich, gegen bestimmte militärische Ziele dagegen relativ gering. Deutlicher gesagt: Die gräßliche Wirkung gegen Städte und ähnliche Ziele steht im umgekehrten Verhältnis zur Wirkung gegen gepanzerte Verbände, schwimmende Einheiten, unterirdische Befehls- und Raketenstände, mobile und weit verstreute Verbände. Dadurch wird das Verhältnis zwischen dem Militär und seinen zivilen Schutzobjekten mit einer Radikalität verändert, die nicht mehr zu überbieten ist ... Damit wird die bisherige Aufgabe des Soldaten, die Nation im Krieg zu schützen, unerfüllbar. Sie wird ersetzt durch das politische Bestreben, die Nation vor dem Krieg zu schützen, denn der allumfassende Krieg wäre die Vernichtung der Nation schlechthin ..."

Einige Fragen in diesem Zusammenhang wären an die Militärseelsorge zu richten. Was bedeutet Seelsorge an Soldaten in einer solchen Situation?

Die Seelsorge an Kriegsdienstverweigerern beschränkt sich nicht darauf, den Kriegsdienstverweigerern die Anerkennung ihrer Gewissensgründe zu ermöglichen, sie in ihrem Ersatzdienst zu stärken; denn die Kriegsdienstverweigerer haben den gesamten Rahmen dieser eben angeschnittenen Problematik vor Au-

gen, wenn sie sich gezwungen sehen, vor rudimentären Ketzergerichten des 20. Jahrhunderts ihr Gewissen zu offenbaren, unter Ausschluß der Öffentlichkeit; die Beweislast liegt beim „Angeklagten". Es wird das Gewissen erforscht.

Aus Äußerungen von Militärseelsorgern, sowie aus einem Stundenentwurf des Evangelischen Kirchenamtes für die Bundeswehr, „Du sollst nicht töten", entnehme ich, daß die Militärseelsorge rein im individuellen Bereich bleibt. Zwei Pole stehen dem einzelnen gegenüber: die Forderung des Staates, im Ernstfall zu töten — die dort unbestritten bleibt — und die Forderung Gottes im fünften Gebot. Der einzelne soll nun — mit Hilfe der Militärseelsorge — sein Gewissen einrichten zu einem Kompromiß zwischen diesen beiden Polen.

Die Forderung unserer Beteiligung an der weiteren Rüstung wird dort nicht bestritten, sondern bejaht, als Tatsache vorausgesetzt.

Wir haben darüber hinaus aber noch eine größere Verantwortung, wenn wir uns beispielsweise vor Augen halten, welche wirtschaftlichen Folgen die ständig zunehmende Aufrüstung und unsere Beteiligung daran mit sich bringen.

Gegenwärtig werden rund 120 Milliarden Dollar jährlich für militärische Zwecke verbraucht. Das entspricht wenigstens zwei Dritteln des Volkseinkommens aller unterentwickelten Länder, nach einigen Schätzungen sogar 100% des Volkseinkommens aller unterentwickelten Länder. Nach den verfügbaren Angaben entfallen etwa 85% der Militärausgaben der Welt auf sieben Länder. Diese sieben Länder heißen: Kanada, die Bundesrepublik, Frankreich, die Volksrepublik China, die Sowjetunion, England und die Vereinigten Staaten von Amerika, — Staaten vorwiegend mit c h r i s t l i c h e r T r a d i t i o n.

Ich kann nur sagen, daß diese Tatsachen mich nicht ruhig werden lassen. Es ist mir nicht möglich, eine Rüstung zu unterstützen, die zu einem labilen Gleichgewicht führt und eine atomare Katastrophe einschließt. Es ist mir nicht möglich, eine Rüstung zu unterstützen, durch die die Völker in Furcht und Schrecken gehalten werden, zumal die Sinnlosigkeit dieser Rüstung im Ernstfalle — siehe Schmückle — deutlich ist.

In welcher Richtung soll die Entwicklung weitergehen? Das ist die Frage, die ich mir stelle und die ich auch Ihnen stelle. Soll die Entwicklung in der Richtung weitergehen, daß ich die Rüstung weiter unterstütze — und damit die psychologische Rüstung und damit Mißtrauen und Haß? Oder soll es so weitergehen, daß ich das Vertrauen unterstütze, die Verständigung, die Grundlagen für Verhandlungen und Verträge auf Weltbasis? — Ich habe mich für das letztere entschieden; und wenn Sie mich nach dem Gewissen fragen, so antworte ich darauf: Nicht mein Gewissen ist die letzte Instanz. Ich weiß genau, daß ein Gewissen operabel ist wie ein Blinddarm, daß eine Gehirnwäsche möglich ist. Verbindlich ist für mich der Anspruch Gottes, der von außen an mich herantritt durch Wort und Werk und Taten Jesu Christi; und ich kann angesichts der Worte, Werke und Taten Jesu Christi nicht verantworten, bei einem Unternehmen mitzumachen, das die Vernichtung der Welt als Möglichkeit einschließt und — wenn es nicht gestoppt wird — als Wahrscheinlichkeit voraussehen läßt.

Chronik der Aufrüstung

„Kein Tabu für Verteidigungsausgaben"

Das Präsidium des „Bundes der Steuerzahler" hat Ende Juli ein Memorandum über die Rüstungslasten der Bundesrepublik veröffentlicht. Dieser materialreichen Publikation, die den Titel „Kein Tabu für Verteidigungsausgaben" trägt, sind die folgenden Abschnitte entnommen:

... Der Bund der Steuerzahler erkennt die Verpflichtungen an, die nach Billigung durch die gesetzgebenden Organe von der Bundesrepublik als Mitglied der NATO übernommen worden sind. Dazu gehört, nach ihren Kräften zur Verteidigungsbereitschaft des Westens beizutragen. Verteidigungsausgaben sind der Preis, den wir für die Sicherung unserer Freiheit zahlen müssen.

Dieser Preis fordert von den Bürgern der Bundesrepublik von Jahr zu Jahr steigende Opfer. Die Belastung des Bruttosozialproduktes durch Steuern und Zwangsabgaben ist seit 1959 von 33,5 % auf 35,3 % im Jahr 1962 gestiegen. Hält diese Entwicklung an, so wird die Freiheit des Bürgers immer mehr beschnitten, und in demselben Maße wird er das Gewicht ihrer Bedrohung von außen geringer schätzen.

Der Bund der Steuerzahler fordert Bundestag und Bundesregierung deshalb auf, im Interesse der Bundesrepublik und der gesamten Verteidigungsgemeinschaft folgende Grundsätze für die Verteidigungspolitik als verbindlich anzuerkennen und auf ihre Verwirklichung hinzuwirken:

1. Die Ausgaben für die Verteidigung müssen sowohl nach Umfang als auch nach Art der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit angepaßt werden.

2. Die Verpflichtung, mit dem Geld der Steuerzahler so sorgsam, sparsam und wirtschaftlich wie möglich umzugehen, gilt auch für die Mittel, die vom Staat für die äußere Sicherheit ausgegeben werden.

3. Die Lasten der gemeinsamen Verteidigung des Westens müssen gerecht auf die einzelnen Mitgliedstaaten der NATO verteilt werden.

Diese Forderungen sind unabdingbar. Weder die Berufung auf militärische Notwendigkeiten noch auf internationale Verpflichtungen dürfen Anlaß zu ihrer Mißachtung sein ...

Die Verteidigungslasten der Bundesrepublik, die ihr von der NATO angerechnet werden, sind in den vier Jahren von 1959 bis 1962 doppelt so schnell gestiegen wie die gesamten Haushaltsausgaben des Bundes. Diese schnellten von 38,19 auf 51,35 Milliarden DM hinauf, also um 34,5 %. Die Verteidigungsausgaben wurden dagegen in diesem Zeitraum um 67,2 % erhöht. Besonders hoch war die Steigerung im vergangenen Jahr mit mehr als 32 %.

Zwingende außenpolitische Gründe sind als Begründung für dieses außergewöhnliche Tempo der Ausgabenerhöhung angeführt worden. Es ist sehr fraglich, ob diese Begründung in vollem Umfang stichhaltig ist. Die Überhastung bei der Ausgabe von Mitteln des Verteidigungshaushalts hat jedenfalls der Öffentlichkeit noch mehr als in früheren Jahren Anlaß zu Zweifeln daran gegeben, ob hierbei die Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit in jedem Fall konsequent angewandt worden seien ...

Die Berufung auf Geheimhaltung ist in vielen Fällen sicher berechtigt. Sie darf aber nie soweit gehen, daß auch nur der Anschein erweckt wird, die Militärs wollten sich auf diese Weise gegen unerwünschte zivile Kritiker abschirmen. Manche Einrichtungen und Befugnisse der parlamentarischen Instanzen in den USA gehen weit über die Kontrollmöglichkeiten hinaus, über die der Deutsche Bundestag verfügt.

Das Fehlen ausreichender Kontrollmöglichkeiten hat mit dazu beigetragen, das sprunghafte Ansteigen der Ausgaben der Bundeswehr im vergangenen Jahr zu einer der wesentlichen Ursachen der überdurchschnittlichen Erhöhung des Preisniveaus werden zu lassen. Das gilt vor allem, wie bereits erwähnt, für den Bereich der Bauwirtschaft. Gerade hier zeigt sich, daß sich ein beträchtlicher Teil der finanziellen Mehraufwendungen in Preissteigerungen verflüchtigt hat ...

Die Bereitstellung der finanziellen Mittel für die Verteidigung steht in der Diskussion meist an hervorragender Stelle. Dabei wird oft übersehen, daß die finanziellen Mittel eine entsprechende Inanspruchnahme von Gütern, Dienstleistungen und vor allem des

in der Bundesrepublik so knappen Faktors Arbeitskraft bedeuten. Unter diesem Gesichtspunkt wird insbesondere eine Entscheidung über die von der NATO geforderte Erhöhung des Personalbestandes der Bundeswehr stehen müssen ...

Das Drängen der USA, von der Bürde der Verteidigung des Westens entlastet zu werden, hat schon zu Erfolgen geführt. Vor allem die Bundesrepublik hat hierbei gewaltige Anstrengungen gemacht, wie aus einem Vergleich der Verteidigungsaufwendungen in den Jahren 1959 und 1962 hervorgeht. Die Zuwachsrate in den USA betrug 18,1 %, in Kanada 0 %, in Großbritannien 14,2 %, in Frankreich 19,7 %, in Italien 28,9 %, in der Bundesrepublik dagegen 67,2 %. Die Belastungsquote des Sozialprodukts der Bundesrepublik ist gleichzeitig von 5,5 auf 6,4 % gestiegen. Der Abstand zu den USA, die 1962 10,8 % ihres Sozialprodukts für die Verteidigung ausgegeben haben, ist also immer noch sehr groß. Auch von der Bundesrepublik wird verlangt, daß sie die Zehn-Prozent-Quote erreichen solle. Wollte sie dieser Forderung nachkommen, so müßten die Verteidigungsausgaben (nach NATO-Kriterien, einschließlich Berlin), die für 1963 auf etwa 21,4 Milliarden DM zu beziffern sind, auf nicht weniger als rund 31 Milliarden erhöht werden. Es bedarf keines Beweises, daß damit die Grundlage einer anhaltenden wirtschaftlichen Expansion und die gesunde Basis für Verteidigungsleistungen zerstört würden, daß also gerade das geschähe, was nach dem einstimmigen Beschluß der NATO-Partner vom Dezember 1962 vermieden werden muß ...

Weder durch den NATO-Vertrag noch durch irgend eine andere vertragliche Bindung werden den Mitgliedstaaten Vorschriften über Art und Umfang der zu erbringenden Verteidigungsaufwendungen gemacht. Die Forderung, daß ein Bündnispartner etwa einen bestimmten Prozentsatz seines Bruttosozialprodukts oder seines Volkseinkommens für Verteidigungsausgaben abzweigen müsse, findet weder im NATO-Vertrag noch in irgendwelchen zusätzlichen Vereinbarungen eine Stütze ...

Panzer-Aufträge für Rheinmetall

In einem am 28. 6. 63 von der Süddeutschen Zeitung veröffentlichten Bericht über die Geschäftslage der Rheinmetall AG, Berlin, heißt es u. a.:

... Die größte Tochter, Rheinmetall GmbH, Düsseldorf, die weitgehend für die Verteidigung arbeitet, hat mit 1,9 (1,7) Mill. DM Gewinn abgeschlossen. Diese Gesellschaft hat den neuen Kanonen-Jagdpanzer entwickelt und wird diesen Typ zusammen mit der Hanomag und Henschel bauen ...

Die neuen deutschen Panzer und ihre Kosten

Die Bundeswehr führte am Donnerstag in der Panzertruppenschule Munsterlager in der Lüneburger Heide vor rund 200 in- und ausländischen Journalisten die seit Monaten im Gespräch stehenden neuen deutschen Panzer vor, den Standardpanzer und den Kanonenjagdpanzer ...

Vom Standard (Kaufpreis mindestens 1 Million Mark) sollen, sobald die Verträge genehmigt sind, bei Henschel und Hanomag je 800 gebaut werden, wobei eine Gesamtstückzahl von 50 pro Monat erwartet wird. Die 1500 Kanonen werden vertragsgemäß von Vickers in Großbritannien zu einem Gesamtpreis von 240 Millionen Mark geliefert. Von dem Jagdpanzer (Kaufpreis mindestens eine halbe Million Mark) sollen insgesamt 3000 Stück in zehn verschiedenen Ausführungen gebaut werden, und zwar pro Monat rund 80 bis 100 Stück, wobei unter anderem folgende Modelle vorgesehen sind: Jagdpanzer, Raketenpanzer, Spähpanzer, Schützenpanzer, Panzer für Führung und Funk mit Zwillingsflak sowie für Krankentransport.

Die Entwicklungskosten für den Standard werden mit 100 Millionen Mark, für den Jagdpanzer mit 50 Millionen angegeben. Fachleute rechnen, daß etwa 20 Monate nach der Unterzeichnung der Verträge mit der Lieferung begonnen werden kann, was bedeuten würde, daß von heute ab in fünf Jahren die angegebenen Stückzahlen hergestellt sein würden. Der Gesamtauftrag umfaßt 4,5 bis 5 Milliarden Mark.

Süddeutsche Zeitung v. 12. 7. 63

„Panzerwerte"

Aus einem Bericht der Nürnberger Nachrichten vom 13./14. 7. 63 über die Börsen-Woche:
Bis zum Wochenende war die Börse zunächst ohne besondere Ereignisse, eher lustlos als freundlich und mit einigen Kursabschlägen. Gestern jedoch gab es eine kleine „Panzer-Hausse", die die leichte Belebung vom Vortag noch verstärkte.

Eine fast stürmische Nachfrage nach Montan-, Auto- und Maschinenwerten brachte kräftige Kursgewinne, und ein neuer Fachausdruck „Panzerwerte" wurde geprägt. Panzerwerte sind alle diejenigen Aktien, die mit Sicherheit oder möglicherweise von den Bundeswehraufträgen für den neuen deutschen Kampfpanzer profitieren. Sicher sind es Rheinstahl, das heißt die Rheinischen Stahlwerke AG und Daimler-Benz, die am Panzerbau beteiligt sind. Rheinstahl hatte gestern in Frankfurt mit 12¾ Punkten und Daimler mit 15 Punkten die größten Kursgewinne der Börse.

Panzer-Aufträge für Flick

Bundesverteidigungsminister von Hassel hat das Startzeichen für die Produktion des seit längerem diskutierten und erprobten deutschen Panzerwagens gegeben. Die Münchner Firma Krauss-Maffei AG, die zum Flick-Konzern gehört, ist, wie der Minister in München vor der Presse erklärte, als Generalunternehmer für den Bau des Standardpanzers benannt worden. Sie wurde gleichzeitig beauftragt, dem Bundesverteidigungsministerium Vorschläge für die Verteilung von Unteraufträgen einzureichen.
Deutsche Zeitung v. 26. 7. 63

Umrüstungspläne der Marine

Die FAZ v. 3. 7. 63 berichtete über ein Interview, das der Inspekteur der Bundesmarine, Vizeadmiral Zenker, den Kieler Nachrichten gegeben hat. Die FAZ schreibt, die Bundesmarine wünsche den Bau von Raketen-Korvetten und größeren Unterseebooten:

Während die Techniker am liebsten einen Einheitstyp von etwa 2000 Tonnen Größe mit Raketenbewaffnung zum Einsatz gegen Luft- und Seeziele gebaut sehen möchten, neigt man in der Bundesmarine dazu, die Aufgaben der Luftabwehr und des allgemeinen Kampfeinsatzes aufzugliedern. Danach sollten die relativ langsamen, von Dieselmotoren getriebenen Fla-Korvetten — von etwa zehn Schiffen ist die Rede — vordringlich gebaut werden, um die mangelhafte Luftverteidigung der Seegebiete in der westlichen Ostsee und den dänischen Meerengen, vor allem den Schutz der schwimmenden Versorgung außerhalb der Häfen zu verbessern.

Daneben aber würde die Marine gern größere Kampfschiffe des Zerstörertyps erhalten, die außer Raketen auch noch über Geschütze verfügen. Gedacht wird an etwa 3500 Tonnen große Fahrzeuge, von denen drei im Gespräch sind. Ob dies aus finanziellen Gründen zu verwirklichen sein wird, ist offen. Unabhängig davon werden die vier schon vom Stapel gelaufenen Zerstörer des knapp 3000 Tonnen großen „Hamburg"-Typs vorerst mit konventioneller Bewaffnung fertiggestellt.

Einiges Aufsehen hat die Mitteilung Zenkers erregt, es werde an den Bau von 700 Tonnen großen Unterseebooten für die U-Jagd gedacht. Die Techniker sind bisher mit diesem Projekt noch nicht befaßt worden. Solange keine ausgearbeiteten Pläne vorliegen, ist dem Vernehmen nach auch nicht damit zu rechnen, daß die Bundesrepublik offiziell an die Westeuropäische Union mit dem Auftrag auf Genehmigung zum Bau solcher Fahrzeuge herantritt. Nach den WEU-Abmachungen hatte sich die Bundesrepublik ursprünglich verpflichtet, nur Unterseeboote bis zu einer Größe von 350 Tonnen zu bauen. Im Herbst 1962 genehmigte der WEU-Rat die Heraufsetzung dieser Tonnagegrenze auf 450 Tonnen. Innerhalb dieses Rahmens sind die ersten zwölf Unterseeboote in Auftrag gegeben worden, deren Einsatzbereitschaft wegen der Schwierigkeiten mit dem antimagnetischen Stahl verzögert worden ist.

Luftfahrtfirmen schließen sich zusammen

Ihren Zusammenschluß bereiten die fünf im Süden der Bundesrepublik stationierten Luftfahrtfirmen Bölkow, Dornier, Heinkel, Messerschmitt und Siebel vor. Als erster Schritt ist die Zentralisierung der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten in den schwerbewachten bundeseigenen und an Bölkow vermieteten Anlagen von Ottobrunn im Südosten Münchens vorgesehen ...

Die Hauptaufgaben des neuen „Kombinats" sollen künftig vor allem im Bereich der Raketen und der elektronischen Anlagen liegen. Entsprechend den Ausbauplänen sind bereits weitere Waldgebiete in Ottobrunn angekauft worden, um dort neue Gebäude errichten zu können. Zur Zeit sind in Ottobrunn rund 1500 Fachkräfte beschäftigt. Die Anlage ist damit das größte Forschungszentrum der Bundesrepublik. 900 Ingenieure sind unmittelbar mit Forschungen und Entwicklungen befaßt. Dazu gehören auch die eingehenden Untersuchungen und Bewertungen ausländischer Waffen für die Bundeswehr.

Die Firma Bölkow, die an der Projektierung des deutschen Senkrechtstarters VJ 101 beteiligt ist, nimmt zur Zeit auch an der Entwicklung einer gelenkten halbautomatischen Panzerabwehrrakete des Typs „Milan" teil. Die Panzerabwehrrakete „Cobra" gehört zum ständigen Produktionsprogramm von Bölkow.

Westfälische Rundschau v. 2. 8. 63

Deutsche Rüstungskäufe in England

In der zweiten Juli-Hälfte besuchte der Staatssekretär im britischen Schatzamt, Boyd-Carpenter, Bonn, um mit der Bundesregierung über neue deutsche Rüstungsaufträge in Großbritannien zu verhandeln. Die Deutsche Zeitung vom 17. 7. 63 berichtete über diese Gespräche aus London und Bonn:

Die britische Regierung bemüht sich um eine Beschleunigung deutscher militärischer und ziviler Einkäufe in England. Der zweite Minister im britischen Schatzamt, Boyd-Carpenter, wird sich am Montag und Dienstag in Bonn aufhalten, um auf eine termingerechte Erfüllung des deutsch-britischen Abkommens über die Devisenhilfe vom letzten Jahr zu dringen. Die deutschen Ausgaben in Großbritannien erreichten bisher nicht die im Abkommen vorgesehene Höhe.

Im Devisenabkommen von 1962 hat sich die Bundesregierung verpflichtet, in den Jahren 1962/1963 und 1963/1964 jeweils für 600 Millionen DM militärisches und ziviles Gerät in England einzukaufen, wobei das Geschäftsjahr vom 1. April bis zum 31. März gerechnet wird. Nach britischen Angaben sind jedoch im ersten Geschäftsjahr nur rund 410 Millionen DM ausgegeben worden ...

Größere Aufträge auf militärischem Gebiet wurden bisher auf die britische Kanone für den neuen deutschen Standard-Panzer erteilt und auf Funkgeräte. Die Bundesregierung hat außerdem versprochen, sich an der Entwicklung des britischen Senkrechtstarters zu beteiligen ...

Die Bundesregierung räumt ein, daß sie mit ihren Bestellungen auf Grund dieses Abkommens etwas im Verzug ist. Von den 600 Millionen DM, die im ersten Geschäftsjahr ausgegeben werden sollten, entfallen nach Auskunft des Verteidigungsministeriums etwa 450 Millionen DM auf militärische Lieferungen. Der Rest teilt sich in zivile Bestellungen (zum Beispiel für die Bundespost) und deutsche Entwicklungshilfe für Drittländer auf. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums hat die Bundeswehr im ersten Jahr des Abkommens für 399 Millionen DM Waffen und Geräte in Großbritannien bestellt. Es ist also noch militärisches Gut im Werte von 51 Millionen Mark zu bestellen, worüber Staatsminister Boyd-Carpenter in Bonn in erster Linie verhandeln dürfte.

Bonn plant Zivilschutzkorps

Als Ergänzung der Bundesgesetzgebung über den zivilen Bevölkerungsschutz wird die Bundesregierung binnen kurzem einen weiteren zur Gruppe der Notstandsgesetze gehörenden Entwurf verabschieden, der die Schaffung eines Zivilschutzkorps von 200 000

Mann zum Gegenstand hat. Es soll sich hierbei um eine überörtliche Organisation handeln, die im Ernstfall nach Bedarf im ganzen Bundesgebiet eingesetzt werden kann. Dem Zivilschutzkorps werden nur Männer angehören, während im Rahmen der bereits in dem Gesetz über den Zivildienst geplanten örtlichen Hilfsorganisationen des Roten Kreuzes, des Technischen Hilfswerkes, des Arbeitersamariterbundes und anderer auch Frauen einberufen werden können.

Frankfurter Rundschau v. 16. 7. 63

Hassels Pläne für den Aufbau der „territorialen Reserve"

Bundesverteidigungsminister von Hassel hat am Montag in Bonn die Grundzüge für den Aufbau der territorialen Reserve bekanntgegeben. Es ist vorgesehen, daß am 1. Januar 1964 mit der Aufstellung dieser Verbände auf Grund der bestehenden Gesetzgebung begonnen wird. Diese Verbände sollen im ersten Jahr 10 000 Mann betragen, im zweiten auf 25 000 und im dritten Jahr, nämlich 1966, auf 50 000 Mann ansteigen. Ob diese Zahl danach erhöht werden muß, sollen die Erfahrungen lehren.

Mit territorialer Reserve sind Verbände gemeint, die innerhalb weniger Stunden alarmiert werden können, um sofort einsatzbereit für vier Aufgaben zur Verfügung zu stehen: 1. um den aktiven Truppen der NATO im Verteidigungsfalle den Rücken freizuhalten, 2. im rückwärtigen Gebiet den Schutz wichtiger Objekte (Verkehrsknotenpunkte, Versorgungseinrichtungen) zu übernehmen, 3. zur Abwehr von durchgebrochenen feindlichen Truppenteilen, Luftlandetruppen oder Kommando-Unternehmen bereitzustehen, und 4. ihre eigene Versorgung wahrzunehmen.

Die Mitglieder der territorialen Reserve sollen vor allem aus Freiwilligen unter den Reservisten der Bundeswehr gebildet werden. Sie tragen die Uniform der Bundeswehr und werden während ihrer Übungen behandelt wie Reservisten bei Übungen der Bundeswehr. Die Soldaten der territorialen Verteidigung, die auf drei Jahre verpflichtet werden, haben jährlich 30 Tage lange Übungen abzuleisten. Vorgesehen sind unter anderem eine geschlossene 13tägige Übung und neun Wochenendübungen.

FAZ v. 6. 8. 63

Hassel fordert 3,5 Milliarden zusätzlich

Die Anforderungen des Bundesverteidigungsministeriums für das Haushaltsjahr 1964 werden 21,5 Milliarden DM und damit dreieinhalb Milliarden DM mehr betragen als im laufenden Jahr, wie Minister von Hassel am Montag in Bonn bestätigte.

Auch die Ausgaben für die Territorialreserve sollen im Verteidigungshaushalt veranschlagt werden. Es heißt aber, daß sie noch nicht in den genannten 21,5 Milliarden enthalten sind.

In seinen Besprechungen mit dem amerikanischen Verteidigungsminister McNamara ist von Hassel nach seinen Worten hinsichtlich der deutschen Bereitschaft zur Stützung der amerikanischen Devisenbilanz „nicht über das hinausgegangen, was vorher festgelegt war". Die Bundesregierung wird demnach für die Zeit vom 1. Januar 1963 bis zum 31. Dezember 1964 Rüstungsaufträge im Wert von 1,3 Milliarden Dollar in den Vereinigten Staaten unterbringen ...

Die Welt v. 6. 8. 63

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften

„Wach auf, du verrotteter Christ ..."

Der diesjährige Deutsche Evangelische Kirchentag (vom 24.—28. Juli in Dortmund) befaßte sich in zwei Veranstaltungen mit Bert Brecht — nicht in üblicher christlicher Weise bloß meditierend, zurechtweisend oder gönnerhaft, sondern diesmal gleichsam in offiziellem Empfang, mit Gelegenheit zu Rede und Gegenrede. Es ging fair zu, und Bert Brecht kam keineswegs zu kurz, weder als Dichter noch als — ja als was sonst? Als Kommunist, als „Mensch", als Ideologe oder als Antiideologe? Beide Veranstaltungen litten darunter, daß er immer wieder nicht nur dichterisch, sondern auch außerdichterisch: als Atheist oder Humanist, als Christ oder als Antichrist ein- oder ausgemeindet werden sollte. Vielleicht wären die Pointen der Brechtschen Beziehungen zu Kirche und Christentum deutlicher geworden, wenn man sie unmittelbarer aus der Dichtung herausgehört hätte, wenn man seine Gestalten noch mehr hätte reden lassen, statt nur ihre Meinung dogmatisch tranchiert und garniert vorzuzeigen. Aber immerhin: es blieb auch so genug Bedenkenswertes, Aufregendes, Aufzuarbeitendes.

Beide Veranstaltungen waren überlaufen. Dabei brachte Kurt Lothar Tanks Vortrag „Wach auf, du verrotteter Christ" rhetorisches Leben (ihm assistierte der großartige Hanns Ernst Jäger mit „schockierenden" Rezitationen), nicht aber eigentlich voranbringende Thesen. Denn seine Versuche, Bert Brecht als „Urchristen" besserwissend zu vereinnahmen und seine „Entwürfe einer neuen Welt" als „umfunktionierte" christliche Ethik zu firmieren, waren weder neu noch zentral. Das brachte der folgende Tag mit der Podiumsdiskussion zum gleichen Thema deutlich heraus. Unter der Leitung von Klaus v. Bismarck setzten sich coram publico zusammen: Marianne Kesting, Erwin Kramer, Peter Ludz, Hans Thimme und der Referent Kurt Lothar Tank. Die Diskussion war lebendig, wenngleich allzu häufig in verschiedenen Ebenen. Man hatte sich drei ergiebige Fragen auf den Gesprächstisch gelegt: 1. Ist Brecht tatsächlich ein „verhinderter Christ"? 2. Welche christlich-kirchlichen Schwächen werden vom Dichter aufgezeigt? 3. Welche positive Bedeutung für die Kirche hat Brechts Herausforderung in der veränderten Gesellschaft von heute?

Es war lehrreich für alle und ein Beweis für die Qualität des Gesprächs, daß bereits die Diskussion der ersten Frage sehr deutlich werden ließ, wie wenig im Grunde damit passiert, wenn man Brecht durch handfeste Formeln einordnet, kategorisiert. Man sagt so gut wie nichts, wenn man seine Christlichkeit oder Antichristlichkeit feststellt. Die Provokation, die sein Werk ist und sein will, richtet sich gegen jegliche Form gedanklicher Trägheit und Genügsamkeit, von woher sie immer komme. Es tauchten übliche offiziös christliche Vermutungen auf: der gewiß geniale Stückeschreiber sei ein Verführer, ein Diabolos, er gehöre sozusagen nur als Negativ auf einen Kirchentag. Aber die These bewies nichts, blieb privat, war beliebig zu widerlegen, damit der vom Kryptochristentum des Dichters fatal ähnlich. Vielleicht hätte es deutlicher noch herausgestellt werden sollen, daß die Frage nach Bert Brechts heimlichem oder offenem Christentum als Frage bereits illegitim ist. Das war jedenfalls ein legitimes, obgleich latentes, Ergebnis des Gesprächs.

Ein zweites war das doch recht interessante Erlebnis, daß man in der Atmosphäre dieses Dichters offenbar eine Reihe gängiger Begriffe und Vokabeln nicht mehr guten Gewissens benutzen kann. Es wurde nicht nur im Duktus dieses Gesprächs selber deutlich, sondern auch bewußt gemacht und ausgesprochen, daß man neu formulieren lernen muß, um auch die christlichen Wahrheiten wieder klingen zu lassen. Immerhin: man stellte sogar den „Nächsten", die „Nächstenliebe", die „Pflicht" sprachlich in Frage. Die kirchlich-christlichen Schwächen verrieten sich sprachlich! Es tat wohl, Beispiele Brechtscher Rationalität und Genauigkeit zu vernehmen. Insofern wurde das Gespräch exemplarisch. Auch darin, daß man das Kind nicht mit dem Bade ausschüt-

tete, und ihn nicht des flachen, traktierenden „Aufklärichts" bezichtigte, wurde der Dichter in Brecht „gerettet": denn seine Rationalität schließe die Poesie nicht aus; es sei vielmehr das Faszinierende dieses Werks, wie es zwar „entemotionalisiere", aber dennoch seinen Zauber behalte.

Und schließlich das dritte „Ergebnis": daß Brechts Herausforderung eine Aufforderung sei, ohne Umschweife und wenn möglich ohne metaphysische Begründungen so rasch wie möglich zur Sache zu kommen. Dabei habe die Kirche wohl ernsthaft zur Kenntnis zu nehmen, daß die „Sache" immer eine eigene Immanenz habe und daß man vor allen großartigen und großmauligen Imperativen zunächst einmal die Wahrheit finden solle, die sich durch einfaches Nachdenken erreichen lasse. Brecht wolle die Tatsachen „einleuchten" lassen, auf „die Erfolge des Denkens" hinweisen. Das Ziel sei ihm dabei, dem Menschen gerecht zu werden, den vielen einzelnen Gestalten das Ihre zu geben. Denn auch bei ihm stehe hinter allem die Sehnsucht nach dem Schönen, dem Edlen in menschlicher Gestalt und Tat. Und nicht zuletzt dieses müßte dem Christen evident werden in Brechtscher Dichtung: daß die Kreatur zu achten sei, daß sie nicht zum Gebrauchsgegenstand reduziert werden dürfe, daß vielmehr immer das über alles Berechenbare hinaus Uneinsehbare an ihr das Wichtigste sei.

So endete der Abend mit dem Aufweis der dichterischen Kraft, die nicht ideologische Lösungen bietet, sondern wieder und wieder der Anschauung vorführt, was nicht übersehen werden darf, zum Denken, ja listig sogar zur „intellektuellen Anstrengung" verführt oder zwingt. Provokation? Wie anders könnte die Kirche genauer zur Sache gerufen werden als durch Provokation!

Ist es ein Zeichen von Schlaftrunkenheit, wenn der geschmäht wird, der zur Sache provoziert?

Ursula Ebbecke

Die Lage in Britisch-Guayana

In Georgetown, Britisch-Guayana, herrscht Ausnahmezustand. Soldaten patrouillieren die Straßen entlang und bewachen alle öffentlichen Gebäude. Zwar wurde der Generalstreik der Gewerkschaften, der mehrere Wochen gedauert hatte, am 12. Juli beigelegt. Doch die politische und wirtschaftliche Krise dauert an und hat sich seit Ende des Streiks eher verschärft als verbessert.

Guayana ist eines der letzten vom „Colonial Office" in London verwalteten Länder. Seine Selbständigkeit war schon für 1962 vorgesehen. Aber immer wieder brachen Unruhen aus, und London verschob die Verkündung der Unabhängigkeit. Trotzdem wollte Macmillan die Truppen abziehen und das Land de facto, wenn auch nicht de jure, freigeben. Aber während der Bermuda-Konferenz bat Präsident Kennedy den britischen Regierungschef, das Land vorerst weiter besetzt zu halten: Denn die lokale Regierung Guayanas war unter der Führung des Ministerpräsidenten Cheddi Jagan pro-sozialistisch; die Mehrheit der Bürger stand hinter den fortschrittlichen Ideen Jagans. Dies beunruhigte Washington: Man wünschte kein „zweites Kuba". Das State Department erwartete, ein unabhängiges Guayana würde sofort freundschaftliche Beziehungen zu Castros Kuba aufnehmen und weitgehende Sozialreformen verkünden.

Ursprünglich gab Macmillan Washington eine höfliche Absage. London hatte weder Geld noch Lust, die wirtschaftlich und militärisch unwichtige Kolonie weiter besetzt zu halten. Und Macmillan hätte die britischen Truppen wohl trotz der Bitte Kennedys aus Georgetown abgezogen, wenn nicht Amerikas Geheimdienst, die Central Intelligence Agency (CIA), eingegriffen hätte.

Allan Dulles' CIA hatte in der abortiven Invasion Kubas auf der ganzen Linie versagt. Das Scheitern des Angriffs auf die Schweinebucht hatte die Geheimorganisation auf der ganzen Welt lächerlich gemacht. Nun sah die CIA eine Gelegenheit, die Möglichkeit eines „zweiten Kubas" im Keim zu ersticken. CIA-Agenten begannen ihre Arbeit. Allan Dulles beauftragte Oberst James A. Forbin mit der Planung der „Operation Georgetown" (eine der letzten Handlungen, die Dulles vor seiner Demission als Chef der CIA ausführte). Es gelang den Agenten Oberst Forbins, die Gereiztheit der schwarzen Minorität gegen die indische Majorität Guayanas zur Weißglut zu entfachen. Es begannen Straßenkämpfe zwischen den Anhängern Forbes Burnhams, des politischen Chefs der (hauptsächlich schwarzen) Gewerkschaftsgruppen und den

(meist indischen) Anhängern des Ministerpräsidenten Cheddi B. Jagan. Zwei von Jagans Polizei verhaftete lokale Agenten Forbins gaben wichtige Aussagen: Über fünf Millionen Dollar seien von der CIA verteilt worden, um die Unruhen zu finanzieren, — ein für die engen finanziellen Verhältnisse Guayanas ungeheurer Betrag. Der CIA-Plan war gelungen: London mußte Truppen senden und den Tag der Unabhängigkeit verschieben. Seit die CIA im Jahr 1953 ähnliche Unruhen in Guatemala verursacht hatte, die den fortschrittlichen Präsidenten Arbenz zum Rücktritt zwangen, war der Geheimorganisation ein ähnlich erfolgreicher Coup nicht gelungen.

Um die Kräfte, die heute in Guayana am Werk sind, voll zu verstehen, müssen wir die politische und wirtschaftliche Geschichte des Landes untersuchen. Guayana ist ein kleines, unterbevölkertes Land; es hat weniger Einwohner als Bhutan oder Basutoland. Seine Industrie ist unterentwickelt. Die meisten Einwohner leben von Agrikultur, vor allem Reis und Zucker. Die Bevölkerung selbst besteht zur Hälfte aus Indern, zu einem Drittel aus Negern, und zu etwa 15% aus Bürgern gemischter Herkunft. Auch leben noch etliche tausend Portugiesen und Chinesen in Georgetown.

Die Inder stellen im allgemeinen die ärmste Bevölkerungsschicht dar. Diese Tatsache steht im Gegensatz zu anderen Ländern, die von Indern und Negern geteilt werden (wie z. B. Trinidad oder Südafrika) und wo die Neger die wirtschaftlich ärmste Schicht bilden. In Guayana aber sind Neger im allgemeinen Mitglieder des Mittelstandes, der Beamtenschaft und höheren Angestellten, die Inder dagegen meist Mitglieder der ärmeren Arbeiterschaft. Ursprünglich waren die Vorfahren der Inder Guayanas „indentured labourors", also halbfreie Arbeiter, die unter Zwangsverträgen aus Indien nach Guayana transportiert wurden, um dort in den britischen Zuckerplantagen zu arbeiten. Ministerpräsident Jagan, ein Inder, ist daher der Mann der armen und ausgebeuteten Bevölkerungsschichten. Forbes Burnham, ein Neger, ist der Führer der Wohlhabenderen. Es ist von Interesse, daß die organisierte Arbeiterschaft Guayanas unter die Bessergestellten zu rechnen ist. Ihre Mitgliedschaft besteht beinahe ausschließlich aus Negern. Die große Masse der verarmten Inder hatte in der Vergangenheit kaum irgendwelche politische Organisation und war politisch völlig entrechtet.

Cheddi Jagan begann seine politische Laufbahn vor zwölf Jahren. Ursprünglich Zahnarzt, hatte er in England studiert und dort auch seine Gattin, eine gebürtige Amerikanerin, kennengelernt. Mrs. Jagan war früher einmal Mitglied der kommunistischen Partei Amerikas gewesen und war jedenfalls eine überzeugte Marxistin. Jagan selbst hat öfters festgestellt, daß er Sozialismus zwar für eine Idealform der menschlichen Gesellschaft halte, jedoch keineswegs Kommunist sei. In einem Interview mit der amerikanischen Wochenzeitung „Life" stellte er fest, er sei für Neutralismus, für parlamentarische Demokratie der britischen Tradition und für weitgehende Sozialreformen, unter Beibehaltung des freien Wirtschaftssystems für Kleinbetriebe und Verstaatlichung aller Betriebe von über 100 Angestellten. Trotzdem hatte das State Department Jagan als einen „eingefleischten Kommunisten" gebrandmarkt und seinen Sturz als „vordringlich wichtig" propagiert.

„Divide and conquer" war vor hundert Jahren das Motto Großbritanniens in Indien und in vielen anderen Kolonialländern gewesen: der amerikanische Geheimdienst griff diese Taktik auf und wandte sie auf die kleine Kolonie an. Die Neger Guayanas, die im allgemeinen einen höheren Lebensstandard als die Inder hatten, wurden durch die politische Organisation Jagans beunruhigt: Viele fürchteten, Jagans „Peoples Progressive Party" würde die Minoritäten Guayanas politisch entrechten. Die Gereiztheit zwischen den beiden Gruppen hatte schon 1953 der damals noch stärkeren britischen Regierung Gelegenheit gegeben, Dr. Jagans Kabinett mit Waffengewalt aus Amt und Würden zu jagen und das Land, das bereits eine selbständige Verwaltung besaß, wieder zur britischen Kolonie zu machen. Aber in den nächsten Wahlen, die die britische Regierung ausschrieb, erlangte Dr. Jagans „PPP" wieder die absolute Majorität, während die Partei Burnhams, die „Peoples National Congress", auf der ganzen Linie unterlag.

Im Jahr 1961 verkündete Dr. Jagan eine einschneidende Landreform, die verschiedene amerikanische Zuckerplantagen enteignete. Diese Reformen wurden sofort von vielen amerikanischen Zeitungen als „Kommunismus" gebrandmarkt, waren aber in

ihrer Anwendung wesentlich milder als die Reformen Kubas. Die Feindschaft der Vereinigten Staaten gegen die Regierung Dr. Jagans begann sich zu dieser Zeit zu kristallisieren. Unter dem Motto „Nie wieder Kuba"! versuchte Washington, Dr. Jagans Reformversuche zum Scheitern zu bringen.

Es gelang der CIA, Fühlung mit Dr. Forbes Burnhams Gewerkschaften aufzunehmen. Keine schwere Aufgabe, denn in Guayana waren nur die bestbezahlten Arbeiter in Gewerkschaften organisiert. Daher waren diese Organisationen grundsätzlich konservativ und nicht revolutionär — eine Folgeerscheinung der jahrhundertelangen britischen Kolonialherrschaft, die unter der Devise „Divide and rule" die (schwarze) Minorität gegen die (indische) Majorität ausgespielt und begünstigt hatte. Daher besaßen die Schwarzen Guayanas etwas, was allen anderen schwarzen Bürgern Nordamerikas ein unerreichbarer Traum war: Status. Amerikanische Propaganda erreichte nun diese ehemals bevorzugten Schichten, die ein Absinken ihrer Vorzugsstellung befürchteten, in Form von Flugblättern, Zeitungen, Magazinen und vor allem einer Dauerpropaganda durch Radiowellen. Innerhalb weniger Monate befand sich die Kolonie am Rande des Bürgerkriegs. Mitglieder der Gewerkschaften marschierten durch Georgetown und setzten zunächst die Regierungsgebäude, dann einen Teil der von Indern bewohnten Privatwohnungen in Brand. Dr. Jagan mußte den Ausnahmezustand verkünden. London sandte Militär.

Ende 1962 schlug Dr. Jagan einen Kompromiß vor, der zunächst einmal den Frieden wiederherstellte: Die Regierung zog die Gesetzesvorlagen zur Verstaatlichung, die den Anstoß zu den Unruhen gegeben hatten, zurück. Doch war es ein sehr unsicherer Friede. Im Oktober 1962 wurde ein Großteil der britischen Truppen wieder abgezogen, und nur eine symbolisch-kleine Anzahl von Offizieren verblieb in Georgetown. Jedoch die Führer der Oppositionsparteien, Dr. Burnham sowie Peter Daguiar, Chef der kleinen „Conservative Party", forderten neue Wahlen unter einem Proporzwahlsystem. Diese Forderung lehnte Dr. Jagan ab. Gegen Ende Dezember erschienen plötzlich ganzseitige Inserate in allen Zeitungen Guayanas: „We want a new Election Law, or we strike again". Eine „Royal Commission" versuchte die Geldgeber der Inserate zu entdecken, denn Dr. Burnham wie auch Peter Daguiar lehnten jede Sachkenntnis ab. Ihr Bericht, der am 18. Januar 1963 veröffentlicht wurde, stellte fest: „Unbekannt, hat mehr als eine Million Dollar für die Inserate bezahlt". Die Identität der Geldgeber ist nie entdeckt worden.

Anfang April 1963 war die politische Lage wieder derart angespannt, daß Dr. Jagan selbst London um Rücksendung der Truppenkontingente bitten mußte. In der zweiten Aprilwoche brach der langerwartete Generalstreik aus: 11 Wochen lang war Georgetown ohne Eisenbahnen und Autobusse, Postzustellung und Warenlieferung. Die Wirtschaftslage wurde täglich verzweifelter. Bei Nacht durchstreiften Banden von Brandstiftern die Stadt. Die britische Besatzung konzentrierte sich auf die Bewachung der öffentlichen Gebäude. Erst Anfang Juli wurde der Generalstreik geschlichtet.

Dr. Lazaro Cardenas, ehemaliger Präsident Mexicos, besuchte Anfang Juli Georgetown. Nach seiner Rückkehr hielt er eine Ansprache in Mexico City„ in der er sagte: „Die Majorität des Volkes von Guayana steht hinter der Regierung Dr. Jagans. Es ist eine Tragödie unserer Zeit, daß der Wille der Majorität von einer Minorität torpediert wird, die ebenso wie die Majorität (die sie dummerweise bekämpft) Interesse an einem freien und friedlichen Guayana hätte. Dr. Burnhams National Congress Party und P. Daguiars Conservatives hatten ursprünglich freundschaftlich mit Dr. Jagans PPP zusammengearbeitet. Dieses freundschaftliche Übereinkommen wurde mit vorbedachter Absicht von Außenstehenden zerstört; eine solche Einmischung in die internen Angelegenheiten einer kleinen Nation stellt eine bewußte Verletzung der Prinzipien der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) dar."

Wird das unglückliche kleine Land den Frieden finden, den alle Bevölkerungsteile letzten Endes wollen und benötigen? Der Schlüssel zu diesem Problem liegt nicht zuletzt bei der öffentlichen Meinung der Welt: Wenn die Wahrheit über die Verhältnisse in Britisch-Guayana endlich der Allgemeinheit bekannt wird, wird der Druck der öffentlichen Meinung die Organisation, die mit allen Mitteln versucht, Unfrieden nach Georgetown zu tragen, zum Frieden zwingen.

Peter Lust, Montreal

Rudolf Rolfs

Was ich noch sagen wollte . . .

Ich glaube nicht, daß die SED-Propagandisten der CSU nach der Wiederwahl von Strauß ein Dankschreiben geschickt haben. Nein, das glaube ich nicht. Die Propagandisten möchten auch mal neue Namen ins Konzept bekommen.

Die Zeitungsleser drüben beginnen an ihren Propagandisten zu zweifeln, denn sie halten es nicht für möglich, daß die Einfallslosigkeit diesbezüglich bei uns liegt.

Die israelische unabhängige Zeitschrift „Haolam Haze" überschrieb eine Zitate-Sammlung des CSU-Demokrators mit „Schweine-Zunge". Sie hielt seine Zitate für Zungen-Ragout. Die bösen, bösen Ausländer!

Deshalb tendiert die Unterliga bayrischer Unionschristen contra Profumo und pro Contresens. Sie verdammt fremden Fehltritt und amnestiert Fehlsprünge eines Landsmannes. Der Dompteur wurde von seiner Herde gewählt. Schon braust ihr Ruf wie Platzpatronenknall: Strauß muß nach Bonn! Nein, noch nicht einmal die einfallslosesten Karnevalisten benötigen ihn mehr. Die Pointen verpuffen, wenn es ein Volk zu beerdigen heißt. Hier wird der Strauß zum Kranz. Nicht allein, weil er rund ist.

Vom Hofbräuhaus zur Feldherrnhalle?

Mir rief er einmal vom Rednerpult undialektisch und, da es in Hessen war, fast dialektfrei zu: „Wems hier nicht paßt, der kann ja nach drüben gehen!" Dieser Satz ist sein demokratischer Spiegel. Mit diesem Sprung kommen 3 Ahlers-Verhaftungen, 5 Fibags und 10 Onkel Alois' nicht mit. Die Demokratie bin ich! Nun, eine Blume ist noch kein Strauß. Sogar in unserem Lande gehören zu einem Strauß mehrere Gewächse. Man betrachte sich jene, welche sich danach drängen an den Strauß gebunden zu werden. Komplexbestäubte Stärkefetischisten. Es ist das Privileg Schwächlicher, den Bizeps anzubeten. Lassen Sie sich durch einen besonders breiten Rücken, der rücksichtslos ist, nicht die Sicht nehmen auf jene, welche rückgratlos die Schleimspur des Zuchtmeisters bilden.

Schließlich heißt es ja auch nur: „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht!" Welcher Stimmgewalt-Herrscher wäre so beschränkt, sich auf eine Lüge zu beschränken. „Wer eine Lüge sagt, merkt nicht, welch' große Aufgabe er übernimmt, denn er wird gezwungen sein, zwanzig weitere zu erfinden, um diese eine aufrechtzuerhalten". Das sagte der englische Dichter Alexander Pope. (Im Gegensatz zum Objekt meiner Zeilen betrachte ich Wissen noch lange nicht als Bildung.)

Unterentwickelte Gebiete sind der nahrhafte Boden für Despoten. Daß aber gerade im Lande des Bieres Hopfen und Malz verloren sein sollen . . . Was auf dem Oktoberfest seltener festgestellt werden kann: Hier ist das Maß voll! Wir dachten, wir hätten ihn „ex" getrunken und nun braute man uns mit dem alten Hefesatz einen Bottich neuer Lauge. Die dunkle Farbe des Gebräus ist symptomatisch. Da sich manches Schwarze distanziert, ist es nur folgerichtig, daß das Projekt mehr und mehr ins Bräunliche übergeht.

Was für ein Strauß ist es, den viele Bayern nicht nur am Hute, sondern als Kopf tragen? Vergißmeinnicht? Löwenzahn? Schwertlilien? Oder nur Disteln? In einer Demokratie kann man Unkraut nicht ausreißen, man muß es überwuchern. Leute, die Ihr guten Willens seid, ergänzt die Flora unserer demokratischen Landschaft. Wuchert! Wuchert!

Bei diesem Strauß werden mir nämlich alle Walzer zu Märschen.

Der Warburg-Plan vom 25. September 1962 (vgl. S. 597 ff.)

Das Ulbricht-Regime in der (Ost-)Deutschen Demokratischen Republik ist ein Überbleibsel der stalinistischen Vergangenheit, von der sich die Sowjetunion selbst gelöst hat. Die Westmächte können dieses grausam tyrannische Regime nicht anerkennen oder mit ihm verhandeln. Wenn jedoch die sowjetische Regierung bereit ist, die Bildung einer gemäßigteren kommunistischen Regierung zuzulassen, wie sie es z. B. in Polen getan hat, so könnten die Westmächte folgenden Vorschlag zur Diskussion stellen:

1. Daß die De-Facto-Existenz der Deutschen Demokratischen Republik und die Permanenz ihrer Oder-Neiße-Grenze zu Polen anerkannt werden sollte und daß beide deutsche Staaten in die Vereinten Nationen aufgenommen werden sollten; daß die beiden deutschen Staaten zehn Jahre Zeit erhalten sollten, um ohne jegliche Einmischung von außen ihren eigenen Weg zur Wiedervereinigung zu finden, falls dies ihr Wunsch sein sollte; und daß ihre getrennte Aufnahme in die Vereinten Nationen nicht der Erlangung einer gemeinsamen Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen im Weg stehen soll, sofern sie einen gesamtdeutschen Staat bilden.

2. Daß während dieser zehn Jahre Gesamtberlin als die potentielle Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschland anzusehen ist und als solches dem Schutz der Vereinten Nationen unterstellt werden soll; daß die gegenwärtigen Garnisonen als Vertretungen der Vereinten Nationen bestehen bleiben sollen; und daß die Sowjetregierung und ein neues, nichtstalinistisches ostdeutsches Regime den Vereinten Nationen ungehinderten Zugang zu Westberlin sowie die Freiheit seiner Bewohner garantieren sollen. Weiterhin: daß während dieser zehn Jahre die NATO-Mächte und die Mächte des Warschauer Paktes den Vereinten Nationen und einander garantieren sollen, daß ihre Sektoren von Berlin nicht als Stützpunkte für Spionage, Umsturz oder feindliche Propaganda benutzt werden, und daß sie sich im voraus darauf einigen, daß alle Streitigkeiten oder Beschwerden in dieser Hinsicht der Berlin-Kommission der Vereinten Nationen vorgelegt werden sollen.

3. Daß, falls sich die beiden deutschen Staaten innerhalb der zehn Jahre zur Wiedervereinigung entschließen sollten, die Bundesrepublik Deutschland aus dem NATO-Bündnis und die Deutsche Demokratische Republik aus dem Warschauer Pakt entlassen werden soll, während alle ausländischen Truppen von deutschem Boden abgezogen werden sollen unter der Voraussetzung, daß ein wiedervereinigtes Deutschland sich freiwillig verpflichtet, sich für immer des Beitritts zu irgendeinem Militärbündnis zu enthalten, mit der Maßgabe, daß ein solcher Verzicht nicht den Beitritt zu nichtmilitärischen, politischen oder wirtschaftlichen Vereinigungen betreffen soll. Falls und wenn eine solche Wiedervereinigung stattfindet, sollen die Berlin-Kommission der Vereinten Nationen und die vier, als ihre Vertretungen dienenden Garnisonen abgezogen werden, damit Berlin die Hauptstadt eines vereinigten Deutschland werden kann.

4. Daß, falls sich die beiden deutschen Staaten innerhalb der zehn Jahre nicht wiedervereinigen, so daß Berlin in der Mitte eines für immer separaten ostdeutschen Staates bleibt, eine neue, seine Bewohner, das Land und das Vermögen der drei Westsektoren betreffende Vereinbarung getroffen werden soll. Eine solche Vereinbarung soll vorsehen:

(a) Daß diejenigen Bewohner Westberlins, die nicht Bürger der Deutschen Demokratischen Republik zu werden wünschen, reichlich Zeit und völlige Freiheit erhalten sollen, um zusammen mit ihrem beweglichen Eigentum in die Bundesrepublik Deutschland umzuziehen.

(b) Daß sie durch die Deutsche Demokratische Republik in angemessener Weise für ihr in ihrem Privatbesitz befindliches unbewegliches Vermögen, wie z. B. Grund und Boden und Gebäude oder Meliorationen auf demselben in einer von der Berlin-Kommission der Vereinten Nationen festzusetzenden Höhe entschädigt werden sollen.

(c) Daß die in öffentlichem Besitz befindlichen Teile der von den drei Westsektoren eingenommenen 185 Quadratmeilen (481 qkm) zusammen mit den darauf befindlichen Gebäuden, Einrichtungen und anderen Meliorationen durch die Deutsche Demokratische Republik erworben werden sollen entweder durch Kauf von den bestehenden Organen der öffentlichen Hand oder durch Eintausch gegen einen passenden, an die Bundes-

republik Deutschland angrenzenden Teil ihres ostdeutschen Gebietes; und daß der Wert des so gekauften oder eingetauschten Grundvermögens ebenfalls durch die Berlin-Kommission der Vereinten Nationen festgesetzt werden soll.

Anmerkung: Die Vorteile, die den 17 000 000 Bewohnern von Ostdeutschland durch die Bildung einer gemäßigteren Regierung entstehen würden, würden bei weitem die Ungewißheit und mögliche Härte der Umsiedlung aufwiegen, denen die 2 250 000 Westberliner ausgesetzt würden.

Senator Pell: Das Berlin-Problem in neuer Sicht

Am 22. Juni 1963 ist in „The Nation", New York, ein Aufsatz des demokratischen Senators Claiborne Pell über das Berlin-Problem („Berlin: A new approach") erschienen, der in den USA Aufsehen erregt hat und dessen voller Text auch in den Appendix des offiziellen „Congressional Record" aufgenommen worden ist. Die in diesem Aufsatz vorgebrachten Vorschläge für eine neue konstruktive amerikanische Berlin- und Deutschland-Politik hatte Senator Pell am 11. April d. J. bereits im Senat vertreten. — Claiborne Pell, 1918 geboren, 1947—1952 im diplomatischen Dienst der USA (auch in Europa) wurde 1960 im Staate Rhode/Island mit der größten Mehrheit in der Geschichte dieses Staates in den Senat gewählt. Wir veröffentlichen im folgenden mit freundlicher Erlaubnis von „The Nation" die interessantesten Teile seines Aufsatzes in deutscher Übersetzung.

D. Red.

Keiner der vielen internationalen Krisenherde ist potentiell so gefährlich und schwärt bereits so lange wie Berlin. 18 Jahre stehen wir nun vor diesem Problem, das manchmal in trügerischer Ruhe dalag, manchmal zu heftigen örtlichen Zusammenstößen und Verlusten an Menschenleben führte und das öfter noch bis an den Ausbruch des Konfliktes heranreicht, der uns alle verschlingen könnte. Wir waren Zeugen einer Politik des Balancierens am Rande des Abgrundes und wir haben gesehen, wie man Truppen in Positionen manövriert hat, aus denen sie sich nur unter immer größeren Risiken lösen können. Wir haben bestenfalls damit eine Art Status quo erreicht, der jedoch, infolge der Errichtung der Berliner Mauer, für unsere eigenen nationalen Interessen, für jene des deutschen Volkes und überhaupt aller, die die Herrschaft der Freiheit über die ganze Erde ersehnen, immer ungünstiger geworden ist.

Meiner Meinung nach haben wir uns viel zu lange mit taktischen Aushilfen abgegeben, anstatt eine grundlegende Lösung des Problems zu suchen. Wir müssen es ganz neu anpacken und wir sollten diesbezüglich selbst die Initiative übernehmen — bevor wir wieder gezwungen werden, auf eine kommunistische Aktion zu reagieren.

Der jüngste diplomatische Meinungsaustausch hat nichts erbracht, was sehr optimistisch stimmen könnte. Trotzdem sieht es so aus, als ob die kommunistische Stärke nicht so solid ist, wie es einmal den Anschein hatte. Moskau und Peking befinden sich kaum in völliger Übereinstimmung. Ministerpräsident Chrustschow hat seinen Verhandlungswillen bekundet, vielleicht weil es innerhalb der monolithischen Struktur des Kommunismus nicht zum besten steht, vielleicht wegen seines Ungeschicks und Mißgeschicks, das nukleare Gleichgewicht in Kuba zu ändern, vielleicht weil ihn die Drohung einer atomaren Katastrophe erkennen läßt, daß er mehr auf dem Wege des Friedens gewinnen kann. Wir sollten nicht allzuviel Nachdruck auf diesen oder jenen Aspekt legen; Tatsache ist, daß Verhandlungen m ö g l i c h s i n d. Wir sollten deshalb wohlvorbereitet am Konferenztisch erscheinen.

Welche Ziele sollten wir uns für eine ehrenhafte Regelung in Berlin setzen? Wir haben uns verpflichtet, die Freiheit und die wirtschaftliche Lebensfähigkeit des westlichen Teiles der Stadt zu erhalten und wir sind gebunden, unser Recht, dort eine ausreichende Garnison zu haben, zu verteidigen. Aber es gibt noch ein Ziel, das wir erreichen sollten: einen garantierten Landzugang in diese Stadt.

Am Ende des Zweiten Weltkrieges, bevor die Feindschaft zwischen Ost und West ausbrach, bestanden wir nicht auf einem besonderen Landzugang nach Berlin. Wir zogen dafür vor, allgemeine Zugangsrechte zu haben. Diese aber wurden zu keiner Zeit vertraglich formuliert und sind so zu einer Quelle des Streites geworden, die bis an die Wurzeln des Berlin-Problems reicht. Weiter: der westdeutsche Reiseverkehr nach dieser

Stadt ist von den Launen der ostdeutschen Behörden abhängig. Das Ergebnis sind ständige Unruhe und Verwirrung. So ist also ein ausdrücklich garantierter Landzugang nach Berlin durch 110 Meilen ostdeutschen Territoriums wesentlich für das Abkommen, das wir nun anstreben sollten.

Ich denke, daß die Autobahn zwischen Berlin und Helmstedt ausgezeichnet für diesen Zweck geeignet wäre. Dadurch würde das Wirtschaftsleben Ostdeutschlands in keiner Weise beeinträchtigt. Die Autobahn besitzt 79 Überführungen und 65 Unterführungen, die ohne jede Behinderung nicht nur die anderen Durchfahrten, sondern auch die 21 Eisenbahnen in diesem Gebiet überqueren. Die Autobahn könnte, wie Präsident Kennedy vorgeschlagen hat, internationalisiert werden. In jedem Fall aber müßte dieser Zugang unwiderruflich garantiert sein.

Ist die Politik, die wir bisher verfolgt haben, geeignet, eine solche Vereinbarung zu ermöglichen? Seit dem Zweiten Weltkrieg sind wir für die Wiedervereinigung Deutschlands eingetreten. Handelt es sich — jetzt und hier — um ein realistisches Ziel? Oder führt diese Politik nur in eine Sackgasse? Untersuchen wir die Lage genauer.

Gegenwärtig stehen sich in Berlin an einer monströs unmenschlichen Mauer aus Stein und Stacheldraht zwei bewaffnete Lager gegenüber. Der kleinste Mißton auf der einen Seite löst auf der anderen eine ähnliche Bewegung aus. Die Russen „schaffen" einen Zwischenfall und wir lassen betont auffällig eine Tankabteilung auffahren — und in der Zwischenzeit dürfen die Ostberliner nicht nach Westberlin, nicht einmal um an Begräbnissen teilzunehmen. Nur der Sarg mit dem toten Körper darf durch die Mauer. Das menschliche Leid wächst an und jede Krise, auch wenn sie nicht zur Katastrophe führt, läßt eine höhere Spannung zurück als vorher. Wenn wir in der Freien Welt, die Mitglieder der NATO, diesen Prozeß weiter andauern lassen, muß mit Sicherheit einmal der Tag der Abrechnung kommen.

Wie können wir diese Spannungen verringern, ohne die Verpflichtungen zu gefährden, die wir eingegangen sind, und die wir unter allen Umständen halten müssen?

Unsere gegenwärtige Politik hat darauf keine Antwort. Seit 1954 haben wir Westdeutschland ermutigt und unterstützt, seine militärische Macht aufzubauen. Westdeutschland kann sich heute rühmen, in Europa außerhalb der Sowjetunion die mächtigste Landstreitkraft zu besitzen: eine Armee von elf Divisionen = 253 000 Mann, eine Flotte von 177 Schiffen = 28 000 Mann und eine Luftwaffe, die 90 000 Mann zählt. Ostdeutschland andererseits hat eine Armee von ungefähr 200 000 Mann aufgebaut, eine Flotte von 14 000 und eine Luftwaffe von 10 000 Mann. Natürlich ist beides die Antithese zum ursprünglichen Konzept des Westens aus dem Jahre 1946, das ein vereinigtes Deutschland ohne militärisches Potential in einer Welt des Friedens vorsah.

Die Zeit und die Umstände haben sich augenscheinlich gewandelt. Trotzdem halten wir an Einstellungen und Bezugspunkten fest, die nach rückwärts anstatt nach vorne gewandt sind. Es ist höchste Zeit, daß wir die Tatsachen so sehen, wie sie im Jahre 1963 existieren.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß entweder die Vereinigten Staaten oder die Sowjetunion, das Westbündnis oder der Ostblock, mit der Errichtung eines entwaffneten neutralen Deutschland in der unmittelbaren Zukunft einverstanden sein werden. Die Nationen der NATO werden sicherlich nicht wollen, daß Westdeutschland, das Bollwerk ihrer Landstreitkräfte, seine Truppen aus der NATO zurückzieht. Ebenso werden auch die kommunistischen Nationen des Warschauer Paktes nicht gestatten, daß Ostdeutschland mit seinen militärischen Kräften aus dem kommunistischen Bereich ausschert. Diese Tatsachen müssen wir hinnehmen. Allein schon wenn wir diese Tatsachen sehen, erhalten wir die Möglichkeit, die deutsche Situation in neuer und der Gegenwart entsprechender Form zu beurteilen.

Um eine vertragliche, unwiderruflich feststehende Garantie über unseren Landzugang von den Kommunisten zu bekommen, können wir es uns sicher leisten, das Bestehen der zwei deutschen Regierungen anzuerkennen und außerdem mit der Oder-Neiße-Grenze als der ostdeutsch-polnischen Grenze einverstanden zu sein. Ein solcher Vertrag würde in keiner Weise unsere Verpflichtungen verletzen, die Freiheit der Westdeutschen zu erhalten — und die Kommunisten hätten dabei nicht einen einzigen Menschen und nicht einen einzigen Quadratzentimeter dazugewonnen. Durch unsere ständige Weigerung, mit

der de facto bestehenden ostdeutschen Regierung zu verhandeln, verstärken wir nur den sowjetischen Einfluß, anstatt ihn zu schwächen, wie wir es uns gerne einbilden. Wir steigern lediglich die Ausweglosigkeit ...

Wir könnten Schritte einleiten, zusammen mit den Kommunisten wechselseitig die Propaganda- und Spionage-Unternehmungen abzubauen und gleichlaufend mit den gegenwärtigen Bemühungen der westdeutschen Regierung könnte der Handel zwischen West- und Ostdeutschland und zwischen Westdeutschland und den anderen Nationen hinter dem Eisernen Vorhang — Polen, Tschechoslowakei und Ungarn — normalisiert werden. Tatsächlich beläuft sich heute der Handel zwischen Ost- und Westdeutschland fast auf eine halbe Milliarde Dollar im Jahr. Er wird jedoch durch das Fehlen der Legalisierung behindert. Es ist allgemein bekannt, daß der Kommunismus dort gedeiht, wo Armut und niedriger Lebensstandard vorherrschen. In all den Ländern, die der Kreml beherrscht, war die Prosperität noch nie ein kommunistischer Bundesgenosse. Wir finden in diesen Ländern auch nicht den höheren Lebensstandard, der von prosperierenden Handelsbeziehungen erzeugt wird.

Man hat vorgeschlagen, den Sitz der Vereinten Nationen nach Berlin zu verlegen. Mir erscheint dieser Schritt etwas zu weitgehend und ich würde bezweifeln, ob dies praktisch ist. Jedoch sehe ich keinen Grund, warum nicht die europäische Zentrale der Vereinten Nationen, die sich gegenwärtig im Palais des Nations in Genf befindet und die UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, die heute in Paris ist, nach Berlin verlegt werden könnten. Ich würde vorziehen, sie in Ostberlin zu sehen, wo sie, denke ich, eine heilsame Wirkung ausüben könnten. Aber gleichgültig in welchem Teil der Stadt sie liegen mögen, diese zwei Körperschaften würden helfen, die politischen Temperaturen herabzusetzen ...

Jedoch bevor wir den Blick in eine angenehmere Zukunft richten, müssen wir auch noch andere Realitäten sehen. Auch wenn man es heute anscheinend nicht gerne aussprechen hört: die Möglichkeit eines wiederbewaffneten und wiedervereinigten Deutschland liegt wie ein düsterer Schatten auf dem Bewußtsein vieler Europäer. Man kann nicht leicht vergessen, daß in den letzten hundert Jahren Deutschland drei Aggressionskriege geführt hat. Die Erinnerung daran liegt der allgemeinen Auffassung zugrunde, daß Deutschland keine Atomwaffen erhalten sollte, und sie verleiht unserem Standpunkt Nachdruck, daß man die Ausbreitung dieser Waffen verhindern soll. In diesem sehr wichtigen Punkt sind wir und die Sowjets heute einer Meinung. Auf lange Sicht jedoch kann und soll keine Nation in diesem Zusammenhang einer Sonderbehandlung unterliegen, gleichgültig wie ihre Geschichte verlaufen sein mag und ob sie im Krieg siegreich war oder eine Niederlage erlitten hat.

Für die Osteuropäer wirkt das Gespenst eines wiederbewaffneten Deutschland alarmierend. Die kommunistischen Autoritäten und die Führer der Satellitenstaaten beuten diese Besorgnis aus, die aber nichtsdestoweniger echt ist. Die Furcht der Osteuropäer sitzt tief. Sie ist nicht nur auf die erlittenen Grausamkeiten des Zweiten Weltkrieges zurückzuführen, sondern auch auf die Jahrhunderte früherer deutscher Angriffe und Besetzungen. Wir dürfen nicht an der Tatsache vorbeisehen, daß eine große Mehrheit der Osteuropäer die Deutschen mehr fürchtet als die Russen.

Die Polen, die sich nur allzu gut der deutschen Eroberung und Unterjochung erinnern, hören voller Unruhe, wenn der sonst vernünftige Dr. Adenauer sagt, daß „die Oder-Neiße-Linie nicht die Grenze Deutschlands ist" und sie kommen dadurch in die paradoxe Lage, die Russen als ihre Beschützer zu wählen. Eine noch lautstärkere neonazistische westdeutsche Minorität ruft nach der Wiedererlangung des Sudetenlandes von der Tschechoslowakei. Sicherlich, wenn ein wiederbewaffnetes Deutschland sich jemals wieder nach Osten bewegen würde, würden wir erneut Zeugen eines europäischen Inferno sein.

Es scheint mir klar zu sein, daß ein wiedervereinigtes und wiederbewaffnetes Deutschland — selbst wenn es wünschenswert wäre — nur durch jenen Ausbruch der Gewalt erreichbar sein kann, den selbst die Blutdürstigsten unter uns mit allem Eifer vermeiden wollen. Wenn wir erhalten, was wir brauchen — einen garantierten Landzugang zur Insel der Freiheit, die Berlin geworden ist — und wenn wir als Gegenwert dafür das de-facto-Regime der Ostdeutschen anerkennen, hätten wir einen großen Schritt gemacht, den Kalten Krieg zu beenden ...

McDermotts Berlin-Plan

Der frühere, im September 1962 vorzeitig pensionierte politische Berater des britischen Stadtkommandanten in Berlin, Gesandter Geoffrey McDermott, hat in einem Ende Juni in London erschienenen Buche „Berlin: Success of a Mission?" seine Vorschläge für eine Lösung des Berlin-Problems vorgelegt. Sie sind in sieben Punkten zusammengefaßt. McDermott fordert:

1. Eine gemeinsame Erklärung der vier Besatzungsmächte, daß auf lange Sicht betrachtet die deutsche Wiedervereinigung das politische Ziel sei.
2. Die Akzeptierung der gegenwärtigen deutschen Grenzen.
3. Die De-jure-Anerkennung der DDR.
4. Die Erklärung Berlins als „separate Einheit", somit als eine Art Stadtstaat, dem künftig das Recht eingeräumt wird, internationale Vereinbarungen — nicht aber mit der Bundesrepublik und der DDR — über die Haltung fremder Truppen auf seinem Gebiet zu treffen.
5. Eine Viermächte-Garantie über den Zugang.
6. Die Verlegung von UNO-Ämtern, u. a. des Wirtschafts- und Finanzrates, der FAO sowie der Kommission für Menschenrechte nach Berlin; schließlich
7. den Beitritt aller drei deutschen Staaten (Bundesrepublik, Berlin, DDR) zur UNO.

Die Verwendung von UNO-Truppen in Berlin hält McDermott nicht für zweckmäßig. Bei der Zugangsregelung empfiehlt er, daß die DDR ihre Kontrollrechte, soweit alliierte Militärs oder Zivilpersonen in Frage kommen, an die Sowjetunion abtritt. Die Schaffung einer entmilitarisierten Zone in Mitteleuropa, etwa auf Basis des Rapacki-Planes, wird von ihm unterstützt.

Nach: Zürcher Woche v. 28. 6. 63

FDP fordert neue Deutschland-Konferenz

Die Entschließung des Bundesparteitages der FDP in München (vom 1.—3. Juli 1963) zur außenpolitischen Lage hat folgenden Wortlaut:

I

Die ungelöste deutsche Frage bedroht den Frieden. Die Kuba-Krise hat gezeigt, wie über Nacht der Friede der Welt auf des Messers Schneide stehen kann. Es ist an der Zeit, an die Stelle von Deklamationen Taten zu setzen.

1. Zur Vermeidung einer unheilvollen Entwicklung fordert die Freie Demokratische Partei das unverzügliche Zusammentreten einer Deutschland-Konferenz mit dem Ziel, eine dauerhafte Friedensregelung für ganz Deutschland herbeizuführen.
2. Die Freie Demokratische Partei hält die deutsche Hauptstadt Berlin für den geeigneten Tagungsort.
3. An dieser Deutschland-Konferenz sollten teilnehmen:
   Die Signatar-Staaten des Potsdamer Abkommens und Frankreich, unter Hinzuziehung der östlichen Nachbarn, die an einer Friedensregelung mit Deutschland unmittelbar interessiert sind, sowie Vertreter der beiden Teile Deutschlands.

II

Die Freie Demokratische Partei bekennt sich zum Zusammenschluß der europäischen Völker. Die wirtschaftliche Integration Westeuropas ist kein Hindernis für eine gesamtdeutsche Politik, wenn die Zielsetzung ausdrücklich Gesamtdeutschland einbezieht und die Gemeinschaft allen europäischen Nationen in West und Ost offensteht.

Die EWG muß gestärkt und von allen Zweifeln ihrer weiteren Entwicklung befreit werden, wobei die Berücksichtigung der Interessen aller Länder die Voraussetzung jedes weiteren Fortschritts ist. Weitere Vorleistungen der Bundesrepublik sind abzulehnen.

Die Aufnahme Englands und der eintrittsbereiten anderen europäischen Länder zu gleichen Rechten und Pflichten bleibt das unverrückbare Ziel der deutschen Politik.

III

Die Eingliederung der EWG in die im Entstehen begriffene Atlantische Partnerschaft ist unter Wahrung ihrer Interessen und ihrer Eigenart nachdrücklich anzustreben. Die

Atlantische Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten auf den Gebieten der Handels-, der Wirtschafts-, Finanz-, Währungs- und Konjunkturpolitik und der Hilfe für Entwicklungsländer muß im Laufe der kommenden Jahre stufenweise ausgebaut werden zu einem einheitlichen, freiheitlich geordneten Wirtschaftsraum, unter Berücksichtigung der Interessen dritter Länder und insbesondere Südamerikas. Voraussetzung dafür ist der Fortschritt der europäischen Einigung. Nur dann kann Europa ein gleichberechtigter Partner in dieser Gemeinschaft sein.

IV

Das Verhältnis zur Sowjetunion und zu den anderen Ländern des Ostblocks, mit denen möglichst bald Beziehungen aufgenommen werden sollten, muß verbessert und auch auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet ausgebaut werden. Um die politischen Spannungen im europäischen Raum zu beseitigen, muß dem beiderseitigen Sicherheitsbedürfnis Rechnung getragen werden. Unabhängig von diesem Ziel ist sofort eine Verständigung über die Verbesserung der sozialen und humanitären Verhältnisse in der sowjetisch besetzten Zone anzustreben.

Egon Bahr: Wandel durch Annäherung

Der Leiter des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin, Egon Bahr, nahm am 15. Juli 1963 vor dem Politischen Club der Evangelischen Akademie Tutzing zum Deutschland- und Berlin-Problem Stellung. In seinem vielbeachteten Referat sagte er u. a.:

... Die amerikanische Strategie des Friedens läßt sich auch durch die Formel definieren, daß die kommunistische Herrschaft nicht beseitigt, sondern verändert werden soll. Die Änderung des Ost/West-Verhältnisses, die die USA versuchen wollen, dient der Überwindung des Status quo, indem der Status quo zunächst nicht verändert werden soll. Das klingt paradox, aber es eröffnet Aussichten, nachdem die bisherige Politik des Drucks und Gegendrucks nur zu einer Erstarrung des Status quo geführt hat. Das Vertrauen darauf, daß unsere Welt die bessere ist, die im friedlichen Sinn stärkere, die sich durchsetzen wird, macht den Versuch denkbar, sich selbst und die andere Seite zu öffnen und die bisherigen Befreiungsvorstellungen zurückzustellen.

Die Frage ist, ob es innerhalb dieser Konzeption eine spezielle deutsche Aufgabe gibt. Ich glaube, diese Frage ist zu bejahen, wenn wir uns nicht ausschließen wollen von der Weiterentwicklung des Ost/West-Verhältnisses. Es gibt sogar in diesem Rahmen Aufgaben, die nur die Deutschen erfüllen können, weil wir uns in Europa in der einzigartigen Lage befinden, daß unser Volk geteilt ist.

Die erste Folgerung, die sich aus einer Übertragung der Strategie des Friedens auf Deutschland ergibt, ist, daß die Politik des Alles oder Nichts ausscheidet. Entweder freie Wahlen oder gar nichts, entweder gesamtdeutsche Entscheidungsfreiheit oder ein hartes Nein, entweder Wahlen als erster Schritt oder Ablehnung, das alles ist nicht nur hoffnungslos antiquiert und unwirklich, sondern in einer Strategie des Friedens auch sinnlos.

Heute ist klar, daß die Wiedervereinigung nicht ein einmaliger Akt ist, der durch einen historischen Beschluß an einem historischen Tag auf einer historischen Konferenz ins Werk gesetzt wird, sondern ein Prozeß mit vielen Schritten und vielen Stationen.

Wenn es richtig ist, was Kennedy sagte, daß man auch die Interessen der anderen Seite anerkennen und berücksichtigen müsse, so ist es sicher für die Sowjet-Union unmöglich, sich die Zone zum Zwecke einer Verstärkung des westlichen Potentials entreißen zu lassen. Die Zone muß mit Zustimmung der Sowjets transformiert werden. Wenn wir so weit wären, hätten wir einen großen Schritt zur Wiedervereinigung getan ...

Wenn es richtig ist, und ich glaube, es ist richtig, daß die Zone dem sowjetischen Einflußbereich nicht entrissen werden kann, dann ergibt sich daraus, daß jede Politik zum direkten Sturz des Regimes drüben aussichtslos ist. Diese Folgerung ist rasend unbequem und geht gegen unser Gefühl, aber sie ist logisch. Sie bedeutet, daß Änderungen und Veränderungen nur ausgehend von dem zurzeit dort herrschenden verhaßten Regime erreichbar sind. Das ist nicht ganz so erschreckend, wie es klingt, nachdem wir schließlich mit diesem Regime schon eine ganze Weile zu tun haben und auch auf der verschämten Ebene der Treuhandstelle für den Interzonenhandel sprechen ...

Ich halte die Diskussion um die Anerkennung zuweilen insofern für zu eng und vielleicht sogar für gefährlich, weil sie uns in eine Sackgasse führen und jegliche Politik verbauen kann. Die selbstverständliche und von niemandem in Frage gestellte Weigerung, die Zone als einen rechtmäßigen Staat anzuerkennen, darf uns nicht lähmen.

Jahrelang haben die Botschafter Rotchinas und der Vereinigten Staaten in Genf und Warschau miteinander verhandelt, ohne daß deshalb die USA Rotchina anerkannt hätten oder man auch nur behauptet hat, diese Gespräche seien eine Anerkennung. Der Innenminister der Deutschen Demokratischen Republik — ohne Anführungsstriche — hat den in Berlin stationierten Alliierten am 13. August 1961 verboten, weiterhin von ihrem Recht Gebrauch zu machen, den Ostsektor der Stadt auf allen Wegen zu betreten und sie auf den einen Übergang am heutigen Checkpoint Charly beschränkt. Als die Alliierten dieser Anweisung folgten, hat niemand deshalb behauptet, das sei eine Anerkennung der „DDR". Das hat auch niemand behauptet, als wider jedes Recht Truppen der Zone nach Ost-Berlin einmarschierten und sich den Amerikanern, Engländern und Franzosen gegenüberstellten, um dafür zu sorgen, daß die genannten Anordnungen befolgt werden.

Wenn heute ein Flüchtling durch die Spree schwimmt und beschossen wird, oder der Bus von Flüchtlingen sich in dem Slalom-System verklemmt und auf die Menschen geschossen wird, dann geschehen doch Verbrechen, oder nicht? Aber dann darf unsere Polizei nicht zurückschießen und nichts tun, um diese Verbrechen zu verhindern. Und niemand hat bisher zu sagen gewagt, daß dies die brutalste Form der Anerkennung sei.

Es gibt einen bevollmächtigten Verhandlungsführer, mit entsprechenden Schreiben des Bundeswirtschaftsministers und des Regierenden Bürgermeisters ausgestattet, sein Name ist Dr. Leopold, der mit einem Bevollmächtigten der anderen Seite seit Jahren verhandelt. Aber auch das ist keine Anerkennung. Jedenfalls hat niemand das behauptet.

Niemand von uns erkennt das Ulbricht-Regime an, wenn er in Töpen, in Marienborn oder in Lauenburg eine Wegegebühr zahlt und seinen Personalausweis in dem Schlitz verschwinden läßt, hinter dem er überprüft wird. Daß wir einer Reihe von Kategorien von Menschen empfehlen, den Luftweg zu benutzen, weil die anderen Wege eben nicht frei von Kontrolle und frei von Zugriffsmöglichkeiten des Ulbricht-Regimes sind, ist auch keine Anerkennung. Es ist natürlich erst recht keine, wenn die Bundesrepublik Beziehungen zu Ländern abbricht, die Beziehungen zu Pankow aufnehmen. Das könnte man höchstens als eine Negativform der Anerkennung bezeichnen.

Ich komme zu dem Ergebnis, daß sich unterhalb der juristischen Anerkennung, unterhalb der bestätigten Legitimität dieses Zwangsregimes bei uns soviel eingebürgert hat, daß es möglich sein muß, diese Formen auch gegebenenfalls in einem für uns günstigen Sinne zu benutzen. Wenn Dr. Leopold oder ein anderer zum Chef einer Behörde gemacht würde, die sich nicht nur mit den Fragen des Interzonenhandels beschäftigt, sondern mit allen Fragen, die zwischen den beiden Teilen Deutschlands von praktischem Interesse sind, dann würde ich darin um so weniger eine substantielle Änderung der heutigen Situation erblicken können, als die Treuhandstelle für den Interzonenhandel ja auch schon bisher nicht ausschließlich Handelsfragen besprochen hat.

Der amerikanische Präsident hat die Formel geprägt, daß soviel Handel mit den Ländern des Ostblocks entwickelt werden sollte, wie es möglich ist, ohne unsere Sicherheit zu gefährden. Wenn man diese Formel auf Deutschland anwendet, so eröffnet sich ein ungewöhnlich weites Feld. Es wäre gut, wenn dieses Feld zunächst einmal nach den Gesichtspunkten unserer Möglichkeiten und unserer Grenzen abgesteckt würde. Ich glaube, sie sind sehr viel größer als alle Zahlen, die bisher genannt wurden.

Wenn es richtig ist, daß die Verstärkung des Ost-West-Handels mit der genannten Einschränkung im Interesse des Westens liegt, und ich glaube, es ist richtig, dann liegt sie auch im deutschen Interesse, erst recht in Deutschland. Wir brauchen dabei nicht pingelig zu sein, um diesen bekanntgewordenen Kölner Ausdruck für eine bekannte Haltung zu benutzen.

Das Ziel einer solchen Politik kann natürlich nicht sein, die Zone zu erpressen, denn kein kommunistisches Regime, und schon gar nicht das so gefährdete in der Zone, kann sich durch Wirtschaftsbeziehungen in seinem Charakter ändern lassen. Aber das haben schließlich auch nicht die Amerikaner verlangt, als sie Polen Kredite gaben, und das ist auch nicht der Sinn des amerikanischen Wunsches nach verstärktem Osthandel.

Uns hat es zunächst um die Menschen zu gehen und um die Ausschöpfung jedes denkbaren und verantwortbaren Versuchs, ihre Situation zu erleichtern. Eine materielle Verbesserung müßte eine entspannende Wirkung in der Zone haben. Ein stärkeres Konsumgüterangebot liegt in unserem Interesse. In der Sowjetunion ist der Konsumwunsch gewachsen und hat zu positiven Wirkungen beigetragen. Es ist nicht einzusehen, warum es in der Zone anders sein sollte . . .

Wir haben gesagt, daß die Mauer ein Zeichen der Schwäche ist. Man könnte auch sagen, sie war ein Zeichen der Angst und des Selbsterhaltungstriebes des kommunistischen Regimes. Die Frage ist, ob es nicht Möglichkeiten gibt, diese durchaus berechtigten Sorgen dem Regime graduell soweit zu nehmen, daß auch die Auflockerung der Grenzen und der Mauer praktikabel wird, weil das Risiko erträglich ist. Das ist eine Politik, die man auf die Formel bringen könnte: Wandel durch Annäherung. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir Selbstbewußtsein genug haben können, um eine solche Politik ohne Illusion zu verfolgen, die sich außerdem nahtlos in das westliche Konzept der Strategie des Friedens einpaßt, denn sonst müßten wir auf Wunder warten und das ist keine Politik.

Soeben erschienen:

Deutscher Wortlaut der
Friedens-Enzyklika
Papst Johannes' XXIII.

„PACEM IN TERRIS"

Mit einer Nachbemerkung
von Professor Dr. Anton Neuhäusler,
München

Taschenformat, kartoniert,
im Glanzumschlag, DM 1,50

PAHL-RUGENSTEIN VERLAG, KÖLN

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Joh. L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 2,50, zuzügl. DM —,15 Porto, bzw. Postzustellgebühr.

Postscheck: Köln 6514. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36

Druck: Druckhaus Franz W. Wesel, Baden-Baden. Printed in Germany.

Bemerkungen:

Herbert Günneberg, 33, evang. Pastor für Religionsunterricht an Berufsschulen der Stadt Essen, ist seit 1962 1. Vorsitzender des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der IdK (Internationale der Kriegsdienstgegner).

Vorgesehen sind u. a.:

Wolfgang Baranowsky:
Der Mensch und die kybernetische Maschine

Dr. Hermann Rauschning:
Der unnötige Krieg. Eine Auseinandersetzung mit A. J. P. Taylor und D. Hoggan

Dr. iur. Ilse Staff:
Bewältigung der Vergangenheit

In den letzten Heften u. a.:

Prof. Dr. iur. Werner Maihofer:
Pressefreiheit und Landesverrat
(1 u. 2/63)

Prof. Seymour Melman, New York:
Der Sättigungsgrad der Rüstung
(6/63)

Carl Bloice, San Francisco:
Die Neger-Frage in den USA
(6 u. 7/63)

Verehrte Postbezieher!

Bitte geben Sie direkt an den Verlag der „Blätter" nach Köln, Barbarossaplatz 2, einen kurzen Hinweis, falls infolge einer Ferienreise der Bezug der Zeitschrift unterbrochen sein sollte. Wir werden sofort die Weiterbelieferung einleiten und Ihnen etwa fehlende Hefte übersenden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Pahl-Rugenstein Verlag

Es schrieben bisher u. a.:

Prof. Dr. Wolfg. Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Wolfgang Baranowsky
Vikar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1*)
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Lucie Beyer, MdB, III/5*)
Carl Bloice, San Francisco
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Kanonikus John Collins
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Ulrich W. Döring
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1*)
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Otto Eisenmann, MdB
Vera Elyashiv, Tel Aviv
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Prof. Dr. Ernst Fraenkel, Frankfurt
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i. R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Joh. Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Friedrich Heer
Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/5*)
Dr. Hans Henrich, III/12*)
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Dr. Irene Hilgers-Hesse
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromádka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones, London
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Eugen Koller
Prof. J. Korowin
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Dr. Horst Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi, Rom
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Pfr. Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust, Montreal
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Maihofer
Dr. Bodo Manstein
Enrico Marussig, Rom
Dr. Lily E. Marx, Rom
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. h. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Prof. Seymour Melman, New York
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB, III/2*)
Herbert Mochalski
Hans Nätscher, V/1*)
Peter Nellen, Mdb, III/1*)
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz, Warschau
Prof. Hermann Oberth
Prof. Dr. László Márton von Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen, Kopenhagen
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Prof. L. A. Puntila, Helsinki
Außenminister Dr. Adam Rapacki, Warschau
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Hermann Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Rudolf Rolfs
Oreste Rosenfeld, Paris
Earl Bertrand Russell, O. M., F. R. S.
E. S. Sachs
Paul Schallück
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara, Tokio
William L. Shirer, New York
Julius Silverman, M. P.
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Bertil Svahnström
Stephen Swingler, M. P.
Dr. Ruth Tangemann
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvik, Bergen (Norwegen)
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg, New York
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Dr. med. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Max Winiger, Zürich
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka
Abdelkader Zouari
Gerhard Zwerenz

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.